

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgeb.), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet.

### Organisierte und unorganisierte Arbeiter.

I.

Eine der eigenartigsten und auffälligsten Erscheinungen der Gegenwart ist das Anschwellen der Organisationen. Im Gegensatz zu der Zeit vor 50 Jahren in der die Organisationslosigkeit dem wirtschaftlichen und politischen Leben ihren Stempel aufdrückte, hat heute der Organisationsgedanke auf der ganzen Linie den Sieg davongetragen. Schneller als der Grundgedanke der schrankenlosen Bewegungsfreiheit im Gebiete des Wirtschaftslebens hat wohl selten ein Prinzip Schiffbruch gelitten. Die liberal-kapitalistische Weltanschauung, daß jedes Individuum für sich selbst sorgen müsse, ohne Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe der Mitmenschen, hat in geradezu überraschend kurzer Zeit abgewirkt, sie hat der neuen sozialistischen Weltanschauung Platz gemacht, daß jedes Individuum bei der Vertretung seiner persönlichen Interessen verpflichtet sei, in bewußter Weise auf die Interessen der andern Rücksicht zu nehmen. Aus dem Umschlag der Volksauffassung vom Egoismus zum Altruismus ist auch der Umschwung in bezug auf die Frage der Organisation zu erklären. Während das erstere Prinzip naturgemäß auf der Betonung der Persönlichkeit und der Absonderung von den andern Individuen beruht, fordert das letztere Prinzip naturgemäß den Zusammenstoß der verschiedenen Individualitäten in der Praxis, zur Organisationslosigkeit führt, führt der Sozialismus ohne weiteres zur Organisierung, ersterer steht auf dem Standpunkt der unbeschränkten Freiheit, letzterer auf dem der organisierten Freiheit. Und es ist eine Tatsache, wir wiederholen es noch einmal, daß der Organisationsgedanke den Freiheitsgedanken zu Boden gerungen hat. Dies geht schon daraus hervor, daß wir überall in der modernen Kulturwelt die Vereinigungen wie Pilze aus der Erde schießen sehen und daß es keinen Berufs- oder Erwerbszweig, wie überhaupt keine Menschengruppe mehr gibt, die sich nicht zur Durchsetzung gemeinsamer Zwecke organisch zusammenschließt.

Abgesehen von den Organisationen zur Erreichung politischer, religiöser, künstlerischer und kultureller Ziele, finden wir besonders im Gebiete des wirtschaftlichen Lebens den Aufmarsch der Interessengruppen ganz deutlich hervortreten. Ueber unser gesamtes Wirtschaftsleben spannt sich geradezu ein engmaschiges Netz von Organisationen der verschiedensten Art: jede Interessengruppe schafft sich eine organische, möglichst straffe Interessenvertretung, weil sie erkannt und gelernt hat, daß der einzelne, allein auf seine eigene Kraft gestellt, in dem Konkurrenzkampf mittellos und erbarmungslos zerrissen wird, und daß er sich nur retten kann, wenn er mit seinen Genossen gemeinsam, Schulter an Schulter, kämpft. Der Einzelkampf ist ersetzt worden durch den Gruppenkampf, das Prinzip der Vereinzelung ist von dem Prinzip der Vereinigung abgelöst worden.

Es ist wohl kein Zufall, sondern es liegt in dem Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründet, daß die Arbeiter die ersten gewesen sind, die sich von dem Prinzip der Organisationslosigkeit abgewendet und den Organisationsgedanken erfaßt haben. Die modernen Proletarier hatten ja am meisten unter den Folgen der schrankenlosen Konkurrenz im Wirtschaftsleben zu leiden, und mitten unter dem Tamtam der liberalen Freiheitsfänger, die den Segen des Kapitalismus in begehrtesten Worten priesen, fühlten sie den wachsenden Druck des ausbeuterischen Kapitals und die zunehmende Verelendung der Massen. In dem erbarmungslosen Konkurrenzkampf zwischen dem aufkommenden Kapitalismus, der alle Handlanger in die Hände der Menschenbrust entsetzte, und dem in Atome zerfallenen Proletariat,

das sich mit dem Rute der Verzweiflung gegen das Versinken ins Elend wehrte, hatte das Ausbeutertum den Sieg davongetragen: die Arbeitslöhne waren auf das niedrigste Niveau herabgedrückt, die Arbeitszeit war bis zur menschenmöglichen Grenze verlängert, die Arbeitsintensität war aufs höchste gesteigert worden, die Arbeitsstätte war zu einer Hölle gemacht, das Familienleben war vernichtet und die ganze Lebenshaltung hatte den niedrigsten Stand erreicht. Die geradezu grauenerregende Verwüstung, die der Kapitalismus in seinen Flegeljahren an Menschenglück und Menschenleben angerichtet hat, ist allgemein bekannt, sie bildet ein schmutziges Blatt in dem bluttriefenden Buche der Menschheitsgeschichte. Sie ist auch der Nährboden für die Verelendungstheorie, die davon ausgeht, daß die Arbeiterklasse immer tiefer in den Sumpf des Massenelends hinabgedrückt wird. Aber schon begannen die vorgeschrittenen Schichten des Proletariats sich zu ermannen und sich gegen die Schlange der Ausbeutung, um ein Wort von Marx zu gebrauchen, aufzubäumen. Und sie wandten das einzige wirksame Mittel an, das den Sieg im wirtschaftlichen Kampfe verbürgt, nämlich den Zusammenschluß der einzelnen zu einem großen Ganzen. Schon in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts sammelte der Schneidergeselle Wilhelm Weitling aus Magdeburg, der erste proletarische Organisator großen Stils, seine Klassen-genossen um sich, um mit Hilfe der Organisation die alte Gesellschaft aus den Angeln zu heben. In der 48er Bewegung vertrat der Berliner Schriftsetzer Stephan Born den Gedanken der sachgewerblichen Organisation, um dieselbe Zeit erhoben Karl Marx und Friedrich Engels ihren Ruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und kurz nachher nahm Ferdinand Lassalle seine agitatorische und organisatorische Tätigkeit auf. Von da ab schwellen die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen lavinenartig an, sie sind zu einer Macht geworden im wirtschaftlichen Leben, mit der in weitgehendem Maße gerechnet werden muß.

Aber auch die Unternehmer und Arbeitgeber blieben nicht müßig. Auch sie erkannten die hohe Bedeutung der Organisation und zogen ihre Folgerungen daraus. Kurz entschlossen warfen sie das einstmalig so hochgeschätzte Prinzip der schrankenlosen Bewegungsfreiheit über Bord und traten zu wirtschaftlichen Zweckverbänden zusammen. Ohne Rücksichtnahme auf die freie Konkurrenz gründeten sie Kartelle, Ringe, Syndikate und Trusts, in denen das freie Schalten des Unternehmers in seinem Betriebe aufs schärfste beschränkt wird. Auch als Arbeitgeber schlossen sie sich zu Verbänden zusammen, um auf diese Weise den Forderungen der Arbeiter erfolgreich entgegenzutreten zu können. Inzwischen hatten sich auch die Konsumenten in den Genossenschaften organisiert, um die Steigerung der Warenpreise zu verhindern und durch gemeinsamen Wareneinkauf billigere Preise zu erzielen. So sehen wir denn die vier großen Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Tätigkeit ausüben: die Gewerkschaften als die Interessenvertretung der Verkäufer der Arbeitskraft, die Arbeitgeberverbände als die Interessenvertretung der Käufer der Arbeitskraft, die Unternehmerkartelle, die die Interessen der Warenproduzenten vertreten, und die Konsumentenvereine, die im Interesse der Warenkäufer wirken.

So hat denn das Prinzip der Organisation im Wirtschaftsleben gefestigt und der Einzelkampf ist durch den Gruppenkampf ersetzt worden. Wie zwei geschlossene Armeen, so stehen sich heute die Arbeitgeber und Arbeiter gegenüber, bis an die Zähne bewaffnet und nach allen Richtungen hin ausgerüstet, ziehen sie in den Kampf ums Recht; auch zwischen den Unternehmervereinigungen und den Konsumentenorganisationen verläuft sich der Interessentkampf, der unter Aufsicht großer Menschenmassen ausgefochten wird. Die Organisation ist das Banner, unter dem sich der wirtschaftliche Kampf voll-

zieht, und die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation wird zu einer Gewissensfrage für jeden im Wirtschaftsleben stehenden Menschen. Während die Entscheidung in diesen Fragen früher in das Belieben des einzelnen gestellt wurde, wird heutzutage der Zutritt zu der betreffenden Organisation für eine Selbstverständlichkeit gehalten und für eine Pflicht, der sich kein anständiger Mensch entziehen kann.

### Wer übt Terrorismus?

In der Nr. 32 des „Grundstein“ vom Jahre 1912 sind die vom „Pommerschen Bauernverbande“ zur Bekämpfung sozialdemokratischer Organisationen gemachten Anstrengungen geschildert und die Säkungen dieses Verbandes näher beleuchtet. Ende August und Anfang September d. J. erschien in pommerschen Kreisblättern folgender Aufruf, der den im März beziehungsweise April erschienenen noch an Unversöhnlichkeit übertrifft.

#### Aufruf

Der Terrorismus der Sozialdemokratie hat Formen angenommen, welche geeignet sind, unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben in hohem Grade zu schädigen. Namentlich ist dies im Maurer- und Zimmergewerbe zu beobachten.

„Abkämpfung aller Gesetze, welche freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung einschränken oder unterdrücken“, fordert zwar klar und deutlich Absatz 4 des sozialdemokratischen Programmes; wehe aber dem Maurer oder Zimmermann, welcher auf einem Bau Arbeit sucht, bei dem die Mehrzahl der Arbeiter einer sozialdemokratischen Organisation angehört. „Hast Du keine Wäsche an“, das heißt, bist Du Mitglied der „sozialdemokratischen Organisation“, ist die erste Frage. Der Versuch folgt, den noch nicht organisierten Arbeiter für die sozialdemokratische Organisation zu gewinnen. Weigert sich der Arbeiter, so folgen Drohungen, Verleumdungen, Schlägen aller Art, Mißhandlungen und als weiteres Mittel die Forderung der Arbeiter an den Unternehmer, den nicht organisierten Arbeiter sofort zu entlassen, bei Vermeidung der Niederlegung der Arbeit seitens der übrigen, ohne Rücksicht auf bestehende Verträge.

Das ist das Recht der „freien“ Meinung, das Recht der „freien“ Vereinigung in der Praxis. „Frei“ ist der Arbeiter nur in der Aeußerung sozialdemokratischer Ansichten, „frei“ steht ihm nur der Anschluß an sozialdemokratische Gewerkschaften und Verbände.

Unter diesem Drucke seufzen Tausende von Arbeitern und zahllose Bauunternehmer. Die Regierung und Gesellschaft stehen bisher diesem Drucke im wesentlichen tatenlos gegenüber. Man schüttelt wohl bei dem Ausfall der Wahlen den Kopf; aber es geschieht nichts. Auf Hilfe des Staates ist nach Ablehnung des Antrages auf Erweiterung des Arbeitswilligen-Schutzgesetzes kaum mehr zu rechnen. Dagegen haben die Arbeiter angefangen, Selbsthilfe zu üben durch Zusammenschluß in nicht sozialdemokratischen Organisationen, insbesondere den christlichen Gewerkschaften, und haben gute Erfolge dabei erzielt.

Diese Bestrebungen der Arbeiter müssen auch von den Arbeitgebern aufs kräftigste unterstützt werden (auf diese Unterstützung können die Christlichen stolz sein!), wenn man nicht ruhig zusehen will, wie die Sozialdemokratie das ganze Wirtschaftsleben unterjocht. Der Standpunkt des ruhigen Zusehens ist falsch und schwächlich. Wir, die Zeitschreiber, haben damit unsern Nachkommen gegenüber die schwerste Verantwortung auf uns. Wir müssen uns einmütig zum Kampfe gegen den sozialdemokratischen Terrorismus zusammenschließen und wollen das tun im Anschluß an den Aufruf, welcher im April zur Gründung des Pommerschen Bauernverbandes erlassen wurde.

Bekämpfung des Terrorismus der Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiete, besonders im Baugewerbe, ist der Zweck dieses Verbandes. Durch Anschluß an andere Verbände von Arbeitern und Arbeitgebern, durch Fürsorge für das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter will er seine Ziele erreichen.

Wir müssen helfen; wer nicht mit uns ist, ist wider uns!

Pommerscher Bauernverband.  
b. Herzberg, Rottin, Mitglied des Herrenhauses, Landwirtschaftsrat, Landrat a. D.; v. Brodhausen, Slettin, Mitglied des Reichstages, Mitglied des Abgeordnetenhauses; Freyher v. d. Goltz; Landrat a. D. Kreibitz; Köppel, Justizrat, Belgard.

Dieser Kampf der „Besten und Besten“ kann uns keineswegs schrecken, wie es der frühere getan hat. Darum drücken wir ihn auch ab und geben ihm eine Verbreitung, die er sonst schwerlich gefunden hätte. Bist man solche Dinge, so kommt man aus der Verbundenheit nicht heraus und sieht sich vor die Duellefrage gestellt: Gibt es wirklich Leute, die die Triebkräfte unserer Bewegung so einseitig beurteilen oder stellen sich die Unterzeichner des Aufrufs nur so, um möglichst viel Kurzsichtige vor ihren Karren zu spannen? Wissen die Herren immer noch nicht, daß der aus wirtschaftlicher Not geborene Kampfgeist die Stützkräfte der „sozialdemokratischen Organisationen“ stärkt? Wissen die Herren immer noch nicht, daß das Klassenrecht auch den Jagdinstinkten in diese Organisationen treibt? Gehören nicht die Unterzeichner des Aufrufs und ähnlicher Aufrufe zu einer Partei, die durch die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel die Not zu einer unerträglichen Höhe gesteigert hat? Ist die Lebensmittelverteuerung nicht in Pommern um ein Bedeutendes stärker als im Reichsbereich?

So sieht es mit der „Fürsorge für das wirtschaftliche Wohlf der Arbeiter“ aus! Doch warum mit solchen Herren noch weiter rechten. Die folgenden Schreiben kennzeichnen die wahren Bestrebungen der Macher des Pommerschen Bauherrenverbandes am besten:

Erbsbes, im Oktober 1912.

Hochverehrter Herr!

Wie Sie aus anliegendem Schreiben ersähen, haben bereits wiederholt Versprechungen und Etlungen stattgefunden zwecks Bildung eines Verbandes Pommerscher Bauherren in unserm Bezirk, an der auf meine Einladung auch einzelne Kollegen teilgenommen haben.

Die zurzeit gegen die Satzungen des Pommerschen Bauherrenverbandes in Etlin in unserm Reichen erhobenen Bedenken und Einwendungen sind in dem anliegenden Schreiben gewürdigt.

Im Interesse der vom Bauherrenverbande zu erwartenden Unterstützung in dem uns bevorstehenden Lohnkampfe bitte ich Sie, der an Sie ergehenden Einladung zur Versammlung in Straßburg folgen zu leisten, wenn Sie an der Sache ein Interesse haben.

Ergebnis

Otto Feuer, Zimmer- und Maurermeister.

Das in der Anlage beigegebene Schreiben hat folgenden Inhalt:

Landsdorf, im Oktober 1912.

Betrifft Verband Pommerscher Bauherren und Bauunternehmer.

Hochverehrter Herr!

Der gemeinsamt Unterzeichnete hatte zum 27. August dieses Jahres Bauherren vom Lande, wie auch Arbeitgeber aus dem Baugewerbe aus den vordommerschen Kreisen zu einer Aussprache eingeladen zwecks Stellungnahme und eventuellen Anschlusses an den bereits gebildeten „Pommerschen Bauherrenverband“. Die Eingeladenen waren fast sämtlich erschienen, unter diesen auch der Geschäftsführer genannten Verbandes, welcher dann an Hand der Statuten seines Verbandes dessen Bestimmungen zum Ausdruck brachte. In der sehr eingehenden Diskussion wurde hervorgehoben, daß jede Bestimmung, welche sich gegen den überhandnehmenden Terrorismus der Sozialdemokratie richtet, unterläßt werden müsse, und daß dieses Ziel um so leichter zu erreichen sei, wenn die Bauherren vom Lande und die Arbeitgeber aus dem Baugewerbe sich zu gemeinsamem Vorgehen die Hand reichen. Der Zeitpunkt hierzu sei in Anbetracht des am 1. April 1913 abzulaufenden Tarifvertrages mit den Bauarbeitern jetzt besonders geeignet; ein gangbarer Weg würde sicher gefunden werden, wenn beide Teile, sowohl die Bauherren vom Lande als auch die Arbeitgeber vom Baugewerbe, bereit wären, Pflichten zu übernehmen.

Die Wünsche der Versammlung fasse ich in folgendem kurz zusammen: 1. Die Bauherren vom Lande verpflichten sich:

- a) Bausleute, welche einem sozialdemokratischen oder einem demselben gleich zu erachtenden Verbände angehören, zum nächsten Termine zu kündigen;
- b) fremden Arbeitern, welche einem ad 1 a genannten Verbände angehören, Arbeit nicht zu geben, insbesondere auch nicht solchen, welche aus dem Baugewerbe ausgesperrt sind;
- c) nur solchen Bauunternehmern Arbeiten (Reparaturen wie Reparaturen) zu übertragen, welche dem Verbände der Arbeitgeber im Baugewerbe angehören und sich verpflichten, alle ihnen von Mitgliedern des Pommerschen Bauherrenverbandes übergebenen Arbeiten spätestens vom Jahre 1914 ab nur durch Bauarbeiter ausführen zu lassen, welche einem ad 1 a genannten Verbände nicht angehören.

2. Die Arbeitgeber im Baugewerbe verpflichten sich dagegen: möglichst schon im Jahre 1913, spätestens aber vom Jahre 1914 ab, nur solche Bauarbeiter den Mitgliedern des Pommerschen Bauherrenverbandes zuzuschicken, welche einem ad 1 a bezeichneten Verbände nicht angehören.

Punkt 2 legt zwar den Arbeitgebern im Baugewerbe schwere Verpflichtungen auf, sie werden aber in dem im Jahre 1913 mit den Bauarbeitern bevorstehenden Lohnkampfe an den Bauherren vom Lande nach vielen Richtungen hin einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt finden. Die Bauunternehmer können den Arbeitgebern erklären, daß sie nur in dem Falle zu Bauarbeiten auf's Land geschickt werden können, wenn sie einem ad 1 a genannten Verbände nicht angehören, daß sie außerdem im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung eine Arbeitsmöglichkeit auf dem Lande überhaupt nicht finden.

Die Bauunternehmer müssen mithin versuchen, ihre Arbeiter zum Austritt aus den unter 1 a bezeichneten Verbänden zu bestimmen, müssen aber auch in der Lage sein, den Arbeitern, welche bisher in harter Winterzeit, wenn alle Bauarbeiten ruhen, aus den Verbänden wöchentliche Unterstützungen erhielten, eine Arbeitsmöglichkeit bieten zu können.

In diesem Punkte sind die Bauherren vom Lande in der Lage, die Bauarbeiter wirksam unterstützen zu können, und zwar ohne große Opfer zu bringen. Auf dem Lande herrscht im Winter fast auf allen Gütern Arbeitermangel — ich weise nur auf die vielen Winterarbeiter hin — die Arbeitgeber vom Lande können deshalb sehr wohl in besonders harter Winterzeit Bauarbeiter auf ihren Höfen und im Walde beschäftigen, schreibend aber nur zu den ortsüblichen Tagelohnsätzen. Dieses Opfer muß der Bauherrenverband im Interesse der Bauunternehmer wie der Bauarbeiter bringen; es ist das einzige Opfer, welches von ihm gefordert wird und gefordert werden muß.

Aus dem Vorhergesagten ergibt sich, daß über unsere wesentlichen Punkte des bereits vorliegenden Statutes des Pommerschen Bauherrenverbandes divergierende Ansichten bestehen. Zunächst schon in dem Punkte, daß ein Erfolg nur in dem Falle gesichert, wenn Bauherren und Bauunternehmer sich fest zusammenschließen. Es sind aber auch weiterhin noch andere Punkte, welche einer Abänderung bedürfen, ich meine nur die §§ 5, 6, 8, 9. Weiterhin liegt auf der Hand, daß mit der Größe des Verbandes auch seine Kraft wächst; es muß deshalb angestrebt werden, daß der Verband gleich jetzt über ganz Pommern verbreitet wird.

Von den Teilnehmern an der in Erbsbes am 26. August d. J. gehaltenen Aussprache bin ich beauftragt, möglichst viele einflußreiche Herren aus den Kreisen der Bauherren und Bauunternehmer aus Vorpommern, den angrenzenden Kreisen und auch Westfalen für die Sache zu gewinnen. Ich unterziehe mich gern diesem Auftrage und richte an die hochverehrten Herren zunächst die ganz ergebene Bitte, mir zunächst, und zwar bis 15. Oktober d. J. Ihre besonderen Wünsche für ein zu entwerfendes Statut mitteilen zu wollen. Ich werde dann sofort Einladungen zu einer konstituierenden Ver-

sammlung nach Straßburg im Anfang November ergehen lassen und ganz besonders bitten, daß dann die Vertreter beziehungsweise möglichst Mitglieder des bestehenden Pommerschen Bauherrenverbandes an dieser Versammlung teilnehmen, in der sicheren Hoffnung, daß in gemeinsamer Aussprache dann der Weg gefunden wird zu einem geschlossenen Vorgehen von ganz Pommern.

Mit dem Ausdruck ganz besonderer Hochachtung ganz ergebenst

(Unterschrift.)

Man vergleiche den „Aufruf“, der über den Terrorismus der Sozialdemokratie Stein und Bein klagt, mit dem in diesem Schreiben vorgeschlagenen sauberen Plan, und dann fragen wir: Wer übt Terrorismus?

Die dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Baugewerkschaften müssen für 1913 ganz böse Wüsten haben, die ihnen selbst so ungeheuerlich vorzukommen, daß sie vor der Durchführung an der eigenen Kraft verzweifeln.

Die Satzungen des Pommerschen Bauherrenverbandes enthalten Bestimmungen, durch die der Bauunternehmer vollständig in die Hand des Bauherren gegeben ist. Was aber macht das alles einem Schmarfacher im Baugewerbe aus! Er schilt liberal, wenn der Bauherr liberal ist, und er ist konfessionell, wenn ein konfessioneller Bauherr mehr zählt als der Liberale. Er sieht die Schmarfacher des Baugewerbes ein klein wenig sozialpolitische Einsicht zulegen, verkaufen sie die Gefinnung und Stimme „um Brot und Stiefel dem Mächtigen, der sie begehrt“.

Die Reichstagswahl 1912, die Verhandlungen über „Bauarbeiterchutz in Pommern“ im Abgeordnetenhause, das Anmachen der freien Gewerkschaften in Pommern, die Unterstützungsverpflichtungen dieser Gewerkschaften, das alles muß den „Mächtigen vom Lande“ doch zu sehr „ans Magere“ gekommen sein. Bürgerliche Gewerkschaften wollen nun die Hand bieten zu einem Versuche, der nur auf die Anbelagerung der Arbeiter hinauslaufen kann. Wlad zu! Pommerns Arbeiter, die mit rund 40 000 bei den freien Gewerkschaften stehen, sind bereit!

Werken wir uns den sauberen Plan der „Bauherren vom Lande“ und der „Arbeitgeber aus dem Baugewerbe“. Füllen wir unsere Reihen bis auf den letzten Mann und drehen wir bei Gelegenheit den Stiefel um. Gegen die freche und unerschämte Gewalttätigkeit der Junier und deren Kataklyse ist immer noch Mannesmut und Ueberzeugungstreue Sieger geblieben. Laßt den Herren ins Gesicht und kämpft!

## Die Unfallverhütung bei Betonbauten.

I.

In der bürgerlichen Presse erschien im Juni 1906 eine Notiz, wonach vom preussischen Ministerium der Bauverwaltung beabsichtigt sei, in allernächster Zeit verschärfte Bestimmungen für Betonbauwerke zu veröffentlichen. Anlaß dazu hätten die zahlreichen Baunfälle der letzten Jahre, insbesondere das Baunnglück in der Giffstraße zu Hamburg gegeben. In der Beton- und Zementfachpresse wurde zu diesen Vorgehen der preussischen Regierung viel über die „Beunruhigung der neuen Betonindustrie“ geschrieben. Mit dem Hinweis auf die Automobilindustrie erlaubte man sich jedoch „menschenfeindlich“ den Standpunkt zu vertreten, daß jeder Fortschritt der Kultur und Technik ganz naturgemäß Opfer an Menschenleben und Gesundheit, erfordere. Für diese Opfer konnten nach der Meinung der Betonbauunternehmer selbstverständlich nur die Arbeiter in Frage kommen.

Der ganze Vorgang war sehr auffällig, und zwar um so mehr, als erst einige Jahre zuvor (1904), der

## Gewaltige Erdverschiebungen beim Bau des Panamakanals.

(Nachdruck verboten.)

ATK. Bei dem Bau großer Verkehrsstraßen rechnet man immer mit unvorhergesehenen Schwierigkeiten, da nicht nur das vorher sondierte Terrain, das die Verkehrsstraße durchschneidet, in Betracht kommt, sondern sehr oft, hauptsächlich bei ausgedehnten Bauten, auch die Beschaffenheit des in einiger Entfernung von der Verkehrsstraße gelegenen Bodens einen großen Einfluß auf die Arbeiten ausübt.

Der Bau des Panamakanals hat dieses Prinzip voll bestätigt. Der Durchstich bei Culebra hat so große unermutete Arbeit heraufschafft, daß man zu der Annahme berechtigt war, andere, minder schwierige Teilarbeiten des Kanals, z. B. der Bau der Dämme bei Gatun und der gewaltigen Schleusen, würden früher fertiggestellt sein, als der erwähnte Durchstich, und daß daher von seiner Fertigstellung die Zeit abhängen würde, in der die gewaltige Wasserstraße, die einen Erdteil in zwei Stücke scheidet, dem Verkehr übergeben werden kann. Als aber die ganze Kraft der amerikanischen Arbeiter und die der Hilfsmaschinen bei Culebra zur Entlastung kam und die Dampfmaschinen angingen, trat in das Erdreich hineinzuweisen, da machte die Arbeit so gewaltige Fortschritte, daß man bestimmt erwarten konnte, dieser Durchstich würde früher fertig sein als der Bau der sehr ausgedehnten Dämme bei Gatun oder der Bau der riesigen Schleusen, die den mittleren, höhergelegenen Teil des Kanals von den beiden tiefer gelegenen Enden des Kanals trennen.

Die Natur hatte aber beim Culebra-Durchstich für die raschen amerikanischen Unternehmer noch weitere unerwartete Schwierigkeiten aufbewahrt, oder vielmehr Schwierigkeiten von unerwarteter Größe. Der „Scientific American“ vom 8. Juni d. J. gibt eine interessante Schilderung von ihnen. Erdbeben von so gewaltiger Ausdehnung traten ein, wie sie nie zuvor bei Kanalbauten oder andern großen Erdarbeiten vorgekommen sind. Diese Erdbeben nahmen an Ausdehnung zu, je weiter man mit dem Ausarbeiten des Kanalbettes fortschritt. Eine Ueberwachungsfolgte der andern, und schon wenige Monate nach Beginn dieser unheimlichen Erdbeben wurde es zur Gewißheit, daß der Culebra-Durchstich, trotz der forcierten Arbeit, zuletzt fertig werden würde. Es ist aber immer noch die Hoffnung vorhanden, daß der festgesetzte Termin für die Eröffnung des Kanals nicht verschoben zu werden braucht.

Der ganze Durchstich bei Culebra ist ungefähr 14,5 Kilometer lang. Der Teil von ihm, der die vielen Schwierigkeiten und Ueberwachungen bringt, ist der verhältnismäßig kurze, ungefähr acht Kilometer lange Schnitt durch die höchsten Teile der Berge. Der Durchstich dort ist so gewaltig, daß auf einer 3000 m langen Strecke, in der Nähe von Gold Hill, das Volumen der ausgearbeiteten Erde- und Felsmassen 43,2 Millionen Kubfußmeter betrug. Der tiefste Schnitt ist bei der Gold Hill selbst. Schon die Franzosen hatten diesen Schnitt angefangen, in der richtigen Erkenntnis, daß er eine der zeitraubendsten Arbeiten des ganzen Unternehmens war.

Der Boden des fertigen Kanals wird an dieser Stelle 12,2 m über dem Meeresspiegel liegen, und da die normale Wasserhöhe im Kanal 13,73 m betragen soll, so wird die Oberfläche des Kanalwasser bei Gold Hill 12,2 + 13,73 = 25,93 m höher liegen als die Meeresspiegelhöhe. Ferner wird infolge langer Beobachtungen und Messungen angenommen, daß während der Regenzeit der Wasserstand im Kanal bei Culebra und Gatun fast durchgängig über dem Regenwasser weitere 0,6 m zunehmen wird, so daß dann die Wasserhöhe 14,33 m betragen wird und die Oberfläche des Kanalwasser dort 26,58 m über dem Meeresspiegel liegen kommt. Die Schleusentore, die dieser höher gelegenen Kanalabschnitt begrenzen, sind für diesen höchst-

erwarteten Wasserstand konstruiert. Da während der trockenen Jahreszeit kein Wasserzuzug stattfindet, so wird der Wasserstand durch Verbrauch zum Durchfließen der Schiffe, durch Verdunstung und durch unabwendbare kleine Bedagen usw. langsam fallen. Der Kanal ist aber noch in vollem Umfange, d. h. für alle Schiffstypen, die ihn durchfahren werden, bei einer Wasserhöhe von 12,5 m schiffbar, so daß für die Verluste während der trockenen Jahreszeit die große Menge von 1,33 m Höhe des Wasserstandes vorhanden sein wird.

Vor ungefähr 30 Jahren, als der gewaltige Kanalbau in Angriff genommen wurde, waren die für die Ausgrabungen verwendeten Maschinen die reinen Arbeitstiere im Vergleich zu den Maschinen, die jetzt bei der Arbeit sind. Die Franzosen hatten damals zweifellos, ohne Rücksicht auf den Preis, die besten Maschinen beschafft, die zu der Zeit für Kanalbauten konstruiert waren, und haben mit diesen Maschinen in Anbetracht ihrer geringen Leistungsfähigkeit und unter den ungewohnten klimatischen Verhältnissen Hervorragendes geleistet.

Schon im Jahre 1884 gingen für die Franzosen die Schwierigkeiten beim Bau des Kanals an. Die immer größer anwachsenden und wie man annehmen kann, unüberwindbaren Schwierigkeiten wurden mit einer der entmutigenden Faktoren, die zum Zusammenbruch führten. Neben der Cudatara, an der östlichen Seite des Kanals, neben den felsigen Bodenformationen bei Gold Hill, fing ein Erdbeben an, der an Größe zunahm, je weiter die Ausgrabungen fortschritten. Dieser Erdbeben hat auch viele Jahre hindurch den amerikanischen Unternehmern große Schwierigkeiten bereitet. Er dehnte sich bis zu einer Entfernung von über 600 m von der Kanalmitte nach der einen Seite aus, während die Ausdehnung an der andern Seite etwas geringer war. Die Oberfläche der Erdmassen, die allmählich in Bewegung kamen, war bei Gold Hill ungefähr 20 Fetta groß. Bis zum 1. Juni vorigen Jahres

Deutsche Betonverein in Verbindung mit dem Verbands deutscher Architekten- und Ingenieurvereine eine Anweisung unter dem Titel „Vorkaufliche Leitfäden für die Vorbereitung, Ausführung und Prüfung von Eisenbetonbauten“ herausgegeben hatte. Diesen „Leitfäden“ konnte bei dem sonstigen Mangel besonderer Schutzbestimmungen in den bautechnischen Vorschriften ein Wert nicht abgesprochen werden. Eine andere Frage war selbstverständlich, welche Wirkung damit erreicht wurde. Bei der Zurückhaltung der Berufsvereine und der Jagdbarkeit der Behörden war der Erfolg von dem freien Ermessen der Betonunternehmer abhängig. Für die zünftlerischen Leiter der Bauwerksberufsgenossenschaften war zu jener Zeit der Betonbau noch ein Buch mit sieben Siegeln. Von einer Beaufsichtigung durch die technischen Aufsichtsbeamten konnte also keine Rede sein; das gleiche ließ sich auch von einem beträchtlichen Teil der unteren Baupolizeien sagen. Das wurde von der preussischen Regierung ohne Zweifel erkannt, und so erfolgte am 24. Mai 1907 der Ministerialerlass betreffend neue Bestimmungen für die Ausführung von Konstruktionsanordnungen aus Eisenbeton bei Hochbauten. Zur Wahrnehmung des Schutzes der Arbeiter und der späteren Benutzer dieser Gebäude wollte das Ministerium durch diese Bestimmungen eine sorgfältige Ausführung dieser Bauwerke sichern; die äußere und sonstige Verfüllung ist darin nicht berücksichtigt.

„Zu diesem Zweck“, so heißt es im § 1, „sind bei der Nachschauung der Baueinbauten für ein Bauwerk, welches ganz oder zum Teil aus Eisenbeton hergestellt werden soll, Zeichnungen, statische Berechnungen und Beschreibungen beizubringen, aus denen die Gesamtanordnung und alle wichtigen Einzelheiten zu ersehen sind. In der Beschreibung ist der Ursprung und die Beschaffenheit der zum Beton zu verwendenden Baustoffe, ihr Mischungsverhältnis, der Wasserzufuhr sowie die Druckfestigkeit, die der zu verwendende Beton in dem vorgesehene Mischungsverhältnis nach 28 Tagen in Würfelkörpern von 30 cm Seitenlänge erreichen soll, anzugeben. Die Druckfestigkeit ist auf Erfordern der Baupolizeibehörde vor dem Beginn durch Versuche nachzuweisen.“ Von diesem Erlass sind Einzelheiten von großer Tragweite. So heißt es weiter: „Es darf nur Portlandzement verwendet werden, der den preussischen Normen entspricht. Sand, Kies und sonstige Zuschläge müssen zur Betonbereitung und zu dem beabsichtigten Verwendungszweck geeignet sein. Das Korn der Zuschläge darf nur so groß sein, daß das Einbringen des Betons und das Einstampfen zwischen den Eiseneinlagen und zwischen der Schalung und den Eiseneinlagen noch mit Sicherheit und ohne Verschiebung der Eisen möglich ist (§ 2). Bei noch unerprobter Bauweise kann die Baupolizeibehörde die Zulassung von dem Auslaß zu vorerprobten Probeausführungen und Belastungsversuche abhängig machen. Die Belastungsversuche sind bis zum Bruch durchzuführen (§ 3). Das Mischen des Betons muß derart erfolgen, daß die Menge der einzelnen Bestandteile dem vorgesehene Mischungsverhältnis stets genau entspricht und jederzeit leicht gemessen werden kann (§ 4). Die Verarbeitung der Betonmasse muß in der Regel sofort nach ihrer Fertigstellung begonnen werden und vor Beginn ihres Abbindens beendet sein. Die Betonmasse darf bei warmer und trockener Witterung nicht länger als eine Stunde, bei kühler oder nasser Witterung nicht länger als zwei Stunden unverarbeitet liegen bleiben. Nicht sofort verarbeitete Betonmasse ist vor Witterungseinflüssen, wie Sonne, Wind, starkem Regen, zu

schützen und vor der Verwendung umzuschaukeln. Die Verarbeitung der eingebrachten Betonmasse muß stets ohne Unterbrechung bis zur Beendigung des Stampfens durchgeführt werden. Die Betonmasse ist in Schichten von höchstens 15 cm Stärke einzubringen und in einem dem Wasserzulaß entsprechenden Maße durch Stampfen zu verdichten. Zum Einstampfen sind passend geformte Stampfen von angemessenem Gewicht zu verwenden (§ 5). Die Eiseneinlagen sind vor der Verwendung sorgfältig von Schmutz, Fett und losem Rost zu befreien. Mit besonderer Sorgfalt ist darauf zu achten, daß die Eiseneinlagen die richtige Lage und Entfernung voneinander sowie die vorgesehene Form erhalten. Liegen in Balken die Eisen

### Wandlung.

Gläubig war mein Vaterhaus,  
Götter wußt ich mir zu Häupten.  
Weite Wege maß ich aus  
Und die Götter — sie zerstäubten.

Jedem sah in stiller Nacht  
Ich ins Aug', ein ernster Frager.  
Immer, war der Tag erwacht,  
Blies ich Staub von meinem Lager.

Freigeworden preis ich nun  
Frohgefaßt mein neues Leben,  
In mir selber stark zu ruhn,  
Keinem pflichtig und ergeben.

Meine Arbeit schafft mir Brot,  
Sonne kocht mir meine Trauben —  
Und ich beug' mich keinem Gott,  
Doch ich beug' mich jedem Glauben.

in mehreren Lagen übereinander, so ist jede, für sich (mit Betonmasse) zu umkleiden.“

Die Schalungen und Stützen der Decken und Balken müssen vollkommenen Widerstand gegen Durchbiegungen und ausreichende Festigkeit gegen die Einwirkungen des Stampfens bieten. Die Schalungen sind so anzuordnen, daß sie unter Belastung der bis zur völligen Erhärtung des Betons notwendigen Stützen gefahrlos entfernt werden können. Zu den Stützen sind unlöslich nur ungeschlossene Hölzer zu verwenden. Sind Stöße unvermeidlich, so müssen die Stützen fest und sicher verbunden werden. Vor der Beendigung der Einschaltung und dem beabsichtigten Beginn der Betonarbeiten in jedem einzelnen Geschosse ist der Baupolizeibehörde mindestens drei Tage vorher Anzeige zu machen (§ 6). Bei der Herstellung von Wänden und Pfeilern in mehrgeschossigen Gebäuden darf mit der Ausführung in dem höheren Geschoss erst nach ausreichender Erhärtung der Bauteile in den darunter liegenden Geschossen begonnen werden. Von der Fortsetzung der Arbeiten im höheren Geschoss ist der Baupolizeibehörde mindestens drei Tage vorher Nachricht zu geben (§ 8). Nach längeren Frostzeiten darf beim Eintritt milderer Witterung die Arbeit erst wieder auf-

genommen werden, nachdem die Zustimmung der Baupolizeibehörde dazu eingeholt ist. Bis zur genügenden Erhärtung des Betons sind die Bauteile gegen die Einwirkungen des Frostes und gegen vorzeitiges Austrocknen zu schützen sowie vor Erschütterungen und Belastungen zu bewahren. Ueber den Gang der Arbeiten ist ein Tagebuch zu führen und auf der Baustelle stets zur Einsichtnahme bereitzuhalten. Frosttage sind darin unter Angabe der Kältegrade und der Stunde ihrer Messung besonders zu vermerken (§§ 8, 9, 10 und 11).“

„Die Fristen, die zwischen der Beendigung des Einstampfens und der Entfernung der Schalungen und Stützen liegen müssen, sind von der jeweiligen Witterung, von der Stützweite und dem Eigengewicht der Bauteile abhängig. Die seitliche Schalung der Balken, die Einschaltung der Stützen sowie die Schalung von Deckenplatten darf nicht vor Ablauf von acht Tagen, die Stützung der Balken nicht vor Ablauf von drei Wochen beseitigt werden. Bei größeren Stützweiten und Querschnittsabmessungen sind die Fristen unter Umständen bis zu sechs Wochen zu verlängern. Bei mehrgeschossigen Gebäuden darf die Stützung der unteren Decken und Balken erst dann entfernt werden, wenn die Erhärtung der oberen soweit vorgeschritten ist, daß diese sich selbst zu tragen vermögen. Beim Entfernen der Schalungen und Stützen müssen durch besondere Vorkehrungen (Keile, Sandtöpfe und dergleichen) Erschütterungen vermieden werden. Von der beabsichtigten Entfernung der Schalungen und Stützen ist der Baupolizeibehörde rechtzeitig, und zwar mindestens drei Tage vorher Anzeige zu machen (§ 10) usw.“ (Siehe Bericht der Zentralkommission für 1906/1907, Seite 194 bis 201.)

Ganz auffällig zeigt sich hier die Absicht, den Baupolizeibehörden zur Ueberwachung dieser Bauausführungen eine größere Verantwortung zu übertragen. Das war ohne Zweifel eine dringlich erforderliche Maßnahme, um so mehr, als im Laufe der vorangegangenen Jahre der Glaube an die hohen Vorzüge der monolithischen Bauweise (Eisenbetonbau), wie man den Betonbau nennt, schon recht beträchtlich erschüttert worden war. Die Erdbebenlandhaftigkeit dieser Gebäude ist sehr zweifelhaft, wie die Vorgänge in San Francisco gezeigt haben. Gewiß, die Betongebäude und Holzschalwerkhäuser stützen den Deuten nicht so über den Köpfen zusammen, wie andere Gebäude. Aber die Betongebäude wurden durch die Gewalt der Erdstöße derart aus dem Lot und der Form gerissen, daß sie nachher abgebrochen beziehungsweise auseinander gesprengt werden mußten. Bei einzelnen derartigen Abbrüchen sind wiederholt die Unternehmer dawongelaufen und haben die Arbeit eingestellt. Dazu kommt, daß diese Art der Abbrüche mit großen Gefahren für die Arbeiter verbunden ist. Im übrigen aber kommt hinzu, daß das Abbruchmaterial von diesen Gebäuden nur von äußerst geringem Wert sein kann.

Schon im Jahre 1908 wurde im „Tiefbau“ die Meinung, daß Eisen im Beton nicht rote, als sehr irrig nachgewiesen. Diese Ansicht begründet sich auf Laboratoriumsversuche; aber in der Praxis zeigen sich die Dinge doch etwas anders. Die Eisenbetonbauteile, wie Brücken, Bahnhofsgebäude, Wahnüberführungen, Fabrikgebäude, Konzertsäle, Speicher usw., sind mannigfachen Erschütterungen ausgesetzt. Es bilden sich Risse, die Luft und Feuchtigkeit zulassen. Die Sicherheit gegen das Rosten der Eisenteile und die Beständigkeit dieser Bauteile wird dadurch merklich herabgesetzt. Aber noch

waren über zwei Millionen Kubikmeter Erdbreich in diesen Auschnitt hineingerutscht und mit unendlicher Mühe wieder herausgebracht, doch erwartet man, daß mindestens 300 000 Kubikmeter mehr der Durchstich an dieser Stelle entnommen werden können, bevor man mit Bestimmtheit darauf rechnen kann, daß die Erdberschüttungen aufhören werden.

Vor zwölf Monaten hatten die Unternehmer des Panama-Kanalbaues beim Culebra-Durchstich noch mit 21 Erdbrüchen zu kämpfen. Zwei von diesen hatten an der Oberfläche eine Ausdehnung von 40 Ar bis 20 Hektar, während die Oberfläche ausdehnung der nun übrigen geringer als 40 Ar war. Die Gesamtoberfläche der Erdmassen, die noch vor ungefähr zwölf Monaten in gleitender Bewegung war, betrug 60,32 Hektar. Einige der Erdbrüche, unter diesen der bedeutende bei Cudracha, sind zum Stillstand gebracht worden, während andere noch in Bewegung sind.

Diese gewaltigen Erdberschüttungen sind durch die unregelmäßigen Gesteinsformationen auf der Landenge von Panama hervorgerufen. Das Material, durch das der Kanal gegraben ist, besteht hauptsächlich aus zerfetzter vulkanischer Asche, die sich während ihres langen geologischen Daseins zu mehr oder weniger dichten Gesteinsbildungen verdichtet hat. Esien kommt man dort auf Steinmassen, die den Namen „Gefien“ beanspruchen können. Das sollte dort aber auch vorhanden sein, haben die Unternehmer des Kanalbaues zu ihrem größten Leidwesen bei Gamboa und Golb Sil kennen gelernt. Die großen Unregelmäßigkeiten sowohl in der Schichtung, als auch in der Zusammenfassung des Materials, hauptsächlich dort, wo es auf harter Felsoberfläche ruht, sind äußerst günstig für schwere Erdbrüche.

Allgemeine gesprochen, kommen die Erdmassen, deren Herausheben so viel Mühe erfordert, entweder durch Rutschen oder Gleiten, oder durch plötzliches Herunter-

stürzen in das ausgearbeitete Kanalbett. In einigen Fällen bilden die Wände des Kanalabschnittes einen zu großen Winkel zur Horizontalen. Die in solchen Fällen gewöhnlich losen Erdmassen kommen dann bei einer außergewöhnlichen Erschütterung, etwa durch eine Sprengung oder auch durch den Einfluß von schweren Regengüssen, ins Rutschen und bewegen sich so lange, bis Gleichgewicht eingetreten ist. Eine andere Art von Erdbrüchen tritt ein, wenn das oben liegende Erdbreich, durch das der Kanalabschnitt führt, auf härterem Material liegt, als das ist, aus dem es selbst besteht, und die obere Fläche des unteren härteren Erdbreichs eine Neigung zum Auschnitt hin hat. Es wird unter solchen Umständen nur die Neigung zwischen der härteren Unterlage und dem darauf liegenden loseren Material ein Heruntergleiten der oberen Schicht verhindern. Gewöhnlich herzurufen in solchen Fällen langanhaltende Regengüsse, das Heruntergleiten der losen oberen Massen. Das Regenwasser fließt langsam durch das obere lose Erdbreich, läuft die härtere Unterlage entlang und verringert den Reibungskoeffizienten allmählich so weit, daß ein Heruntergleiten der oberen Erdmassen eintreten muß.

Eine weitere Ursache von Erdbrüchen ist das Heruntergleiten von einzelnen Schichten der durchschnittenen Erdmassen, hauptsächlich, wenn diese etwas loser Struktur sind und vertikal zum Kanal oder etwas geneigt zu ihm liegen. In denselben Weise, in dem in solchen Fällen die Tiefe der Ausgrabungen zunimmt, verzögert sich auch die Verankerung der Schichten, die leicht heruntersinken. Ihre Widerstandskraft wird unter dem Einfluß der Witterung, dem sie jetzt ausgesetzt sind, schnell abnehmen, und sie werden bald nicht mehr imstande sein, die auf sie drückenden Erdmassen zu tragen. Diese führen dann, benachbarte Teile mit sich reichend, in das Kanalbett und begraben oft Menschen und wertvolle Maschinen. Aber auch noch andere unerwartete Ereignisse treten mitunter

beim Fortschreiten der Ausgrabungen ein. Bei einigen tiefen Einschnitten in weiches Erdbreich, bei denen vorwärts halber die Winkel, die die Seiten der Einschnitte zur Horizontalen bilden, so klein als möglich gewählt waren, der Vertikalbruch durch den Kanal also sehr schiefe war, kamen die Seitenwände des Kanals dennoch ins Rutschen, doch glitten diese nicht in das Kanalbett hinein, sondern sie bröckelten das unter ihnen befindliche Erdbreich einfach hinweg. Diese Verchiebungen der Erdmassen verursachen eine große, vulkanische Erhöhung in der Mitte des Kanals. Sie dauerten so lange, bis das Gewicht der an den Kanalseiten befindlichen Erdmassen minus der Reibung zwischen ihnen und der festen Unterlage gleich dem Gewicht der in der Kanalmitte hochgehobenen Erdmassen war. Natürlich mußten in diesen Fällen erst sämtliche in Bewegung befindlichen Erdmassen an den Kanalseiten entfernt werden, bevor die Erhöhung im Kanal weggenommen werden konnte. Beides verursachte viel Arbeit und viel Kosten.

Aber nicht nur Arbeit und Geld ist erforderlich, das großartige Unternehmen glücklich zu Ende zu führen, sondern auch sehr viel Ausdauer und Gleichmut. Das letztere vorhanden ist; jetzt folgende keine Episode: Ein höherer europäischer Beamter beauftragte die Arbeiter am Panamakanal und glaubte hierbei bemerkt zu haben, daß bei einem großen Durchstich ein neuer Erdbruch zu erwarten sei. Er teilte seine Wahrnehmung ganz aufrichtig einem Ingenieur der Kanalgesellschaft mit und fragte ihn, was sie tun würden, falls der Durchstich stattfände. Die salomonische Antwort war: „Die graben es wieder raus.“ Diese Antwort zeigt, daß bei diesem gewaltigen Kanalbau das Bewußtsein so vieler Schwierigkeiten einen so großen Gleichmut und ein so großes Selbstvertrauen hervorgerufen hat, daß diese keine Furcht vor weiteren Schwierigkeiten aufkommen lassen.

Aug. Gr.

andere Feinde hat die Zement- und Betonbauweise. Wie der Deutsche Betonverein nach einer Rundfrage bei seinen Mitgliedern befragt, führen fette Oele (Tierischen und pflanzlichen Ursprungs) auch eine Zerföhrung an Betonbauteilen (wie Maschinenfundamente und Kurbelgruben) herbei. Die fetten Oele werden an der Luft ranzig, das heißt zerfallen sich in freie Fett säure und Glycerin. „Dadurch, daß sich die Fett säure mit dem Kalk des Zements zu Kalkseife verbindet, tritt eine Lockerung des Gefüges und danach eine Ver- richtung des Betons ein. Je durchlässiger der Beton ist, je leichter also das fette Oel eindringen kann, um so schneller geht die Zerföhrung vor sich.“ Mineralöle ebenso wie Teer- öle sind dagegen als unschädlich anzusehen. Ein anderer Vorzug bei Wasserbauten zeigt auch bedenkliche Seiten. Dort, wo Tunnel oder Uferbefestigungen tief in Moor und Schlamm eingebaut werden mußten, machte man die Entdeckung, daß sich der anfänglich so harte Beton im Laufe der Monate und Jahre in eine schwammige Masse verwandelte, deren Trag- fähigkeit natürlich gleich Null war. Der zerstörende Feind war Schwefelwasserstoff, jenes bekannte übelriechende Gas, das sich gelegentlich in Mooren entwickelt und den Beton schnell zerstört. Man will in neuerer Zeit gelernt haben, den Beton bei Wasserbauten gegen solche Angriffe zu schützen.

Wie im „Tag“ vor nicht langer Zeit von bautechnischer Seite ausgeführt wurde, sind damit noch nicht alle Schädlich- keiten erschöpft; die allerbedenklichste ist die Elektrizität. Der amerikanische Professor Burges hat durch Experimente fest- gestellt, daß Eisen im Beton unter allen Umständen vom elektrischen Strom angegriffen wird. Ganz besonders wirkt dieser Angriff schwer und stark, wo dem Beton, um das Ge- frieren zu verhindern, Salz zugesetzt ist. Die Versuche sollen „orgelegt“ werden. „Frei steht indes heute schon, daß der verschickte Beton elektrolytisch ungeführ wie feuchtes Erdreich wirkt und daß man daher einen sorgfältigen Abschluß des Eisenbetons in den Fundamenten gegen die Erdsuchtigkeit nicht unterlassen darf, wenn man das Eisen gegen den lang- samen, aber unaufhaltsam zerstörenden Einfluß der vagabon- dierenden Ströme schützen will.“

## Industrie und Proletariat in Rußland.\*

Von W. Maisky. (Nachdruck verboten.)

4. Das Proletariat während der Revolution. Abgesehen von der französischen Kommune 1871, war die russische Revolution die erste, deren wichtigste und mächtigste Triebkraft das Proletariat bildete. Und diese Tatsache verließ allen Kämpfen und Ereignissen von 1905 ein ganz besonderes und eigenartliches Gepräge. Die westeuropäischen Revolutionen vom 18. und 19. Jahrhundert waren Revolutionen alten Typus. — Barrikadenrevo- lutionen. Ihren Mittelpunkt bildete ein Aufstand der Volksmassen, die in unmittelbaren Zusammenstoß mit der Armee kamen und dabei einen völligen oder teilweisen Sieg davontrugen. Aber diese alten Revolutionsmethoden sind durch die gewaltige Entwicklung der Kriegstechnik, durch die veränderte Bauweise der modernen Städte und durch die tiefgreifende soziale Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft nahezu unmöglich geworden. Die Barrikaden- revolutionen entsprachen den sozialen und politischen Ver- hältnissen der Vergangenheit, wo die wichtigste Triebkraft der Revolution das städtische Kleinbürgertum war. Das heutige Kleinbürgertum ist nicht mehr revolutionär; es bildet im Gegenteil eine Stütze der Reaktion, eine Schutz- truppe der herrschenden Staats- und Wirtschaftsordnung. An Stelle des Kleinbürgertums trat als revolutionäre Macht das moderne Proletariat, das neue Kampfes- mittel mit sich brachte, die dem Kleinbürgertum unzu- gänglich waren, neue Revolutionsmethoden, die sich mehr als Barrikaden- und offene Zusammenstöße mit der Armee den veränderten Verhältnissen der Gegenwart anpaßten. Dieses neue Kampfmittel ist die „Arbeitseinstellung“, diese neue Revolutionsmethode — ist die An- wendung des Generalstreiks. Und in der Tat spielten die Barrikaden, der Straßenkampf in der russischen Revolution eine ganz untergeordnete Rolle, es war vielmehr eine Streik-, eine Generalstreikrevolution.

Die erste Anwendung dieser äußersten proletarischen Waffe fand ganz spontan und elementar statt. Der Gang der Ereignisse ist ja schon gut bekannt. Der russisch- japanische Krieg, der die tiefen Wunden des absolutistischen Systems klar und deutlich an den Tag legte, rüttelte das ganze Volk auf. Die Ernennung des allmächtigen Ministers des Innern v. Plehwe und die vernichtende Niederlage, die die russische Armee bei Tausang erlitt, brachten die Stimmung der breiten Massen der Bevölkerung bis zum Siedepunkt. Seit Ende 1904 begann in ganz Rußland eine noch nie dagewesene politische Erregung. Zunächst trat das liberale Bürgertum auf und forderte energisch in vielen Versammlungen und Petitionen der „Semstwo- (Bezirks-) und der Kommunalverwaltungen unterzügliche Einführung der Verfassung.“ Dann kam das städtische

Proletariat. In Wladi (Kaukasus) brach ein allgemeiner Streik der Naphthalinindustriearbeiter aus, der mit einem glänzenden Sieg der Arbeiterschaft endete. Am 4. Januar 1905 traten alle Arbeiter des großen Putilowischen Werkes zu Petersburg in den Ausstand, dessen Leitung der schon erwähnte Farmer Gapon übernahm. In zwei bis drei Tagen breitete sich der Streik über die ganze Stadt aus und nahm den Charakter des Generalstreiks an. „Die sozialistische“ Organisation, an deren Spitze Gapon sich entschloß, eine Petition der Petersburger Ar- beiter an den Kaiser zu richten und diese durch die Masse selbst einreichen zu lassen. Nun kam der „rote Sonntag“ vom 9. (22.) Januar. Die 100 000 zählende Masse der Ar- beiter, die Heiligenbilder und Kirchenfähnen tragend, zu dem Zaren strebte, wurde mit Säben und Bajonetten empfangen, viele Hunderte wurden gefötet, Tausende schwer verwundet. Ein Schrei des Schredens und der Empörung erschallte durch das riesenhafte Land; und überall, wohin die fürchterliche Kunde gelangte, drängte sich ganz von selbst die Frage auf: Was nun? Und überall, in allen Teilen von Rußland, antwortete die Arbeiterschaft „auf diese Frage mit einem kurzen Wort: Streik!“ Wir werden streiken und dadurch gegen die Schreden des „roten Sonntags“ protestieren! Es war eine spontane, unaufhalt- same Aktion, der keine Vorbereitungsarbeit vorausging. Und in der Tat trug diese Aktion einen sehr elementaren, wenig organisierten Charakter: die Streiks brachen bald hier, bald dort aus, in einigen Orten umfakten sie alle Berufe, in andern nur mehrere, in einigen Städten wurden sie von Massenversammlungen unter freier, himmel und bestiger Straßenkämpfen begleitet, in andern dagegen verliefen sie ganz still und ruhig. Die Forderungen, die die Arbeiter bei diesen Streiks aufstellten, waren auch sehr verschieden: manchmal waren sie ausschließlich politischer Natur, manchmal rein ökonomischer, größtenteils aber stellten sie eine Mischung der Politik und der Ökonomie dar. Nicht selten verlangten die Streikenden gleichzeitig Einberufung der konstituierenden Versammlung und Aus- gabe einiger Stück Seife zum Händewaschen. Und doch hatte diese zersplitterte, unorganisierte, elementare Streik- bewegung, die über ganz Rußland, von Petersburg bis zum Kaukasus, von Polen bis Ostibirien rollte und nicht weniger als 500 000 Arbeiter auf die Beine brachte, eine kolossale revolutionierende Bedeutung. Sie rüttelte das ganze Proletariat auf und versetzte der herrschenden Staatsordnung den ersten mächtigen Schlag.

Die Regierung verfuhr nun eine Verhütung der Ar- beiterstreiks dadurch, daß sie „zur Untersuchung der Ur- sachen der Unzufriedenheit der Petersburger Arbeiter“ eine Kommission unter Vorsitz des Senators Schidlowsky einsetzte und zur Befestigung an dieser Kommission eine Anzahl Arbeitervertreter wählen ließ. Aber der schlaue Versuch der Regierung blieb vollständig erfolglos. Die Versammlung der Wahlmänner, die die Arbeitervertreter zu wählen hatte, stellte an die Regierung die Forderungen der Gewährung der Rede- und Versammlungsfreiheit und der Unantastbarkeit der Persönlichkeit für die Arbeiter- delegierten, und da die Behörden auf diese Forderung eine ausweichende Antwort gaben, verzichteten die Wahlmänner auf die Wahl der Arbeitervertreter und überhaupt auf jede Teilnahme an der Kommissionsarbeit. So wurde der keine Plan der Regierung, die Lösung der brennenden Fragen auf die lange Bank zu schieben, zu Fall gebracht.

Die Entwicklung der Dinge ging aber unumkehrlich vorwärts. Jetzt begann in Rußland eine wahre Streik- epidemie. Innerhalb der acht Monate vom Februar bis zum Oktober 1905 blieb im Reich keine einzige Stadt, wo nicht getreift wurde, kein einziger Beruf, wo nicht durch massenhafte Arbeitseinstellungen wichtige Angelegen- nisse vom Unternehmertum erzielt wurden. Man kann behaupten, daß die ganze russische Arbeiterschaft während dieser Periode eine bedeutungsvolle Schule des ökonomi- schen, zum Teil auch des politischen Kampfes durch- machte. Daß diese Tatsache von eminenter Bedeutung für die weiteren Schicksale des Proletariats war, versteht sich von selbst.

Zugleich entwickelte sich die Sozialdemokratie glänzend. Ihre Organisationen schossen wie die Pilze aus dem Boden empor und erfassten sehr rasch, ihr Aufsehen, ihr Einfluß, auf die breiten Massen der Bevölkerung nahm von Tag zu Tag zu. Die Partei entfaltete eine fieber- hafte agitatorische Tätigkeit, gab Millionen Exemplare von Flugblättern heraus, herief Tausende von Versammlun- gen, übernahm die Leitung der ökonomischen Konflikte, vertrat mit großer Energie die politischen Forderungen des Proletariats in der Presse, vor den Kommunal- und den Gemütwahlverwaltungen, vor den lokalen und zentralen Regierungsbehörden. Im Sommer 1905 wurden auch die ersten Versuche gemacht, Gewerkschaftsorganisationen ins Leben zu rufen. Der wichtigste von diesen Versuchen war die Gründung des „Allrussischen Eisenbahnerverbandes“, der eine Zeilung unter dem Einfluß der Sozialrevolu- tionäre fand.

Nun kamen die berühmten Oktobertage. Im Gegen- satz zur Januarbewegung wurde der Oktobergeneralstreik

verhältnismäßig gut vorbereitet, und er bildete eine ge- schlossene, einheitliche Aktion im ganzen Lande. Er be- gann auf Aufruf des Eisenbahnerrates, der nach Peters- burg vom Verkehrsministerium zum Zweck der Revie- rung der Statuten der Revisionstasse der Eisenbahner ein- berufen wurde, der aber statt dessen die Forderung der demokratischen Verfassung aufstellte und zu ihrer Grober- rung den Generalstreik proklamierete. Dem Aufruf der Eisenbahner wurde überall Folge geleistet, so daß in weni- gen Tagen der ganze Verkehr im Lande völlig eingestellt wurde, das Proletariat die Fabrikräume verließ und das Wirtschaftsleben des Staates vollständig stoppte. Das Reich wurde zerfiel in eine Reihe isolierter, ganz unab- hängiger Städte und Gegenden, wo die offiziellen Behörden keinen Einfluß hatten und die tatsächliche Macht in den Händen der Streikkomitees lag. Die Bevölkerung, die ihre Furcht vor den reaktionären Machthabern plötzlich verlor, trat alle Tage zu Massenversammlungen unter freiem Himmel zusammen und nahm mit Begeisterung die Neben- der, sozialistischen und revolutionären Agitatoren auf. Acht Tage dauerte der welthistorische Kampf, der für jeden, der ihn mitgemacht hat, auf immer unübergeblieben bleibt, und dann sah sich die Regierung gezwungen, nachzugeben. Am 17. (30.) Oktober erließ das kaiserliche Verfassungsmani- fest und bald darauf endete der Generalstreik.

Das Volk, und in erster Linie das Proletariat, trug den Sieg davon, aber es war kein völliger, kein entscheidender Sieg, es war ein teilweiser Sieg, ein Halb Sieg: die Staatsgewalt blieb nach wie vor in den Händen der reaktionären Bürokratie. Vor der gesamten Demokratie, vor allem aber vor der Arbeiterklasse und ihrer Vertreterin, der Sozialdemokratie, stand jetzt die Frage: was weiter? Und man muß offen gestehen, daß diese Frage von den revolutionären Elementen nicht allzu glücklich gelöst wurde.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die politische Situation in den Oktober- und Novembertagen 1905 für die Demo- kratie sehr günstig war. Die Regierung wurde vollstän- dig in die Defensive gedrängt; in Petersburg herrschte und verfügte ein Arbeiterparlament — der bekannte Ar- beiterrat —, das aus Vertretern aller Fabriken und Wer- kstätten der Reichshauptstadt bestand. Solche Parlamente wurden auch in größeren Provinzialstädten geschaffen und spielten nicht selten daselbst die Rolle einer provisorischen Regierung. Die Intelligenz, die „Klein- und mittlere“ Bourgeoisie waren begeistert und verlangten Einberufung der konstituierenden Versammlung. Das Bauerntum stand auf und gestürzte mit elementarer Wut die Güter der ver- hassten Junker. Ein Teil der Armee sympathisierte offen- sichtlich mit der Volksbewegung. Sogar die großkapitali- stischen Unternehmer legten einige Anzeichen des Libera- lismus an den Tag. Und doch reichten die Kräfte der De- mokratie zum sofortigen Sturz der Reaktion nicht aus! Wie geschwächt durch die Volksbewegung die Regierung auch war: sie hatte aber auf ihrer Seite fast den ganzen Adel und einen bedeutenden Teil der Großbourgeoisie und verfügte über den mächtigen bürokratischen Apparat und die Mehrheit der Armee. Unter solchen Umständen wäre für die Demokratie die einzig richtige Taktik die Er- mattungstaktik gewesen. Man hätte auf diese Weise Zeit gewinnen und die endgültige Schlacht so lange verschoben können, als es für die Sammlung der demo- kratischen Kräfte notwendig war.

Aber das ungeschulte Proletariat und die wenig in der Politik erfahrenen sozialistischen Parteien (Sozial- demokratische und Sozialrevolutionäre) verstanden die Er- mattungstaktik so gut wie gar nicht. Sie beurteilten die politische Situation sehr optimistisch und glaubten, es genüge, dem absteigenden Absolutismus noch einen kräf- tigen Stoß zu versetzen und dann sei die Geschichte zu Ende. Demagogisch wandten sie nicht die Ermattungstak- tiken, sondern die Niederwerfungstaktik an und trieben die Verhältnisse auf die Spitze, wodurch sie der Sympathien zahlreicher bürgerlicher Elemente verlustig gingen. Dazu kam noch eine andere unglückliche Tatsache. In dem Moment, wo alle demokratischen Kräfte zum Sturz des Ministeriums Witte-Durnowo angespannt werden mußten, brach in Petersburg ganz spontan eine Bewegung zur Eroberung des Reichstages aus. Die Folge dieser Bewegung war, daß 100 000 Arbeiter ausgeperrt wurden und daß — zum Glück des entscheidenden Kampfes das Petersburger Proletariat in höchstem Maße erschöpft war. Diese Bewegung wirkte außerdem abstoßend auf einige liberal-bürgerliche Kreise und schwächte dadurch die Wider- standsfähigkeit der ganzen Demokratie.

Das Resultat aller dieser Ereignisse ist ja bekannt. Am 8. (21.) Dezember begann in Moskau ein bewaffneter Aufstand, dem unmittelbar die Proklamierung des neuen, innerhalb eines halbes Jahres dritten Generalstreiks folgte. In vielen Provinzialstädten brachen blutige Straßen- und Barrikadenkämpfe aus, in einigen sibirischen Städten ge- lang es den Revolutionären sogar, die Regierungsvertreter fortzujagen und demokratische Republiken zu proklamieren. Aber trotz dieser einzelnen Erfolge blieb der Ausgang der ganzen Dezemberbewegung für die Demokratie im all-

\* Vergleiche die Nr. 39, 41 und 44.

gemeinen sehr traurig. Der Generalstreik schlug fehl, der Moskauer Aufstand, der den Mittelpunkt der Dezemberaktion bildete, wurde nach siebentägigen zähen Kämpfen in Wutkrämpfen erstickt, ebenso wurden alle Provinzialaufstände erbarmungslos unterdrückt. Und dann begann eine Bestrafung der aufrechten Volksmassen, die jeder Wehrlosigkeit spottete. Das Proletariat erhielt den tödlichen Schlag, von dem es sich nicht wieder erholen konnte und damit war der Aufstieg der Revolution zu Ende.

Im Anschluß an die Schilderung der Ereignisse von 1906 wird es vielleicht nicht ohne Interesse sein, einige Angaben zu machen, die der Energie, die vom Proletariat in diesem Jahre an den Tag gelegt wurde, einen zahlenmäßigen Ausdruck verleihen. Nach der Statistik der Fabrikinspektion, die sich auf 1 680 000 Arbeiter, etwa 70 pZt. aller Industriearbeiter, erstreckt, betrug die Gesamtzahl der Streiks im Jahre 1905: 13.995 mit zusammen 2 863 000 beteiligten Personen. Die Zahl der durch die Streiks verlorenen Arbeitstage betrug 23,6 Millionen und die Höhe des gesamten Lohnverlustes 37,9 Millionen Mark.

Anfangs 1906 begann ein allmählicher Rückgang der Revolutionsarmee; aber die Reaktion, war ihres Sieges noch nicht ganz sicher und wagte noch nicht, alle Errungenschaften des Jahres 1905 wieder zurück zu machen. So blieb noch innerhalb der folgenden anderthalb Jahre für die Tätigkeit der Demokratie ein wenn auch immer verkleinert Spielraum und das Proletariat konnte in gewissen Grenzen seinen Kampf um eigene Interessen weiterführen. Es bezog sich immer mehr das politische Gebiet und wandte sich in erster Linie dem ökonomischen Kampfe zu.

In der Tat ist über die politische Tätigkeit des Proletariats in den Jahren 1906/07 nicht viel zu sagen. Unter dem Einfluß der sozialistischen Parteien, die immer noch an einen bewaffneten Volksaufstand dachten, boykottierte es die Wahlen zur ersten Reichsduma\* und legte für deren Arbeit verhältnismäßig wenig Interesse an den Tag. Der Versuch der Sozialdemokratie, nach der Auflösung der ersten Volksvertretung, die am 8. (21.) Juli 1906 erfolgte, einen Generalstreik zum Protest gegen die Regierung und zur Unterstützung der in Kronstadt und Sieveberg ausgebrochenen Militärrebellionen in Szene zu setzen, mißglückte vollständig und der Eindruck dieses Scheiterns wirkte sehr deprimierend auf die Arbeitermassen. Nur die Wahlen zur zweiten Duma, die Anfangs 1907 stattfanden, und die dreimonatige Tätigkeit der Duma zeitigten eine, wenn auch nicht allzu große Belebung in den Arbeiterkreisen (die Sozialdemokratie allein hatte in der zweiten Duma 65 Abgeordnete und alle sozialistischen und radikalsozialistischen Parteien besaßen zusammen etwa 200 Stimmen, nahezu die Hälfte des Hauses). Aber die Auflösung der zweiten Volksvertretung und den Staatsstreik vom 3. (16.) Juni 1907 nahm das Proletariat ganz ruhig hin. Die Schicksale der Arbeiterklasse teilte begreiflicherweise auch die Sozialdemokratie. Ihre Entwicklung in den Jahren 1906/07 ging langsam, aber ständig zurück. Im Mai 1907 zählte sie auf ihrem Londoner Kongreß noch 150 000 Mitglieder, seit dieser Zeit aber begann ein rascher und unaufhörlicher Zerfall der Partei.

Wiel glücklicher als in der Politik war das Proletariat auf dem Gebiete des ökonomischen Kampfes. Die amtliche Statistik ermittelte im Jahre 1906 noch 6114 Streiks mit 1 108 000 beteiligten Personen; die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug 5,5 Millionen, der Lohnausfall 8,3 Millionen Mark. Die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1907 sind: 8573 Streiks, 740 000 beteiligte Personen, 2,4 Millionen verlorene Arbeitstage und 3,9 Millionen Mark Lohnausfall.

Diese mächtige Streikbewegung war fast ausschließlich wirtschaftlicher Natur, und sie brachte der Arbeiterschaft sehr große und wichtige Errungenschaften. Noch nie bis dahin war der ökonomische Kampf des Proletariats so erfolgreich wie in diesen Jahren, und das zeigte sich in der allgemeinen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in fast sämtlichen Berufen. Überall trat eine wesentliche Arbeitszeitverkürzung und eine verhältnismäßig große Lohnerhöhung ein, die Behandlung der Arbeiter erfuhr eine sichtbare Aenderung, in einigen Städten und Bezirken (in erster Linie im Berggewerbe) gelang es, Tarifverträge mit dem Unternehmerstand abzuschließen; in vielen Fabriken und Werkstätten wurde die sogenannte Fabrikverfassung eingeführt, so daß Aufnahme und Entlassung der beschäftigten Personen der Kontrolle der Arbeiter selbst unterlag. Zugleich entwickelte sich mächtig die Gewerkschaftsbewegung. Anfangs 1907, kaum zwei Jahre nach der Gründung der ersten Organisationen dieser Art, zählte

man in Rußland schon 245 555 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die sich auf die einzelnen Berufe folgendermaßen verteilen: Metallbearbeitung 54 173, Textilindustrie 37 214, Handel 32 475, Berggewerbe 28 654, Nahrungsmittelindustrie 24 848, Konfektionsindustrie 14 322, Berggewerbe 12 398, Lederindustrie 12 066, Holzgewerbe 9927, Bergbau 2475, Schiffbau 17 005. Zusammen 245 555.

Die stärksten Organisationen waren die der Buchdrucker, die 43 pZt. sämtlicher Berufskollegen vereinigen und alle Vorbereitungen zur Gründung eines Zentralverbandes trafen.

Gleichzeitig mit den Gewerkschaften entstanden auch die Arbeiterkonföderationen, die in Petersburg, Moskau, Waku und einigen andern Städten einen bedeutenden Aufschwung genommen hatten.

Aber dieses Aufblühen der ökonomischen Arbeiterbewegung dauerte nur bis Mitte 1907. Der endgültige Sieg der Reaktion, die schweren Regierungsverfolgungen, die Kräfte und die immer wachsende Ermüdung und Apathie des Proletariats bedingten seit Ende 1907 einen großen Rückgang und später einen unaufhörlichen Zerfall auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft. Das letzte mächtige Auftreten des Proletariats waren die Wahlen zur dritten Duma im Herbst 1907 und der eintägige Generalstreik am 22. November desselben Jahres, der in Petersburg, Waku und noch einigen Städten als Protest dagegen erfolgte, daß man die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma vor Gericht zog. Nun nun an zeigte die Arbeiterbewegung fast keine Lebenszeichen mehr.

Die Revolution war zu Ende, es kam die Gegenrevolution zur Herrschaft.

### Einheitsorganisation der schweizerischen Bauarbeiter.

Endlich, am 6. November 1912, ist nach vielen ergebnislosen Sitzungen, Verhandlungen und Konferenzen eine Einigung herbeigeführt worden zwischen dem Schweizerischen Bauarbeiterverbande und dem Separatverbande der italienischen Maurer und Handlanger in der Schweiz. Um zu diesem Resultat zu gelangen, bedurfte es großer Geduld und außerdem wesentlicher Zugeständnisse. Es war nicht immer leicht, geduldig zu bleiben bei den Verhandlungen mit den Separatisten; aber auch nicht minder schwer war es, unsere eigenen Kollegen davon zu überzeugen, daß, wolle man die Einigung, auch von unserer Seite bedeutende Zugeständnisse gemacht werden müßten.

Ohne daß es nach außen hin besonders zum Ausdruck kam, war der Hauptstreitpunkt die Organisationsform. Statt einer zentralistischen internationalen Gewerkschaftsorganisation wollten die Führer der Separatisten eine in syndikalistischer Weise schwärmende nationalistische Föderation. Und wenn dies auch mitunter bestritten wurde, zweimal trat es klar und offen zutage: das eine Mal, indem man die Beseitigung unseres Streikreglements forderte und verlangte, daß die Beschlussfassung über den Streik lediglich Sache der Sektion sein sollte, und das andere Mal, als dem Separatistenkongreß der Antrag auf Anschluß an die „Commissione pro Azione Diretta“ in Italien vorgelegt wurde. Die Mehrheit der italienischen Arbeiter selbst weiß ja mit dem Streit um Formen sehr wenig anzufangen, weshalb man vor ihnen die Beitragsfrage aufrollte, damit sie den wahren Grund der Differenzen nicht sähen. Den italienischen Arbeitern sollte das Gruseln vor den „hohen“ Beiträgen der zentralistischen Organisation beigebracht werden. In der Beitragsfrage mußten wir deshalb auch die größten Zugeständnisse machen, Zugeständnisse, die heute noch von einem großen Teil unserer Mitglieder nicht gebilligt werden. Wollten wir aber die Beseitigung der Sonderorganisation und damit die Beseitigung des unheilvollen Einflusses der Gegner unserer Organisationsform, dann gab es keinen andern Weg zur Verständigung.

Unser diesjähriger Verbandstag in Zürich gab durch seine Beschlüsse die Möglichkeit zu einer Verständigung, indem er beschloß, den Beitrag herabzusetzen und weiter den Verbandsvorstand beauftragte, einen Statutenentwurf auszuarbeiten, der den Sektionen zur Urabstimmung vorzulegen sei.

Die wesentlichsten Aenderungen, die dieser Entwurf brachte und die durch die Annahme durch Urabstimmung heute in Geltung sind, führen wir hier an. Um ihre Bedeutung hervorzuheben, stellen wir den neuen Bestimmungen die alten gegenüber:

#### Urabstimmung (alte Fassung).

§ 17. Werden durch Gesetz bedingte Statutenänderungen notwendig oder im Interesse des Verbandes ratsam, ohne daß die Einberufung eines Verbandstages geboten erscheint, so haben Verbandsvorstand und Beschwerdekommision die entsprechenden Anträge zu formulieren und den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Die Abstimmung muß bis zu dem vom Verbandsvorstand festgesetzten Termin erfolgen.

#### Urabstimmung (neue Fassung).

§ 17. Bei der Urabstimmung entscheidet einfache Stimmenmehrheit. Derselben sind unterworfen:

- a) alle Beschlüsse des Verbandstages, wenn zwei Fünftel der Delegierten — die aber auch zwei

- Fünftel der Verbandsmitglieder vertreten — es beantragen;
- b) alle Anträge, die der Verbandsvorstand der Urabstimmung unterbreitet;
- c) die Beschlüsse des Verbandstages und des Verbandsvorstandes, wenn zwei Fünftel der Sektionen — die ebenfalls zwei Fünftel aller Verbandsmitglieder umfassen müssen — es beantragen.

Die Urabstimmung muß in den dazu einberufenen Mitgliederversammlungen erfolgen. Das Recht zur Abstimmung steht nur den in der Versammlung anwesenden Mitgliedern zu.

Die Urabstimmung muß innerhalb vier Wochen nach Bekanntgabe stattfinden und das Resultat dem Verbandsvorstand zu der von ihm festgesetzten Zeit mitgeteilt werden.

#### Beiträge (alte Fassung).

§ 23. Die Beiträge sind wöchentliche und werden für 40 Wochen im Jahre, während der Monate März bis inklusive November erhoben.

Die Höhe des Beitrages richtet sich nach der durchschnittlichen Höhe des Stundenlohnes während der Sommermonate.

Von den Beiträgen sind 70 pZt. an die Hauptkasse abzuführen.

#### Beiträge (neue Fassung).

§ 23. Die Beiträge sind wöchentliche und werden für 40 Wochen im Jahre erhoben.

Zu entrichten haben:

	pro Woche	pro Jahr
Maurer .....	40 Cts.	16 Fr.
Handlanger .....	30 „	12 „
Pflasterbuben .....	25 „	10 „

Die Einnahmen aus Extrabeiträgen und Eintrittsgeldern fließen in vollem Umfange der Hauptkasse zu und die örtlichen Zuschlagsbeiträge bleiben unverkürzt der Lokalkasse. Von den statutengemäßen Beiträgen sind 75 pZt. an die Hauptkasse abzuführen.

Die Bestimmungen über die Unterstützungssätze sind entsprechend der Beitragsleistung geändert worden.

Bei den Verhandlungen mit den Separatisten nahmen diese den abgeänderten Paragraphen, betreffend die Urabstimmung, ohne weiteres an, nicht so glatt ging es jedoch bei der Beitragsfrage. Erstens einmal wollten sie ihren Beitrag — 80 Cts. für Maurer, 25 Cts. für Handlanger und 20 Cts. für Pflasterbuben — beibehalten wissen, und zweitens sollten von diesen Beitragssätzen auch noch 50 pZt. der Lokalkasse verbleiben. Die Verhandlungen hierüber schienen anfangs zu keinem Resultat führen zu wollen, als sich aber ein Teil der italienischen Sektionen bereit erklärte, unter den von uns gestellten Bedingungen Frieden zu schließen, kam auf dem Kongreß der Separatisten ein Beschluß zustande, der unsere Beitragsätze akzeptierte mit der Bestimmung, daß von den Beiträgen 30 pZt. der Lokalkasse verbleiben sollen. Aber auch damit waren die Schwierigkeiten nicht beseitigt; denn unser Verbandstag hatte bereits einen Beschluß gefaßt, der besagte, daß von den statutengemäßen Beiträgen 5 Cts. von jeder Marke der Lokalkasse verbleiben. Nach langen Diskussionen endlich einigte man sich auf 25 pZt. für die Lokalkasse, welcher Vorschlag dann in der Urabstimmung von unsern Mitgliedern sowohl, als auch von denen des Separatverbandes angenommen wurde.

Die am 6. November 1912 stattgehabte Verhandlung der beiden Parteien hatte demzufolge nur noch nebensächliche Dinge zu erledigen. Bestand früher noch eine große Differenz über den Punkt „Sitz des Verbandes“, so hatten mittlerweile Vorkommnisse — wie Ausweisung des Sekretärs des Separatverbandes — dafür gesorgt, daß man sich schneller einigen konnte. Als Sitz des Verbandes wurde Zürich bestimmt. Die Anerkennung der bisherigen Mitgliedschaft gab zu keinerlei Diskussionen Anlaß. Ueber die Wahl des italienischen Verbandssekretärs hatte man sich in früherer Sitzung bereits geeinigt. Unter der Wahrung des Standpunktes, daß der Verbandstag in seiner Gesamtheit die Funktionen, gleichviel welcher Zunge, zu wählen habe, trugen wir dem Beschlusse des Separatistenkongresses Rechnung, daß unter den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen den italienischen Mitgliedern es überlassen sein sollte, den italienischen Sekretär zu wählen. Der nächste Verbandstag soll dann bestimmen, wie es in Zukunft zu halten sei. Die Stelle des italienischen Verbandssekretärs wird zur Bewerbung ausgeschrieben und soll, wenn irgend möglich, am 1. Januar besetzt werden. — Als Tag des offiziellen Uebertritts gilt der 1. Januar 1913, das heißt, von diesem Zeitpunkt an hört die Verwaltung des italienischen Separatverbandes auf und die Sektionen verkehren nur noch mit der Verbandsleitung in Zürich.

Damit hat der vier Jahre dauernde Bruderkwitz zwischen den Maurern und Handlangern in der Schweiz sein Ende erreicht. Es wäre müßig, feststellen zu wollen, wer „recht“ oder „unrecht“ hatte; eines aber haben wir zu konstatieren: der lachende Dritte bei dem Streit war der schweizerische Baumeisterverband. Die Propaganda zur Ausbreitung unserer Organisation hat gewaltig gelitten, war nur noch lau und darum meist erfolglos. Mit dem erfolgten Friedenschluß wird dies wieder anders werden. Nachdem die Einigkeit hergestellt, können wir unsern beiden Hauptfeinden, dem Unverstand der unorganisierten Bauarbeiter und der Brutalität im Unternehmerlager, wieder energisch auf den Leib rücken, und die Arbeit für die Organisation

\* Der sozialdemokratische Parteitag, der im April 1906 stattfand, hat den Boykottbeschuß aufgegeben, so daß die Sozialdemokratie sich an den Wahlen im Kaufhaus, die etwas später stattfanden, noch beteiligen konnte. Von der Zeit an nahm die Sozialdemokratie an allen Dumawahlen teil. Die Sozialrevolutionäre boykottierten dagegen die Wahlen zur ersten und zur dritten Volksvertretung, zur zweiten Duma haben sie auch gewählt.

wird neuerdings wieder Freude bereiten. Mit allen Kräften wollen wir den Bauarbeitern in der Schweiz das Mahnwort zurufen: Seid einig, einig, einig! G. Käppler.

Politische Umschau.

Der Reichstagsvoranschlag für 1913. — Die Kommission zur Untersuchung der Zustände im Vieh- und Fleischhandel. — Die Landtagswahlen in Württemberg. — Vom Balkankrieg.

Wenn diese Nummer unseres Blattes den Lesern zu geht, wird der Reichstag nach Ablauf seiner Ferien wieder zusammengetreten sein, um zunächst im Anschluß an zwei sozialdemokratische Interpellationen Stellung zu nehmen zu den brennendsten Fragen der inneren und äußeren Politik, dem Steuerungsunheil und den durch den Balkankrieg hervorgerufenen internationalen Wirren. Noch vor seinem Zusammentritt ist ihm nun auch der Reichstagsvoranschlag für 1913 zugegangen, nachdem schon vorher einige Etats dem deutschen Volk trockenweise wie bittere Medizin vorgelegt worden sind. Der außerordentliche Etat schließt nach den offiziellen Veröffentlichungen in Einnahme und Ausgabe mit 3 049 702 819 ab und hat damit zum ersten Male die dritte Milliarde überschritten. Wenn auch die vorliegenden Bruchstücke, die das Regierungsbüro gibt, eine zusammenhängende kritische Betrachtung der einzelnen Kapitel noch nicht ermöglichen, so möchten wir doch jetzt schon die wichtigsten Zahlen des Voranschlags zur Kenntnis bringen. Was in diesem vor allem interessiert, ist die Tatsache, daß die Reichsschuld im Laufe des Jahres 1913 auf über 5 1/2 Milliarden Mark angewachsen sein wird, während sie Ende des Rechnungsjahres 1911 noch mit fast 200 Millionen Mark unter fünf Milliarden Mark blieb. So lehrt denn schon der erste flüchtige Leberblid, daß wir von einer gesunden Finanzwirtschaft trotz der „Lebergeschüsse“, die von der Zentrums- und der Sozialdemokratischen Partei mit großer Geschrei zur Reformierung der großen Finanzreform von 1909 angekündigt waren, noch sehr weit entfernt und immer weiter in das Schuldennarado hineingeraten sind. Gewiß weist der Voranschlag einen Leberblid auf 249 131 174 aus dem Etatsjahr 1911 auf, der jedoch nicht zur Schuldenentlastung vorgelegt ist; von diesen „Lebergeschüssen“ sollen nämlich 1 06 196 878 zur Abbüdung der Vorläufer der Heeresverwaltung sowie zur Bereitstellung von Betriebsmitteln für die Marinebekleidungsämter und 81 096 088 zur Deckung einmaliger Ausgaben für militärische Zwecke bereitgestellt werden. Was die einzelnen Etats betrifft, so weist der Voranschlag wiederum ein enormes Anwachsen der Ausgaben für Militarismus und Marinismus auf. Die laufenden Ausgaben für das stehende Heer sind gegen das Vorjahr um 52 Millionen Mark gewachsen und haben damit die Höhe von über 900 Millionen Mark erreicht. Während die Marine im laufenden Etatsjahr 450 Millionen Mark veranschlagt, fordert der Voranschlag für das nächste Etatsjahr 477 Millionen Mark, so daß also der nunmehrige Vorschlag zu Wasser und zu Lande etwa 1400 Millionen, also fast anderthalb Milliarden Mark, verschlingt. In Einnahmen sind unter anderem veranschlagt: Post- und Telegraphenverwaltung 842,3 Millionen Mark (1912: 791,3), Reichseisenbahnverwaltung 153,7 Millionen Mark (141,7), von den Mehreinnahmen aus den bestehenden Zöllen, Steuern und Gebühren fallen auf die Zucksteuer 14,1 und auf die Branntweinsteuer 8,4 Millionen Mark. Demgegenüber stehen Mindereinnahmen aus der Tabaksteuer, Schaumweinsteuer usw. im Gesamtbetrag von etwa 1 1/2 Millionen Mark.

Zieht man nun in Erwägung, daß der weitaus größte Teil der Ausgaben für nicht werbende Zwecke ausgeworfen wird, so erwacht den Vertretern des deutschen Volkes die dringendste Notwendigkeit, die einzelnen Posten genau zu prüfen und mit den Ausgaben maßhalten. Ob bei einer sorgfältigen Prüfung der umfangreichen Materie die Hoffnung der Regierung, vor den Weihnachtstagen nicht nur die erste, sondern auch noch einige Etats der zweiten Lesung erledigt zu sehen, sich erfüllen wird, ist sehr zu bezweifeln, zumal in den drei Wochen, die dem Reichstage vor Weihnacht zur Verfügung stehen, auch noch andere wichtige Gesetzentwürfe, wie erinnern wir an den Gesetzentwurf über das Reichsmonopol, zur Beratung vorgelegt werden.

Während das deutsche Volk ein entschiedenes und durchgreifendes Handeln gegen das Steuerungsunheil verlangt, hat der Herr Reichskanzler ein neues Mittelchen entdeckt, um das künftige zur Ausdruck gebracht, „menschliche Mitgefühl“ mit dem darübenden Volke durch eine „Zat“ zu beweisen. Im Reichsamt des Innern ist nämlich am 22. November eine Kommission von 30 Mitgliedern zusammengetreten, zur Untersuchung der Zustände im Vieh- und Fleischhandel. Diese Kommission, die sich aus Parlamentariern, Leitern großer Kommunen und Vertretern aus allen Zweigen des Vieh- und Fleischhandels zusammensetzt, wird sich, wie die „Neue politische Korrespondenz“ erfährt, ausschließlich mit den Faktoren beschäftigen, die für die Preisbildung des Fleisches vom Verkauf im Stall bis zur Abgabe im Fleischladen maßgebend sind. Allgemeine Fragen der Volk- und Handelspolitik, der Veterinär- und Sanitätspolizei sollen dabei ebenso ausgeschaltet bleiben, wie Fragen nach den Produktivitäten des Schlachtviehes oder nach der Zweckmäßigkeit der menschlichen Ernährung auf tierischer oder pflanzlicher Grundlage.

Durch diese enge Begrenzung der zu behandelnden Fragen werden die Resultate der Untersuchungskommission,

mögen sie auch manch interessante Einzelheiten feststellen, ziemlich wertlos bleiben. An des Wesens Kern wird sie in ihren Arbeiten nicht gelangen, zumal die Kommission hinter verschlossenen Türen tagen soll. Und schon nach einmaligem Zusammentreten beendete die Kommission vorläufig ihre Beratungen, die erst in der ersten Woche des nächsten Jahres fortgesetzt werden sollen. Angeblich soll eine zweifache Notwendigkeit zum Ausdruck gelangt sein, einmal die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften, die mit den Städten als festen Annehmern in ein vertragliches Verhältnis treten, und sodann der Zusammenschluß der Städte zu Verbrauchergenossenschaften. Jedenfalls wird sich das deutsche Volk keine Hoffnungen auf eine in ihren Wirkungen auf die Steuerungsverhältnisse ersprießliche Tätigkeit der Kommission hingeben dürfen. Denn auch in dieser „Zat“ der Regierung zeigt sich augenfällig, daß die Regierung eine ausreichende und ernsthafte Untersuchung nicht will und sich auch weiterhin des „Vertrauens der Landwirtschaft“ würdig erweist.

Das erzählt ja schon ein flüchtiger Blick auf die Zusammenfassung der Kommission, der als einziger Vertreter des konsumierenden Volkes der sozialdemokratische Abgeordnete Mollenhuth angehört. Und schon das hat der reaktionären Presse wieder einmal Gelegenheit gegeben, über diese aus einer politischen Notwendigkeit heraus geborene Berufung durch die Regierung in der niederträchtigsten Weise zu demonstrieren. Während sich die „Kreuzzeitung“ damit begnügt, ihre „Verwunderung“ darüber zum Ausdruck zu bringen, daß „unter fünf Mitgliedern des Reichstages Genosse Mollenhuth figuriert“, fällt die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“ in einer heftigen Schimpfepistel über die Regierung her. Mit der für sie recht schmerzlichen Tatsache, daß man innerhalb der Parlamente mit der sozialdemokratischen Partei zu rechnen hat, muß sie sich ja nun einmal abfinden, „Aber“, so läßt sie sich weiter vernehmen, „es liegt für die Regierung nicht die mindeste Veranlassung vor, Vertreter einer antimonarchischen Partei zu konterzeihen und Besprechungen außerhalb der Parlamente heranzuziehen und der Partei dadurch gewissermaßen den Stempel der Gleichberechtigung aufzudrücken.“

Es ist also wieder das alte Lied der gewissenlosesten politischen Gehe, das immer dann erklingt, wenn das Bündlertum seine Profiteure bedroht sieht. Mit seiner nachgerade abgeschmackten Berufung auf die „monarchische Stimmung“, die ja mit der Frage der Fleischtsteuerung und ihrer Bekämpfung doch wahrlich nicht das geringste zu tun hat, offenbart es wieder, wie eng bei ihm die wirtschaftspolitischen Interessen mit den monarchischen verknüpft sind, die immer nur solange fest fundiert sind, wie der Monarchismus dem Bündlerum die Grundlagen für die Lebensmittelpolitik schafft.

Der Reichstag wird sich durch die vom Reichskanzler ausgetheilten Mittelchen aller Art, die die wahren Ursachen der Teuerung eher zu verschleiern als aufzudecken geeignet sind, nicht betören lassen und den Herren der Regierung noch einmal klar machen, daß neben den rein wirtschaftlichen Preisbildungsursachen, wie sie in die Untersuchungsphase der Kommission einbezogen sind, vor allem die durch unsere ganze agrarische Lebensmittelpolitik bedingten Ursachen für die stete Steigerung aller Lebensmittel verantwortlich zu machen sind. Seine Aufgabe es sein, nicht nur die Ursachen aufzudecken, sondern auch rücksichtslos zu handeln.

Ein taktisches Zusammengehen der Linksparteien erweist sich sowohl im Reichstag als auch in den Landtagen als unabwendbare politische Notwendigkeit. Das haben auch wieder die Landtagswahlen in Württemberg berg gelehrt, die die finsternen Mächte der Reaktion in einen wahren Siegestaumel versetzt haben und die hieritale „Germania“ zu dem Urteil begeistert haben: „Mit Genugtuung kann man feststellen, daß auch in Württemberg der Zug nach rechts geht.“ Ob die teilweisen Erfolge, die die schwarz-blauen Parteien dort im ersten Wahlgange durch ihre kluge Taktik zweifellos errungen haben, zu solchen Siegesfanfaren berechtigen, darf flüchtig bezweifelt werden. Immerhin gelang es den bündlerischen Konservativen gleich im ersten Wahlgange, drei Sitze zu gewinnen und auch das Zentrum konnte seine 19 Mandate behaupten. Die Sozialdemokratie darf mit Befriedigung auf das Wahlergebnis blicken. Während sie in der vorigen Wahl im Jahre 1906 im ersten Wahlgange nur fünf Mandate zu erobern vermochte, hat sie diesmal schon zehn in ihren sicheren Besitz gebracht. Entsprechend gestiegen ist auch die sozialdemokratische Stimmzahl, nämlich um rund 25 000, während alle bürgerlichen Parteien nur etwa 12 000 Stimmen gewonnen haben. Stand sie schon 1906 mit ihren 91 000 Stimmen an erster Stelle, so übertrug sie jetzt mit fast 120 000 Stimmen die nächsthöchste Partei, das Zentrum, um etwa 30 000 Stimmen. Schlicht abgegrenzt haben trotz ihres Wahlalters die beiden liberalen Parteien, von denen die Volkspartei sechs, die Nationalliberalen gar nur drei Mandate zu erlangen vermochten. Im beschaffen eine drohende schwarz-blaue Mehrheit im württembergischen Landtage zu verbürgen, ist eine Verständigung zwischen der Sozialdemokratie und der Volkspartei für die Nachwahlen am 29. November durchaus geboten.

Nom Kriegsauplatz auf dem Balkan ist zu melden, daß die Türkei die harten Friedensbedingungen des Balkanbundes abgelehnt und der Armeelieferung an der Schatalfabrikation Anweisungen gegeben hat, den Kampf fortzusetzen. In der Kriegslage scheint eine kleine Wendung zugunsten der Türken eingetreten

zu sein, die der türkischen Regierung offenbar die Hoffnung gibt, doch noch mildere Friedensbedingungen zu erhalten. Das gräßliche Massenmorden wird also nochmals beginnen, während der Mühsal der Menschheit, die Cholera, ihren schrecklichen Lodesteg fortsetzt. Zugleich aber beweisen verschiedene Meldungen, daß sich das Vertrauen zwischen Oesterreich und Rußland stetig mehrt; in beiden Ländern sind die Kriegsheere eifrig an der Arbeit und schüren das Feuer.

Währenddessen sieht das internationale Proletariat hoffnungslos nach Basel, wo seine Vertreter, unbekümmert um dynastische und kapitalistische Interessen, über Mittel und Wege zur Erhaltung des Weltfriedens beraten werden.

Die Arbeitslosenzählungen

am 27. Juli, 31. August und 28. September nach Ortsgrößenklassen.

Neben den monatlichen Berichten über die Ergebnisse unserer Arbeitslosenzählungen an Stichtagen haben wir bereits zweimal Zusammenstellungen veröffentlicht, in denen die möglichen Resultate nach Ortsgrößenklassen geordnet und bearbeitet waren. Für Dezember 1911, Januar, Februar und März d. J. sind diese Zusammenstellungen in Nr. 24 des „Grundstein“ und für April, Mai und Juni in Nr. 34 des „Grundstein“ enthalten. Für Juli, August und September erfolgt die Veröffentlichung in beifolgender Tabelle und den nachstehenden Erläuterungen.

Bei der Bearbeitung nach Ortsgrößenklassen sind die Orte, in denen Zweigvereine unseres Verbandes bestehen, in drei Größenklassen eingeteilt. Die erste Größenklasse umfaßt die Großstädte, also Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern, die zweite Klasse mittelgroße Städte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern und die dritte Klasse Kleinstädte mit weniger als 20 000 Einwohnern. Von den 48 Großstädten bestehen in 41 Zweigvereine des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Von den übrigen sieben Großstädten gehören Charlottenburg, Deutsch-Wilmersdorf, Neukölln und Schöneberg zum Zweigverein Berlin, Altona zu Hamburg, Hamburg zu Duisburg und Elberfeld und Wermien bilden zusammen einen Zweigverein. Von den Mittelstädten hatte der Verband am Schluß des dritten Quartals in 150 Orten Zweigvereine und von den Kleinstädten in 911 Orten, insgesamt also 1102 Zweigvereine. In den Zweigvereinen der 41 Großstädte ist, wie ein Blick auf die Tabelle zeigt, rund die Hälfte der Mitglieder unseres Verbandes vereinigt, während sich die andere Hälfte fast zu gleichen Teilen auf die Gruppen Mittelstädte und Kleinstädte verteilt. Darum ist auch die absolute Zahl der Arbeitslosen in der Größenklasse der Großstädte stets größer als in jeder der beiden andern Größenklassen.

Arbeitslose Mitglieder wurden gezählt (in absoluten Zahlen):

Table with 5 columns: Datum, In Orten mit 100 000 und mehr Einw., In Orten mit 20 000 bis 100 000 Einw., In Orten mit weniger als 20 000 Einw., Insgesamt. Rows for 27. Juli, 31. August, 28. September.

Vom Hundert der besagten Mitglieder waren durchschnittlich arbeitslos:

Table with 5 columns: Datum, In Orten mit 100 000 und mehr Einw., In Orten mit 20 000 bis 100 000 Einw., In Orten mit weniger als 20 000 Einw., Insgesamt. Rows for 27. Juli, 31. August, 28. September.

Die beiden kleinen Tabellen zeigen in dieser einfachen Gruppierung, daß auch im dritten Quartal der Umfang der Arbeitslosigkeit in den Großstädten größer war als im Reichsdurchschnitt, während die Mittelstädte und Kleinstädte unter dem Reichsdurchschnitt blieben. Am weitesten unter dem Reichsdurchschnitt stehen die Kleinstädte. In den Orten mit weniger als 20 000 Einwohnern war also die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig am geringsten. Das gleiche Ergebnis hatten wir bereits für das zweite Quartal und für Monat März festgestellt, dagegen war das Verhältnis in den Monaten drei Monaten: Dezember 1911, Januar und Februar 1912 gerade umgekehrt. In diesen drei Wintermonaten stand die Arbeitslosigkeit in den Großstädten unter dem Reichsdurchschnitt und in den Mittel- und Kleinstädten über dem Durchschnitt. Die Kleinstädte standen sich in diesen drei Monaten am ungünstigsten. (Siehe „Grundstein“ Nr. 24.) Allerdings ist es unter der Größenklasse Großstädte einzelne Zweigvereine, die im zweiten Quartal mit ihrem Prozentsatz an Arbeitslosen unter dem Reichsdurchschnitt standen, ebenso gab es viele Klein- und Mittelstädte, die über dem Reichsdurchschnitt standen. Das vermag aber nicht die sich mit beachtenswerter Regelmäßigkeit ergebenden Unterschiede zwischen den einzelnen Ortsgrößenklassen ins Schwanken zu bringen. — Weitere Einzelheiten haben wir, wie auch im ersten und zweiten Quartal, nur für die Großstädte ermittelt; es sind Berechnungen über den Grad der Arbeitslosigkeit an den einzelnen Stichtagen in den ein-

Ortsgrößenklassen	Zahl der Verbandsmitglieder	Zahl der Mitglieder	Zahl der Freigänger	Von den befragten Mitgliedern waren																			
				nach Berufen				arbeitslos				nach Berufen				arbeitslos wegen Arbeitsmangels				arbeitslos wegen Altersverhältnissen			
				Maurer	Stenenteure	Schiffbauarbeiter	Erdbauarbeiter	Erdbauarbeiter	Spolierer	in Arbeit	Spolierer	Stenenteure	Schiffbauarbeiter	Erdbauarbeiter	Erdbauarbeiter	Spolierer	Spolierer	Stenenteure	Schiffbauarbeiter	Erdbauarbeiter	Erdbauarbeiter	Spolierer	

**Zähltag: 27. Juli 1912.**

Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern	41	165826	146048	134381	68061	3031	52109	4164	2264	762	11662	8,0	4842	271	5686	326	474	68	3120	208	3985	197	817	48	7	1	16	15	1	1715	62	1685	114	156	15
Orte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern	142	80590	73307	68703	42082	540	21679	2604	1747	51	4604	6,8	2261	20	1881	334	101	7	1440	15	1329	238	77	5	56	1	62	25	1	765	4	490	71	23	2
Orte mit unter 20 000 Einwohnern	793	88829	83589	79877	56142	176	19672	1327	547	13	3712	4,4	2323	11	1221	96	61	—	1812	8	837	78	57	—	75	—	39	—	—	936	3	845	18	4	—
Summa	976	334745	302939	282961	168275	3747	93460	8095	8558	826	19978	6,6	9426	302	8788	756	636	70	5872	201	6151	513	451	68	138	2	117	40	2	3416	69	2520	203	183	17

**Zähltag: 31. August 1912.**

Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern	41	165081	147596	132610	67135	3008	51165	4533	5943	777	14986	10,2	6683	281	6169	1112	687	54	3722	182	3873	300	506	42	1155	17	623	640	9	1806	82	1673	172	172	12
Orte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern	138	80402	72937	67676	41147	518	21438	2618	1896	59	5261	7,2	2720	64	2036	328	105	8	1602	24	1800	203	70	5	370	32	256	58	14	748	8	480	67	21	3
Orte mit unter 20 000 Einwohnern	786	87261	81800	76452	55445	264	19016	1185	532	10	5348	6,5	3381	16	1801	104	45	—	2020	3	1270	62	41	—	397	8	152	22	4	964	5	379	20	—	1
Summa	965	332744	302333	276738	163727	3790	91619	8386	8370	846	25595	8,6	12784	361	10006	1544	837	62	7844	209	6443	565	617	47	1922	57	1031	720	27	3518	95	2532	259	193	16

**Zähltag: 28. September 1912.**

Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern	41	168061	149471	135473	68867	2993	52198	4563	6009	838	13998	9,4	6134	357	6113	397	924	78	4315	249	4415	284	746	50	25	—	57	1	1794	108	1641	112	178	23	
Orte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern	139	79759	71580	66682	40828	428	21067	2577	1719	63	4898	6,8	2599	32	1941	180	140	6	1781	18	1404	111	114	2	41	—	56	3	—	777	14	481	66	26	4
Orte mit unter 20 000 Einwohnern	754	85841	80820	75502	54348	212	19245	1082	602	13	5318	6,6	3550	15	1601	91	61	—	2523	3	1242	65	48	—	79	8	23	6	3	948	4	386	20	10	—
Summa	934	333161	301871	277677	164043	3633	92510	8227	8330	914	24214	8,0	12233	404	9655	668	1125	79	8619	270	7061	460	908	52	145	8	136	10	3	3519	126	2458	198	214	27

gelnen Großstädten. Die ermittelten Zahlen sind in der nachfolgenden Tabelle enthalten. In den Großstädten waren von hundert Mitgliedern arbeitslos:

Ort	Am 27. Juli	Am 31. August	Am 28. Septbr.
Nachen	7,4	7,3	6,2
Augsburg	2,6	4,8	10,9
Barmen-Elberfeld	12,3	9,5	7,3
Berlin	19,2	18,4	19,9
Böckum	4,3	3,8	3,5
Braunschweig	1,6	2,1	3,5
Bremen	5,0	7,5	8,5
Breslau	12,5	10,7	10,8
Cassel	6,9	11,5	5,5
Chemnitz	3,2	9,3	9,9
Cöln a. Rh.	6,3	8,0	4,0
Crefeld	6,3	8,0	3,3
Danzig	6,5	5,6	11,0
Dortmund	4,0	3,7	3,8
Dresden	2,9	3,8	3,7
Duisburg	4,1	4,7	3,2
Düsseldorf	5,8	5,9	14,0
Erfurt	9,9	8,5	4,4
Essen a.	3,4	4,4	3,9
Frankfurt a. M.	5,5	4,9	4,6
Hessenkirchen	3,4	5,8	9,6
Halle	3,9	7,4	16,5
Hamburg	9,8	11,8	13,6
Hannover	9,5	7,0	4,5
Karlsruhe	1,4	57,1	3,0
Kiel	7,5	10,0	11,8
Königsberg i. Pr.	7,5	5,6	5,5
Leipzig	6,7	9,0	8,0
Magdeburg	3,8	22,0	13,0
Mainz	4,9	5,9	6,5
Mannheim	3,5	3,8	3,3
Milheim a. d. R.	5,2	5,6	3,4
München	16,7	17,5	22,0
Nürnberg	10,7	15,0	14,4
Plauen i. V.	3,4	4,3	4,2
Rosen	6,9	10,3	18,6
Saarbrücken	3,2	5,3	2,8
Stettin	3,4	3,7	4,5
Straßburg i. G.	11,1	9,5	5,2
Stuttgart	3,7	4,0	6,5
Wiesbaden	10,4	9,8	9,9
Gesamtdurchschnitt	8,0	10,2	9,4

Aus der Tabelle ist zunächst zu ersehen, wie verschieden groß die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Orten einer Ortsgrößenklasse ist. Ferner bestätigt sie den Umstand, daß die Arbeitslosigkeit von Juli bis September gestiegen ist, worauf wir bereits bei der Besprechung des Resultats vom 28. September hingewiesen haben; die Mehrzahl der Großstädte hat im September eine größere Verhältniszahl an Arbeitslosen aufzuweisen als im Juli. Die Zahlen des 31. August sind zwar in einzelnen Bandesteilen und Orten größer als im September, das ist aber, wie schon mehrere Male hervorgehoben, darauf zurückzuführen, daß der 31. August in verschiedenen Bandesteilen ein Neigentag war, so wie der Monat August für das ganze Reich ein Regenmonat war. Die in den Großstädten zeigen das besonders die Zahlen von Karlsruhe, Magdeburg und Cassel. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit vom Juli bis zum September befallt auch die Verhältniszahlen der Mittel- und Kleinstädte; sie betragen 6,2-6,8 und 4,4-6,3. (Siehe oben die zweite kleine Tabelle.)

Die in einzelnen Großstädten seit Anfang des Jahres bestehende große Arbeitslosigkeit hat sich bis September nur in wenigen davon verringert. So im Zweigverein Nachen, wo noch im Juni 17,1 pzt. und am 28. September 8,3 pzt.

der befragten Mitglieder arbeitslos waren; Barmen-Elberfeld hatte im April 16,4 und im September 7,3 pzt., Erfurt im Mai 18,2, im September 4,4 pzt. und Straßburg im April 18,6, im September 5,2 pzt. Arbeitslose.

Wesentlich verschlechtert hat sich das Verhältnis in Danzig, Düsseldorf, Halle, Hamburg und Magdeburg. In Berlin und München stehen die Verhältniszahlen unverändertlich in der gleichen Ausnahmehöhe wie schon das ganze Jahr hindurch, im September auf 19,9 bezw. 22,0 pzt.

Die Belastung der einzelnen Berufe durch die Arbeitslosigkeit ist aus nachstehender Zusammenstellung zu ersehen. Die Zusammenstellung enthält die Zahl der in den verschiedenen Berufen an den Zähltagen festgestellten arbeitslosen Mitglieder sowie den Prozentsatz an Arbeitslosen im Verhältnis zu den befragten Mitgliedern der betreffenden Berufe.

Datum	In Orten mit 100 000 und mehr Einwohnern		In Orten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern		In Orten mit weniger als 20 000 Einwohnern		Gesamt
	Arbeitslose	Prozent	Arbeitslose	Prozent	Arbeitslose	Prozent	
<b>Maurer.</b>							
27. Juli	4842	6,6	2261	5,1	3323	3,8	9426
31. August	6683	9,1	2720	6,2	3381	5,7	12784
28. September	6134	8,2	2599	6,0	3550	6,1	12283
<b>Bauhilfsarbeiter.</b>							
27. Juli	5686	9,8	1881	8,0	1221	5,8	8788
31. August	6169	10,8	2036	8,7	1801	8,7	10006
28. September	6113	10,5	1941	8,4	1601	7,7	9655
<b>Erdbauer.</b>							
27. Juli	326	7,3	334	11,4	96	6,7	756
31. August	1112	19,5	328	11,1	104	8,8	1544
28. September	397	8,0	180	6,5	91	7,8	668
<b>Stenenteure.</b>							
27. Juli	271	8,2	20	3,6	11	5,9	302
31. August	281	8,5	64	11,0	16	5,7	361
28. September	357	10,7	32	6,5	16	6,6	404
<b>Stoffarbeiter.</b>							
27. Juli	474	7,0	101	5,5	61	10,0	636
31. August	687	10,4	105	5,2	45	7,8	837
28. September	924	13,3	140	7,5	61	9,2	1125
<b>Spolierer.</b>							
27. Juli	63	7,6	7	12,1	—	—	70
31. August	54	6,5	3	11,9	1	9,0	63
28. September	73	8,0	6	8,7	—	—	79

Diese Einzelbetrachtung bestätigt, was wir seit März in allen monatlichen Besprechungen hervorgehoben haben, daß nämlich die Erdbauer und Stoffarbeiter durchweg stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden als die Maurer und Stenenteure. Die Verhältniszahlen der Stenenteure stehen ungefähr in der Mitte, während die der Spolierer verhältnismäßig große Schwankungen zeigen; die an und für sich kleine Gesamtzahl der Spolierer macht diese Schwankungen erklärlich.

Zur Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit ist für das dritte Quartal zu sagen, daß die Großstädte alle berichtet haben. Von den Mittelstädten berichteten am 27. Juli folgende Zweigvereine nicht: Amberg, Weimburg, Fulda, Hofenstafa, Kaiserlautern, Bismarckens und Dürren; am 31. August versagten folgende Vereine: Nürtingen, Weimburg, Delmenhorst, Dürren, Fulda, Hofenstafa, Landsbut, Rieneburg und Weisel; am 28. September fehlten fol-

gende Vereine: Weimburg, Weimburg, Delmenhorst, Dürren, Fulda, Gmünd, Ingolstadt und Ludenwalde. Von den Kleinstädten berichteten an den einzelnen Zähltagen hundert und mehr Zweigvereine nicht. Die Hälfte davon hat sich entschuldigt, daß sie nicht in der Lage seien, die Zählungen durchzuführen; zu große räumliche Ausdehnung des Zweigvereinsgebiets und andere Gründe wurden zur Entschuldigung angeführt. Die andere Hälfte unterläßt die Berichterstattung stillschweigend und läßt selbst auf wiederholtes Mahnen nichts von sich hören. Ungeachtet der Säumnigkeit einzelner Vereine aber muß anerkannt werden, daß sich 90 pzt. der Zweigvereine wieder gehalten und die Zählungen bis jetzt immer vorgekommen haben. Diese 90 pzt. der Zweigvereine schließen 93 pzt. der Mitglieder in sich.

## Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

### Wahlbestimmungen zum Vorstandes.

- Delegiertenwahl zum Verbandstage.**  
1. Sonntag, den 15. Dezember, von morgens 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, werden die Delegierten zum Verbandstage gewählt. Nicht wahlberechtigt sind die Stukkateure und Gipfer, die dem Stukaturverbande angehören. Für diese ist schon eine Vertretung gewählt. Alle übrigen Mitglieder sind nicht nur wahlberechtigt, sondern sie haben die Pflicht, zu wählen.
- Die Wahllokale werden von den Zweigvereinsvorständen bekannt gemacht.
- Die Zweigvereine haben die Einrichtungen so zu treffen, daß alle Mitglieder, die nicht aus persönlichen Gründen verhindert sind, Gelegenheit haben, ihr Wahlrecht ausüben zu können. Große Zweigvereine müssen demnach mehrere Wahllokale einrichten und für jedes Wahllokal ein Wahlkomitee, bestehend aus drei Mann, bestellen.
- Als Stimmzettel gilt nur die gedruckte Stimmzettelkarte, auf der jeder Wähler die ihm nicht genehmen Kandidaten zu streichen hat. Neue Namen dürfen nicht hinzugefügt werden. Solche Zusätze gelten als nicht gemacht. Jeder Wähler darf nur eine Stimmzettelkarte abgeben. Stimmzettelkarten sind im Wahllokale in genügender Zahl vorrätig zu halten und an die Wähler abzugeben.
- Die Wähler haben sich im Wahllokale vor Abgabe der Stimmzettel durch Mitgliedsbuch zu legitimieren. In dem Buche ist ein Vermerk über die Ausübung der Wahl zu machen.
- Nach Beendigung der Wahl hat das Wahlkomitee festzustellen, wieviel Stimmzettel abgegeben sind. Mit dem Feststellungsvermerk sind die Listen gut zu verpacken und umgehend dem Zweigvereinsvorstand zuzustellen.
- Der Zweigverein hat die Stimmzettel, ebenfalls mit Angabe ihrer Zahl, spätestens am dritten Tage nach der Wahl sicher an den Gauvorstand weiterzubefördern.
- Aus den Stimmzettelkarten stellt der Gauvorstand fest, wer als Delegierter gewählt ist und wer an zweiter Stelle die meisten Stimmen erhalten hat. Diese werden im Weimburgerverband als Delegierten als Ersatzmänner zum Verbandstage berufen.



Gau Frankfurt.

Ueber mangelnde Bereitwilligkeit eines Beauftragten der Unternehmerorganisation zur Beilegung entstandener Differenzen wird uns aus Gießen berichtet: Wie leitende Personen des Unternehmerverbandes ihre Pflichten zur Durchführung des Vertrages auffassen, dafür liefert der Vorsitzende des Ortsverbandes Gießen, Herr Weder, einen drastischen Beweis. Der Unternehmer Bernhard D. zahlte den am Neubau der Klinik beschäftigten Hilfsarbeitern einen um 2 bis 5 % zu geringen Stundenlohn. Unser Vertreter, Kollege Mann, ersuchte Herrn Weder, er möge Herrn Bernhard auf seine Pflicht zur Zahlung der Vertragslöhne hinweisen. Herr Weder jedoch erklärte, machen Sie, was Sie wollen; ich kann mich darum nicht kümmern. Dieser Rat wurde, nachdem nochmals mit Bernhard erfolglos verhandelt war, prompt befolgt. Unserem am Neubau der Klinik beschäftigten Kollegen stellten einmütig die Arbeit ein. Nach Verlauf einer halben Stunde wurde Herr Bernhard zur Einsicht gekommen und unsere Kollegen zu ihrem fauer verdienten Lohn. Herr Bernhard mußte auch die halbe Stunde bezahlen, in der infolge der Differenz nicht gearbeitet wurde. Dem Unternehmerverbandvorsitzenden war es diesmal also vorbeizulegen, wenn er glaube, auf die von ihm beliebte Art unsern Kollegen den Lohn mit herunterzürden zu helfen. Es ist immer dasselbe Lied: Wo den Unternehmern nicht eine kräftige Arbeiterorganisation gegenübersteht, da preisen sie auf Verträge. Trotz alledem wird das Leiden der Herrn Löhner, die Zeitschrift des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, nicht davon ablassen, die Bauarbeiterorganisationen als vertragsunfähig hinzustellen. In der Nr. 21 des genannten Scharfmacherorgans wird wieder einmal die Taktik „haltet den Döhl!“ befohlen.

In Limburg ist unsere Lohnbewegung für beendet erklärt worden, nachdem ein Vertrag mit den Unternehmern zustande kam. Um unsern Forderungen Geltung zu verschaffen, mußte bei zwei Unternehmern acht beziehungsweise zehn Tage gestreikt werden. Danach hielten es die übrigen drei Unternehmer für ratsam, die Streiktruppen friedlich mit uns zu regeln. Verebart wurde eine sofortige Lohnerhöhung von 2 %, vom 1. März 1913 an eine solche von 3 % und vom 10. Oktober 1913 an eine weitere von 2 % die Stunde, sodas vom 10. Oktober nächsten Jahres an der Stundenlohn für Maurer 47 % und der für Hilfsarbeiter 41 % beträgt; was sich mit unsern Forderungsvollständig deckt. Mit diesem Resultat können die Kollegen zufrieden sein, zumal es das erste Mal ist, daß wir zur tatsächlichen Festsetzung der Löhne kamen. Die Unternehmer versuchten alles, um die Organisation auszuwischen. Nun liegt es an den Kollegen, nicht nur das Ertrugene selbsthalten, sondern noch weiter auszubauen und für dauernde geordnete Verhältnisse im Limburger Baugewerbe zu sorgen.

Gau Karlsruhe.

In Frankenthal, Zweigverein Worms, wurde über die Firma Hertlich & Raab, die dort Kanalarbeitsarbeiten ausführt, die Sperre verhängt. Die Firma zahlt den Erdarbeitern Löhne von 28 bis 48 %. Die Organisation verlangte die Löhne der Kollegen zu regeln, indem sie die Firma um Abschluß eines Vertrages anging, in dem für die Erdarbeiter ein Stundenlohn von 50 % und für Einzelfahrer 60 % verlangt wurde. Die Firma stellte sich auf den Standpunkt, daß sie ihre Leute nach Leistung entlohnen müsse und lehnte es ab, mit der Organisation einen Vertrag abzuschließen. Die Entlassung eines Vertrauensmannes war die weitere Antwort der Firma. Am 21. November wurde auch der Parteiführer, der die Arbeiten in Alford übernommen hatte, mit der Veremung entlassen, daß das dafür sei, weil er den Sekretär des Bauarbeiterverbandes geschickt hätte. Der Unternehmer ging am 22. November auf der Baustelle herum und kündigte an, daß der Lohn gekürzt werde. Den Einzelfahrern hat man bereits um 5 % gekürzt und hat gleichzeitig noch größere Arbeiterentlassungen angekündigt. Man wollte die besten der Kollegen entlassen, um vor der Organisation Ruhe zu haben. Diese Behandlung ließen sich die Kollegen aber nicht gefallen und stellten daraufhin am 23. November einmütig die Arbeit ein. Gehen die Kollegen jetzt ihren Mann, so wird die Firma gezwungen werden, doch mit der Organisationsleitung von Worms zu verhandeln und einen Vertrag abzuschließen.

Gau Magdeburg.

Der schon mehr als sechs Wochen anhaltende Streit der Maurer und Hilfsarbeiter in Gardelegen dauert unverändert fort. Am 22. November fanden unter Vorsitz des Gardeleger Bürgermeisters Verhandlungen statt, die aber ein zufriedenstellendes Resultat nicht zeigten. Die Gardeleger Unternehmer des Baugewerbes spielen noch immer den „Herrenmenschen“; aus diesem Grunde lehnten sie es ab, den Gauleiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der die Verhandlungen durch Rücksprache mit dem Bürgermeister erst eingeleitet hatte, zuzulassen. Die Herren sind dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe nicht angegeschlossen, weil sie befürchten, daß sie dann den Herrenstandpunkt nicht mehr in seiner höchsten Blüte aufrechterhalten können. Nach 1910 hatten sie sich ebenfalls organisiert. Als ihnen aber da gesagt wurde, daß auch sie den allgemeinen Verhältnissen Rechnung tragen und den Lohnsatz der Bauarbeiter in entsprechender Weise aufbessern müßten, ließen sie die Organisation wieder fallen. Während dann überall im Lande in den letzten drei Jahren der Lohnsatz um 5 % erhöht wurde, bekamen die Gardeleger Maurer nur 2 %. Da ist es doch gewiß erklärlich, wenn sie jetzt daran festhalten, daß ihnen die 3 %, die sie schon längst haben müßten, nun wenigstens vom 1. April 1913 an gewährt werden. Um den Frieden herbeizuführen, hatten sie sich denn auch bereit erklärt, für dieses Jahr auf jede Lohnerhöhung zu verzichten. Die Unternehmer wollten aber auch für das nächste Jahr noch nichts bewilligen; erst auf Zureden des Bürgermeisters erklärten sie sich bereit, am 1. April 1913 1 % und am 1. April 1914 und 1915 nochmals je 1 % zuzuliegen. Der „Gardeleger Kreisangeiger“ sagt über dieses „glänzende“ Angebot:

Das Resultat der zweifelhafte Verhandlung war, daß die Meister, obwohl ihnen Knall und Fall gewissermaßen der Stuhl vor die Tür gesetzt war, bereit erklärten, gleichwohl eine Lohnherhöhung zunächst auf die Dauer von drei Jahren eintreten zu lassen, und zwar bereit, daß der Stundenlohn in jedem Jahre um 1 % erhöht wird, so daß also im Jahre 1915 ein Lohnsatz von 45 % erreicht wird.

Der Inspizitor dieser Schreiberei sagt dann noch zum Schluß seiner Ausführungen, daß die Vertrauensmänner der Arbeiter ja schließlich einsehen, daß die Unternehmer nicht mehr tun können und daß auch schließlich in der Versammlung ihrer Auftraggeber, Vernunft und Mäßigung die Oberhand bekommen würden. Die Versammlung der Streikenden, die am 24. November stattfand, stellte sich aber auf den Standpunkt, daß der Inspizitor des „Gardeleger Kreisangeiger“ besser tun würde, wenn er den Unternehmern Vernunft und Mäßigung predige und beschloß demgemäß den Kampf mit aller Energie fortzuführen. Die Unternehmer, die der Meinung Ausdruck gaben, daß der Verband mit dem 1. Dezember die Unterstützung einstellt, werden bald einsehen müssen, daß sie sich darin ganz gründlich verrechnet haben.

Gau Mecklenburg.

Die Sperre über den Unternehmer Schmidt in Wismar konnte aufgehoben werden, da eine Verständigung erfolgt ist.

Unsere Fortschritte im dritten Vierteljahr.

Am Schlusse des zweiten Vierteljahres zählte der Deutsche Bauarbeiterverband 344 725 Mitglieder. Diese Zahl hatte sich bis zum Schlusse des dritten Vierteljahres auf 348 413, also um 3688 erhöht. Dies Ergebnis bedeutet eine beträchtliche Verlangsamung unseres Anwachsenden und ist geeignet, uns nach den Erfolgen der vorausgegangenen Zeit zu enttäuschen. Der Grund dieses Stagens in unserm Fortschritt liegt zum Größten nahe: es ist der starke Rückgang der Bautätigkeit seit der zweiten Hälfte des Monats August. Die folgenden Zahlen sollten für alle Verbandskollegen ein neuer Ansporn sein, dem erfahrungsgemäß starken Mitgliederverlust im vierten Vierteljahr nach Kräften entgegenzuarbeiten.

Mitgliederbewegung im dritten Vierteljahr.

Table with 5 columns: Gau, 4. Quartal 1911, 3. Quartal 1912, and Zunahme. Lists various Gaues like Königsberg, Bromberg, Stettin, etc., with their membership changes.

Wie schon in der Uebersicht vom zweiten Vierteljahr, so bringen wir auch diesmal einen Nachweis über die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Berufsgruppen. Von den Mitgliedern waren:

Table with 3 columns: 2. Vierteljahr, 3. Vierteljahr, and total. Lists professions like Maurer, Ziegeleiarbeiter, etc., and their membership counts.

Mit Ausnahme der Beton- und Erdarbeiter sind die Zahlen für alle Gruppen gewachsen. Die Zahl der Betonarbeiter ist um 1461, die der Erdarbeiter um 2188 gestiegen. Man darf jedoch annehmen, daß dieser scheinbare Verlust in Wirklichkeit nur eine Folge davon ist, daß man bei der Feststellung der Gruppenzugehörigkeit nicht die nötige Sorgfalt angewendet hat. Damit muß man auch für die Zukunft rechnen. Aber allmählich müssen die Zweigvereine lernen, diese Feststellungen genau zu treffen; denn es wäre auf die Dauer unerträglich, wenn wir nicht stets einen richtigen Uebersicht über die Zusammenfassung unseres Verbandes hätten. Wo die Verwaltungseinrichtungen der Vereine zu dürftig sind, um sichere Feststellungen zu treffen, da haben die Zeitungen die Pflicht, für bessere Einrichtungen zu sorgen.

Zusammenstellung nach einzelnen Berufen.

Table with 10 columns: Gau, Maurer, Ziegeleiarbeiter, Putzer, Stukateure, etc., and 3 columns for counts. Lists various Gaues and their respective counts for different professions.

Der Vorstand schreibt uns zu diesen Feststellungen: Der ersten Seite des Abrechnungsformulars wird noch immer nicht die genügende Beachtung geschenkt. Verschiedentlich sind die Fragen nur mangelhaft und teilweise auch gar nicht ausgefüllt. In mehrere Zweigvereine müssen immer noch Extrafragebogen verandt werden.

In vielen Fällen werden aber auch diese nicht einmal beantwortet. Soll die Statistik aber vollständig sein, und auf Richtigkeit Anspruch haben, dann ist es Pflicht der Ortsverwaltungen, auch der ersten Seite des Abrechnungsformulars mehr Beachtung zu schenken und genau und gewissenhaft auszufüllen. Da auf den jetzigen Abrechnungsformularn nicht alle Berufe aufgeführt sind, so möchten wir für das vierte Quartal noch einmal besonders darauf hinweisen, welche Angaben vor allem notwendig sind. Es ist genau anzugeben, a) wieviel Maurer, b) Ziegeleiarbeiter und Plattenarbeiter, c) Putzer, d) Stukateure, e) Terrazzoarbeiter, f) Zementierer, g) Betonarbeiter, h) Möblierer, i) Steinholzer, k) Hilfsarbeiter (Träger und Nichtträger) und l) Erdarbeiter unter den Mitgliedern des Vereins sind. Wo besondere Sektionen der einzelnen Berufe vorhanden sind, ist dies mit anzugeben. Um die vielfachen Wünschen mehrerer Zweigvereine Rechnung zu tragen, werden auf den neuen Abrechnungsformularn die einzelnen Berufe vorgebrucht werden, so daß dann nur die in Frage kommende Zahl dahinter zu schreiben ist.

Gaukonferenzen. Gau Frankfurt.

Am 17. November tagte in Frankfurt a. M. die erste Konferenz des achten Gaues, auf der von 29 Zweigvereinen 26 durch 188 Delegierte vertreten waren, und zwar 145 Maurer, acht Stukateure, vier Ziegeleiarbeiter, zwei Zementarbeiter, einen Möblierer, 20 Hilfsarbeiter. Ferner waren vertreten der Gauvorstand durch sieben Kollegen, der Verbandsvorstand durch den Kollegen Wehring; vom Nachbargau Karlsruhe war Kollege Fischer anwesend. Zur Leitung der Konferenz wurden Güttmann und Schneider-Frankfurt a. M., als Schriftführer Schneider-Mainz und Lorenz-Erzhausen bestimmt. Vor Beginn der Beratung ehrten die Delegierten das Andenken des Kollegen Wömelburg in der üblichen Weise. Der Geschäftsbericht der Gauleitung lag den Delegierten gedruckt vor. Kollege Güttmann gab dazu einige Hinweise. Die Verschmelzung mit den Bauhilfsarbeitern sowie die Angliederung der Möblierer und Stukateure-bereite in unserm Gau wenig Schwierigkeiten. Die Mitgliederzunahme betrug 40 %, damit ist annähernd die mittlere Zunahme des Mitgliederbestandes im Gesamtverband erreicht. Unter den Neugewonnenen stellen die Hilfsarbeiter die größte Zahl. Am Schlusse des vierten Quartals 1910 hatte die Maurerorganisation in unserm Bezirk 12 956, die Bauhilfsarbeiterorganisation 2270, beide Organisationen zusammen 15 226 Mitglieder. Am Schlusse des dritten Quartals dieses Jahres zählten wir 21 834 Mitglieder. Die Berichtsperiode brachte somit eine Zunahme von 6608 Mitgliedern. Davon entfallen auf die Mitglieder der geleerten Berufsgruppen 1700, auf die ungelerten 4908 Mitglieder. Die starke Zunahme unter den Hilfsarbeitern ist sehr erfreulich, weil die geleerten Arbeiter durch die technische Umwälzung im Baugewerbe immer mehr ausgeschaltet und durch ungelerte ersetzt werden. Der Eisenbetonbau liefert dafür den besten Beweis. Bei der Agitation muß unsere ganze Aufmerksamkeit auf diese Entwicklung gerichtet sein, denn neben den geleerten ist noch eine große Zahl unorganisierter Hilfsarbeiter in unserm Gau vorhanden. Diese für unsern Verband zu gewinnen, ist unsere Aufgabe. Die Konjunktur kam immer noch nicht als gut bezeichnet werden. Ein Vergleich des diesjährigen Beschäftigungsgrades mit dem früheren Jahre zeigt eine langsame Besserung, jedoch nicht an allen Orten. So liegt die Geschäftstätigkeit zurzeit noch in Cassel, Darmstadt, Offenbach und Wiesbaden sehr danieder, während in Mainz, Frankfurt a. M. und Gießen eine Besserung eingetreten ist. Die Arbeitslosigkeit steht um 2,3 % unter dem Reichsdurchschnitt. Die Durchführung der Verwaltungsarbeiten muß in allen Zweigvereinen, namentlich in den

kleineren Vereinen, noch sehr gebessert werden. Ein Beispiel hierfür ist die Teilnahme an der Arbeitslosenversammlung. Im Durchschnitt war ein Drittel unserer Vereine daran nicht beteiligt. Die Erzielung der Kampfergebnisse erfordert in manchen Vereinen noch bedeutende mehr Übung und Pünktlichkeit. Mehr Pünktlichkeitsübungen und Liebe für unsere gemeinsame große Sache werden uns vorwärts bringen.

In der Berichtsperiode sind 132 Lohnbewegungen geführt worden. Daran waren beteiligt 166 Orte mit 348 Unternehmern und 6303 Arbeitern; von letzteren waren 2500 gelehrte und 3893 ungelehrte Arbeiter. Die erzielten Lohn-erhöhungen zeigen folgende Zahlen. Es erhielten: 60 Kol-legen 10 %, 186 8 %, 32 7 1/2 %, 91 7 %, 200 6 %, 745 5 %, 33 4 1/2 %, 466 4 %, 350 3 %, 1380 2 %, 60 1 1/2 %, 50 1 %. Dazu erreichten 643 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1 1/2 bis 6 Stunden pro Woche. In einigen Orten und Bezirken, wo es uns bis dahin nie so recht gelingen wollte, festen Fuß zu fassen, erreichten wir schöne Fortschritte, so in Kreuznach, Wingen, Wingerbrück, Sulda und in den letzten Wochen im Bezirk Limburg. Auch mit den Kollegen in Franzenberg, Corbach, im Vogelsberg, in der Rhön und im Nabetal konnte wieder eine gute Verbindung hergestellt werden. Die christliche Organisation machte nur in einigen streng katholischen Bezirken Fortschritte. Unserer Organisation hat sie keinen Abbruch tun können. Unsere Agitationsarbeit ist auf die Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände gerichtet. Sorgen wir auf diesen Gebieten für Aufklärung, so erzielen wir weitere Erfolge und gewinnen dadurch das Vertrauen sowohl der Indifferen-ten als auch der streng religiös denkenden Arbeiter und Kollegen. Die Erzielung der Korrespondenz erforderte 12 858 Postausgänge, der gegenüberstehen 3276 Eingänge. Der Gauvorstand nahm an 418 Versammlungen, 329 Besprechungen und 98 Kassenrevisionen teil. Den Kassenbericht erstattete Kollege Seib. Für die Neuwahlen berichtete Kollege Woss, daß die Kassenbücher stets in Ordnung be-funden wurden. Er beantragte, den Kassierer zu ent-lassen. In der Diskussion kam die Zurechenbarkeit der Kol-legen mit der Tätigkeit des Gauvorstandes zum Ausdruck. Rehn-Maing wünschte, der Verbandsvorstand möge den für die Organisation tätigen Kollegen mehr Agitationsmaterial in Form von Broschüren zur Verfügung stellen.

Ueber die nächstjährige Lohnbewegung sprach Kollege Wehring, Mitglied des Verbandsvorstandes. Seine inhalts-reichen Ausführungen gipfelten darin, daß die Entscheidung in den kommenden Kämpfen von dem Kräfteverhältnis der streitenden Parteien abhängt. Wir alle haben deshalb die Pflicht, alles daran zu setzen, damit unsere Organisation, die schon mehrere Male die Feuerprobe bestanden hat, auch für die Zukunft unsern wirtschaftlichen Interessen gerecht werden kann. In der Diskussion wurde gemünzt, daß den Kollegen, die als Hilfsarbeiter oder Stultkure in Weibingerbergsgeschäften beschäftigt sind, bei der demnächst tommenden Tarifbewegung im Weibingerbergewebe Rechnung getragen werde.

Kollege Gempel besprach sodann den vom Verbandsvorstand unterbreiteten Statutenentwurf. Mit großer Wärme befaßwortete er die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Nicht schwächen wird die Arbeitslosenunterstützung den Kampfkarakter der Organisation, wie mancher Kollege meinte, sondern im Gegenteil, sie wird ein wirk-sames Mittel zur Durchführung der tarifvertraglichen Bestimmungen, namentlich bei schwächer wirtschaftlicher Kon-junktur sein und somit auch eine gute Waffe gegen Unter-nehmerwillkür bilden. Wenn die Arbeitslosenunterstützung die Wunden, die der Kapitalismus schlägt, auch nicht heilen kann, so wird sie doch mandem Kollegen eine Widerung der sozialen Schäden und damit eine Stärkung für weitere Kämpfe bringen. Sie wird die Solidarität wie auch die Begeisterung zum Kampf in unsern Reihen erhöhen. Sie wird der Organisation mehr innere Festigkeit geben und das immer noch starke Abströmen der ausgenommenen Mit-glieder eindämmen. Wenn infolge der Einführung der Unterstützung die Beitragsleistungen entsprechend erhöht und, wie die Vorlage vorseht, auf 4 Wochen verlängert werden soll, so sehe doch fest, daß gerade unsere Organi-sation mit der Erhöhung der Beiträge groß und stark ge worden ist. Unsere Ertragsverhältnisse halten jeder Kritik stand. Daß nur für eine Zeit von zehn Monaten Unter stützung gezahlt werden soll, liegt im Wesen unseres Ge werbes als Saisongewerbe begründet. Bezüglich der Kran ken- und Sterbeunterstützung wünschte Wehring, daß die seither festgelegten Sätze beibehalten bleiben und keine Reduzierung erfolge. Auch solle in der Streikunterstützung an neu eintretende Mitglieder keine Verinderung erfolgen. In der Diskussion beteiligten sich zwölf Kollegen, die das für und Wider der Arbeitslosenunterstützung eingehend er-örterten. Die sozialen Vorteile der Unterstützung wurden mit wenigen Ausnahmen anerkannt. Der Einführung der Arbeitslosenunterstützung stimmten sie grundsätzlich zu: Die Konferenz nahm folgende vom Gauvorstande vorgelegte Re-solution an: „Die am 17. November 1912 in Frankfurt a. M. tagende Gaukonferenz für den Gau Frankfurt a. M. vom Deutschen Bauarbeiterverband“ erklärt sich prinzipiell mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden. Die Konferenzteilnehmer verpflichten sich, im Sinne der Arbeitslosenunterstützung in ihren Zweigvereinen zu wirken und für deren Durchführung zu sorgen. Die vorliegende Vorlage des Verbandsvorstandes ist nach Ansicht einer grö-ßeren Anzahl Delegierten abänderungsbedürftig, doch können aus diesem Grunde abweichende Besenken nicht entgegenstehen, da auf dem nächsten Verbandstag Gelegenheit vorhanden sein wird, eine Grundfrage zur Verständigung zu finden.“ Weiter gelangten folgende Anträge zur Annahme: Dem „Grundstein“ soll in Zwischenräumen von vier Wochen eine fünfteilig ausgestattete fachtechnische Zeilage gegeben werden. Im Gaugebiet soll, wie bisher, eine einheitliche Regelung der Sozialauslässe in allen Vereinen erfolgen. — Die Unterstützungsätze bei Kranken- und Sterbeunter stützung sollen in der seither festgesetzten Höhe beibehalten werden. — In dem Bezuge der Streikunterstützung soll kein Unterschied bezüglich der Kontrollausgabe gemacht werden. Eine geringere Unterstützung für die außerhalb des Lohn-gebiets wohnenden Kollegen wird nicht gewünscht. Einige andere Anträge wurden teils abgelehnt, teils zurückgezogen.

Bei der Neuwahl des Gauvorstandes wurden die Kol-legen Gützmann und Gempel als Vorsitzende, Seib-  
schütz a. d. M. und Raßenberger-Frankfurt a. M. als

Kassierer, Sieb-Frankfurt a. M. als Schriftführer, Lorenz-Ergahausen und Schmitt Melchior-Frankfurt a. M. als Bei-ratiger gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Woss-Steinrück, Goldader-Marköbel und Hornung-Bommel-hausen gewählt. Nach einem kurzen Mittelschlaf auf die Ver-handlungen schloß Kollege Gützmann die Konferenz um 7 1/2 Uhr.

### Zum Verbandstage.

Zu unserer Freude hat nun in den nachfolgenden Zeilen, auch ein Vertreter der Matreuebewegung, unser Kollege Albert Paul, das Wort zu der uns be-wegenden Frage der Arbeitslosenunterstützung ergriffen und sie aus dem reichen Schatze der Erfahrungen seines langen tätigen Lebens heraus beurteilt. Mögen seine Ausführungen die verdiente Beachtung finden.

Durch die Vorlage einer Arbeitslosenunterstützung seitens des Verbandsvorstandes ist eine Frage von so hoher sozialer Bedeutung in den Vordergrund der Dis-kussion innerhalb unseres Verbandes gerückt worden, daß es sich verlohnt, auch einiges darüber zu sagen.

Ich will nicht die Frage prüfen, ob eine solche Ein-richtung möglich oder unmöglich ist; denn möglich ist sie, wenn man sie ernstlich will, unmöglich wird sie, wenn man, anstatt die Frage vorurteilfrei zu prüfen, von vornherein ihre Unmöglichkeit herbeizitiert. Daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Er-höhung der Beiträge erfordert, ist so selbstverständlich, daß kein Wort darüber zu verlieren ist; denn ohne Opfer ist niemals etwas zu erreichen. Das haben wir bei der großen Auspersung 1910 am besten sehen können.

Ich will bei meiner Erörterung nur auf einen Punkt eingehen, der sich wie ein roter Faden durch einige der Einwürfen hindurchzieht, die der Arbeitslosenunter-stützung gegenüber sind. Es ist die Frage des Kampf-karakters. Die meisten Einwender befürchten, wenn eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird, dann ginge der Charakter des Kampfes, auf den wir so stolz sind, in „unserm Verbands“ verloren und unser Verband würde nur eine Versicherungsgesellschaft sein. Wenn diese Be-fürchtungen wahr wären, dann müßten wir in der Ge-werkschaftsbewegung gerade das entgegengesetzte von dem sehen, was tatsächlich vorhanden ist. Ich bin der Ansicht, daß eine größere Sicherung der Mitglieder gegen die schlimmste Not durch die Einrichtungen des Verbandes dieselben viel mutiger macht. Ich will nur auf zwei Ver-bände hinweisen. Haben der Holzarbeiterverband und der Metallarbeiterverband durch ihre Unterstützungs-einrichtungen den Charakter einer Kampforganisation ein-gebußt? Diese Frage mögen mir die Kollegen beant-worten, die so sehr besorgt um den Verlust des Kampf-karakters innerhalb unseres Verbandes sind. Zu einer Kampforganisation gehören auch Kämpfer, der Name allein tut es nicht. Es ist Pflicht der leitenden Kollegen, die Berufs Kollegen, die sich ihrer Führung anvertrauen, auch zu Kämpfern zu erziehen, sie in allen Lagen des wirtschaftlichen Lebens rüstungsfähig zu machen. Dazu gehört auch die Hebung der materiellen Interessen; mit bloßen Schlag- und Kraftworten ist nichts erreicht. Die Entwicklung unseres Gesellschafts- und Erwerbslebens hat sich seit einigen Jahrzehnten völlig geändert, dies können wir an den gewerkschaftlichen Kämpfen am besten be-obachten. Während früher die Arbeiter eines Berufes an den einzelnen Orten für sich allein in den Kampf traten und sich die Unternehmer in andern Orten um die Kämpfe gar nicht kümmerten, sogar froh waren, wenn Arbeiter aus Streikorten zu ihnen kamen, sehen wir das Bild jetzt stark verändert. Wenn heute in einem Orte ein Streik ausbricht, setzen wir die Unternehmer, wie sie sich im großen und ganzen unterstützen und Solidarität üben, und wenn ein dristlicher Streik nicht in bestimmter Zeit beigelegt wird, auf der ganzen Linie mobil machen und die Arbeiter des betreffenden Berufes auspersern. Häufig greifen auch Berufs mit ein, die mit dem Beruf, in dem der Streik entbrannt, gar nichts gemein haben. Diese Kämpfe werden dann mit großer Erbitterung und Kraft geführt. Wer von den Organisationen die besten und widerstandsfähigsten Kämpfer hat, dem fällt der Sieg zu. Ich nehme nun an, daß die wachsenden Ein-wender auch etwas von Sozialpolitik kennen, infolgedessen nicht blind den sozialen Verhältnissen unserer Kollegen im Reich gegenübersehen, sondern sich bemühen, diese eingehend zu prüfen und gewissenhaft zu beurteilen. Sie werden dabei schon häufig Erfahrungen gesammelt haben, die ein eigenartliches Licht auf den Kampfkarakter werfen. Wozum besteht denn überhaupt eine Kampfes-organisation? Doch nicht allein aus dem schon hingenden Namen, sondern aus einer geistig und materiell tausend-fältig verschiedenartigen Meydenmasse. Haben die, Warner noch nie die Beobachtung gemacht, daß häufig während eines Lohnkampfes eine größere oder geringere Zahl von Arbeitern entweder abtrünnig werden und die Arbeit unter jeder noch so erniedrigenden Bedingung zum Schaden ihrer Kollegen wieder aufnehmen, oder während des Kampfes zu einer andern Beschäftigung übergehen, oftmals dem Kampfe teilnahmslos gegenüberstehen und erst dann wieder zurückkehren, wenn der Kampf für die Arbeiter siegreich beendet ist, um dann die Früchte zu ge-nießen, ohne selbst auch nur die geringste Gegenleistung gewährt zu haben. Die Beweggründe eines solch unsozi-alistischen Verhaltens sind so vielfältiger Natur, daß es sich verlohnt, des näheren darauf einzugehen. Den einen treibt die Not dazu, bei dem andern liegen Familienverhältnisse zugrunde, bei einem Dritten kommen Unerfahrenheit und Unwissenheit zum Vorschein, bei dem Vierten treten per-

sönliche Angelegenheiten in den Vordergrund und bei dem Fünften spielt Missetat und gemeine Verräteracht eine große Rolle. Ich will nur den ersten Punkt, näher be-trachten. Viele unserer Kollegen sind selbst bei gutem Geschäftsgange arbeitslos. Darunter haben namentlich die älteren Kollegen am häufigsten zu leiden. Wenn nun ein solcher Kollege neben der Sommerpause auch noch das Unglück hat, im Herbst, Winter oder Frühjahr mehrere Monate arbeitslos zu sein, dann treten Not und Sorge ein. Viel-leicht tritt er kurz vor Ostern oder gar erst zwischen Ostern und Pfingsten in neue Arbeit ein. Dann beginnt das rast-lose Streben, sobald wie möglich die alten Schulden zu be-zahlen. Aber mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen, und das Unglück schreitet schnell. Kaum hat er ein paar Wochen gearbeitet, dann kommt es zum Streik oder zur Auspersung; er verliert seine Arbeit. Wird ein solcher Kollege freudigen Mutes in den Streik oder in die Auspersung eintraten? Durch die lange Ar-beitslosigkeit ist er in Schulden hineingeraten. Der Hauswirt bekommt noch für mehrere Monate die fällige Miete und droht mit der Räumungslage. Krämer, Bäcker, Fleischer verlangen, auch ihr Geld, wollen nicht länger warten und drohen ebenfalls mit der Forderungslage. Die Kinder sind vielleicht krank, Arzt und Apotheke kosten Geld; aber woher nehmen? und nicht flehen? Als Streikender oder Ausgesperrter bekommt er erst nach Ablauf von zwei Wochen seine Unterstüttung. Der Kollege zweifelt an der guten Sache. Er fängt an zu habern, schiebt der Organisation die Schuld an seinem Un-glück zu und es bedarf nur noch eines kleinen Zwischen-falles, dann ist der Kollege für den Klassenkampf verloren. Ist das ein Klassenkämpfer? Daher ist die Arbeitslo-senunterstützung zu begründen, und wenn sie auch nicht alle Läden ausstößt und alle Wunden heilt, etwas hilft sie doch und es spielt im Wirtschaftsleben des Arbeiters eine große Rolle, nach einem harten Winter etwas weniger Schulden auf dem Halbe zu haben. Man darf nun nicht mit dem Einwand kommen, die Arbeitslosenunterstützung hätte nur in den Städten eine Bedeutung. Nun, unsere Landkollegen sind von der Arbeitslosigkeit nicht verschont. Auch sie werden davon heimgesucht. Fortarbeit, Stein-  
bearbeitung, Arbeit in den Fabriken usw. ist auch nicht mehr in dem Maße vorhanden wie früher. Was ich vor-her von der Missetat sagte, tritt bei unsern Land-kollegen in der Hinsicht für die Spottlohe zutage, und häufig muß man eine Ziege oder ein Schwein oder gar eine Kuh verkaufen, um nur die Zinsen für die Spottlohe zahlen zu können. Ein solcher Kollege steht dann ebenso blank da wie der Stadtkollege. Diese Frage gebe ich den Kollegen zu bedenken.

Daß die Arbeitslosenunterstützung in unserm Ver-bande nach andern Gesichtspunkten geregelt werden muß als in den übrigen Verbänden, halte ich für selbstverständ-lich. Mögen die Kollegen und namentlich die Delegierten des nächstjährigen Verbandstages die Vorlage gewissenhaft prüfen und erwägen, wie es am leichtesten und am schnell-ten einzurichten geht. Ich möchte aber die Kollegen warnen, sich durch Schlagworte betören zu lassen. Aber ebenso lasse man sich nicht beeinflussen, wenn man mit den Worten des Kollegen Bömelburg die Ablehnung begründen will. Achtung vor unserm Bömelburg, er war einer der Besten, und so hoch ich sein Andenken ehre, so wenig halte ich ihn für unfehlbar und so wenig halte ich alles für richtig, was er einmal gesagt hat. Was vielleicht vor vier Jahren noch zutrif, braucht heute nicht mehr richtig zu sein. Missetat kann für ewige Zeiten gelten.

Verfalle man auch nicht, wie so häufig, in den Fehler, daß man alle erdenklichen Probleme aufstößt. Ich erinnere an die Artikel im „Grundstein“ nach dem großen Kampfe unter dem Titel „Neue Kampfmittel“. Die Sache ging aus wie das Hornberger Schießen. So wird es wieder kommen, wenn man die Arbeitslosenunterstützung mit andern Problemen verquirt, wie es ein Kollege vorschlägt, der die jetzt noch in den Bindeln liegende „Volksfürsorge“ damit belosten will. Staat und Gemeinde regen sich nicht, um die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Darum lassen wir selbst zu und helfen uns selbst. So viel steht fest: Sollte sich der nächstjährige Verbandstag noch nicht entschließen können, diesen Unterstützungsabzweig ein-zuführen, dann wird diese Frage trotzdem nicht von der Tagesordnung verschwinden, sondern immer wieder auf-tauchen, bis sie durch die Einführung ihrer einzig mögliche Lösung gelöst ist.

Als Beauftragter der Arbeitslosenunterstützung bliebe mir nach der ausgezeichneten Begründung kein Grund, zu der Frage etwas zu sagen, wenn nicht einige Bestim-mungen des Entwurfes ein Eingehen notwendig erscheinen ließen. In Berlin helfen die Kollegen der Arbeitslo-senunterstützung sympathisch gegenüber. Wohl kein Kollege in irgendeiner andern Stadt hat unter dem Wechsel des Ar-beitsverhältnisses so zu leiden wie wir. Selbst bei guter Konjunktur ist die Arbeitslosigkeit keine seltene Er-scheinung. Die hiesigen Kollegen brauchen sich nur an die in den letzten fünf Jahren existierende Arbeitslosigkeit zu er-innern, um der Arbeitslosenunterstützung eine lebhaftere Sympathie entgegenzubringen. Mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist aber eine nicht unbedeutende Beitragserhöhung verbunden, die in Berlin 85 % betragen dürfte. Bei der Ausarbeitung des Entwurfes war der Vorstand meiner Meinung nach nicht gut beraten. Nach dem Entwurf soll die Höhe der Unterstützung sich nur richten nach den zur Arbeitslosenunterstützung gezahlten Beiträgen. Das heißt, jemand kann zehn Jahre oder länger organisiert sein, das kommt für die vorgezogene Form der Arbeitslosenunterstützung nicht in Betracht, sondern erst nach jeht begimnender entsprechender langer Beitragsleistung kann man die im Entwurf vorgezogenen

Sätze beanspruchen. Niemand unserer Kollegen kann einer solchen Vorchrift zustimmen. Solche Bestimmungen können nicht zur Hebung der Organisationsfreudigkeit beitragen. Es hieße auch dem Neuzutritt Vorrechte einräumen; denn der jetzt Eintretende erhälte genau so viel Rechte wie die lange dem Verbande angehörenden Mitglieder. Diese werden sich schwerlich für solche Bestimmungen begeistern. Die bisherige Mitgliedschaft muß voll in Anrechnung gebracht werden. Ebenfalls kann ich mich mit der Wartezeit, die nach einer Arbeitszeit von vier Wochen immer wiederkehren soll, nicht befreunden. In der augenblicklichen Situation kann der Verbandsrat die Vorlage unter keinen Umständen annehmen; dies kann nur von dem Ausgang der kommenden Lohnbewegung abhängen. Verläuft die Lohnbewegung für uns in günstigem Sinne, 26. Woche nach Inkrafttreten des Statuts mit der 26. Woche nach Inkrafttreten des Statuts mit der Zahlung von Arbeitslohnunterstützung beginnen. Der Verbandsrat muß dafür sorgen, daß unser Verband durch das neue Statut eine erhöhte Stützskraft erhält.

Mag Dahlénburg, Berlin.

Ueber die Frage der Arbeitslohnunterstützung darf man nicht kurzer Hand den Stab brechen; denn die Einführung dieses Unterstützungsweises ist dringend notwendig. In der Agitation sowohl wie zur Einschränkung der Fluktuation wird sie uns gute Dienste leisten. Ohne jede Vertragserhöhung ist eine Arbeitslohnunterstützung allerdings nicht einzuführen. Jedoch braucht diese Erhöhung nicht in dem Maße zu erfolgen, wie Kollege Wehner in der Nr. 46 des „Grundstein“ annahm. Unsere Kollegen sind in der Vertragsleistung nicht inauferig. Die heutigen teuren Zeiten zwingen sie aber, mit dem Feinigen zu rechnen, und da findet ein allzu scharfes Ansehen der Beiträge begreiflichen Widerstand. Eine Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 % bei einer Vertragsleistung von 44 Wochen im Jahre reicht meiner Meinung nach aus, die Arbeitslohnunterstützung für die beiden Monate Januar und Februar durchzuführen. In diesen beiden Monaten ist die Arbeitslohnunterstützung am schimmsten und eine Unterstützung am meisten angebracht. Da eine große Anzahl unserer Kollegen im Winter Beschäftigung in anderen Berufen findet, so kommen auch nicht alle Kollegen für die Unterstützung in Betracht, die infolge der Jahreszeit von der Ausübung ihres bauseigenen Berufes ausgeschlossen sind. Rechtlich angelegentlich werden sich nicht auf die Unterstützung verlassen, wenn ihnen in anderen Berufen Arbeit und Verdienst geboten ist. Bringt die kommende Arbeitslohnunterstützung unsern Kollegen Hilfe in der schlimmsten Zeit, bei einer mäßigen Erhöhung der Beiträge, so wird sie unserer ferneren Verbandstätigkeit zum Segen gereichen.

Hugo Berneder, Hilfsarbeiter, Gelsenkirchen.

Der Verbandsvorstand mit seinen Anträgen im allgemeinen das Richtige getroffen, so kann ein bisheriger Kritik doch nicht schaden. Die auf dem kürzlich in Kiel abgehaltenen Gantag des Gaues Hamburg anwesend gewesenen Vertreter der kleinen Zweigvereine hatten wohl alle im ersten Augenblick, als sie die Vorlage des Verbandsvorstandes kennen lernten, die Empfindung, die Zweigvereine der großen Städte hätten den Hauptnutzen von der Erwerbslohnunterstützung zu erwarten. Ich habe mich auf der Konferenz als Vertreter eines kleinen rein ländlichen Zweigvereins für die Einführung der Arbeitslohnunterstützung erklärt. Den ländlichen Agitatoren wird sie die Arbeit ungemün erleichtern, aber erst dann, wenn die Unterstützungszahlung auf die Monate Januar und Februar ausgedehnt wird. Ist dies jedoch ohne Schaden für die Organisation gegenwärtig nicht durchführbar, so sollte man sich mit den Vorschlägen des Verbandsvorstandes abfinden. Jedenfalls wird aber doch schon dann vom 1. März 1914 ab die Erwerbslohnunterstützung in Kraft treten müssen. Durch die Erwerbslohnunterstützung kann auch unsern reisenden Kollegen das Leben erleichtert werden, weil sie dann in allen Zweigvereinen unterstützt werden könnten und müßten, wogegen jetzt verschiedenen Zweigvereinen das Recht zur Auszahlung von Arbeitslohnunterstützung nicht zugestanden wird. Zu berücksichtigen wäre nur, daß Zweigvereine, die vielleicht zwei oder drei Stunden auseinanderliegen, nicht nacheinander die Unterstützung auszahlen. Zu der geplanten Neuverteilung der heutigen Gauerwaltung habe ich es für bedenklich, dem Zweigvereinsvorsitzenden des Bezirksvorsitzenden einen Sitz in der Gauerwaltung einzuräumen. Es könnte vorkommen, daß durch den Zweigvereinsbezirksvorsitzenden immer die meisten Vergernisse im Bezirk entstehen. Nach meiner Ansicht sollte die Leitung der Gauer oder Bezirke frei und unabhängig vom Zweigverein des Bezirksvorsitzenden verwaltet werden. Oder sollte der Verbandsvorstand beschließen, die jetzigen Gaue zu verkleinern, um eine regere Agitation zu betreiben. Meines Erachtens wäre es weit besser, wenn auf den Gau- oder Bezirksstagen die Zweigvereine bestimmt würden, die die Revision und sonstige Kontrolle auszuüben haben. Sollte der Verbandsvorstand die Bezirke so einteilen wollen, wie z. B. im Gau Hamburg bei der bevorstehenden Delegiertenwahl, so würde die jetzige distatorische Verwaltung noch verschärfert werden. Im Gau Hamburg wäre jedenfalls eine andere Einteilung der Kandidatenbezirke möglich gewesen. Für mich ist es unerträglich, wie man im dritten Wahlbezirk eine so bunt zusammengewürfelte Bezirksabteilung vornehmen konnte. Nach dem Statut sollen Ortschaften mit gemeinsamen Interessen zusammengelegt werden, hier aber werden sie auseinandergerissen. Hätte man nicht wenigstens die Zweigvereine, die fast gleich weit nach Norden liegen, ebenso gut vereinigen können. Statt dessen hat man aber alle gesessenen Ortschaften, einzelne, ob im Süden oder Norden gelegen, zusammengelesen. Im Gau Hamburg hätten die ungleichen Arbeiter bei der alten Einteilung auch ebenso gut ihre Vertretung gefunden, wie früher die gelehrten Arbeiter allein. Im vierten Kandidatenbezirk sind ihre Rechte nicht gut gewahrt worden. Von den 33 Zweigvereinen des dritten Wahlbezirks wird sich mancher zurückgelehrt fühlen. Mann ist es hier einmal möglich, ein im Dienste des Verbandes ergrauten Kämpfer zum Verbandsrat zu entsenden. Die kleineren Zweigvereine müssen sich dadurch als die mützigende Stütze der Zweigvereine in den Großstädten

fühlen. Die Zweigvereine, die mit Siederbräu zusammenwählen, möchte ich daran erinnern, daß nach Uebererinnung bei früheren Wahlen der Zweigverein Siederbräu eigentlich den Delegierten zu stellen hat. Diejenigen Zweigvereine, die zum ersten Male mit uns zusammenwählen, bitte ich daher, den in unserer Mitgliedsverammlung vom 10. November vorgelegenen Kandidaten zu wählen. Er ist im Interesse der Interessen der kleinen Zweigvereine nach jeder Richtung wahrzunehmen. Joh. Loh, Siederbräu.

Die geplanten Neuerungen und ganz besonders die Einführung einer Erwerbslohnunterstützung sind von großer Wichtigkeit und somit eingehender Erörterungen bedürftig, der in dieser Frage Erfahrungen hat. Erachtet demnach der Verbandsvorstand A 1 für ausreichend, dann deckt von besonderer Bedeutung ist die beabsichtigte Gründung von Jugendabteilungen. Der Kritik des Kollegen Franz Maier in Nr. 45 des „Grundstein“ kann man nur zustimmen. Der für die Verwaltungskosten in Aussicht genommene Betrag von M 1 pro Mitglied und Jahr ist völlig unzureichend. Die geplante Sparanordnung wird so gut wie nichts einbringen. Sollen die im Entwurf erwähnten Aufgaben erfüllt werden, dann muß der Verbandsvorstand sich etwas tiefer in den Beutel greifen. Andererseits ist hier wirklich nicht angebracht. Der Plan, die Verwaltungskosten aus der Hauptkasse zu decken, wird keine allzu große Lust zur Gründung von Jugendabteilungen aufkommen lassen. Dieser Vorschlag, wie auch noch einige andere Bestimmungen des Statutenentwurfs enthalten nach Ansicht vieler Kollegen eine erhebliche Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Zweigvereine. Die Hälfte der Einnahmen von den Beiträgen der Jugendlichen sollte den Zweigvereinen überlassen bleiben. Zum Gelingen einer solchen Sache gehört vor allem Geld. Dabei denke ich noch gar nicht an die Leistungen der gegenüberliegenden Jugendvereine. Was soll zum Beispiel eine Zweigvereinsabteilung bei zehn jugendlichen Mitgliedern mit M 10 im Jahre anfangen? Ein einziger Theaterbesuch in der Stadt und das Geld ist aufgebraucht. Auch Städte mit 100 oder mehr jugendlichen Mitgliedern wäre mit so geringen Mitteln nicht gebieter, das weiß jeder, der in dieser Frage Erfahrungen hat. Erachtet demnach der Verbandsvorstand A 1 für ausreichend, dann muß er sich mit noch anderen Absichten tragen. Es bliebe dann nur die eine Möglichkeit, die der Kollege Maier bereits andeutete, nämlich das praktische Zusammenarbeiten mit den interbrigadischen Jugendvereinen an einem Ort. Das wäre ein ideales und würdevolles Ziel. Allerdings wird die Geschäftlichkeit und der gute Wille bei der Führung derselben dabei eine große Rolle spielen. Den Zweigvereinen müßte dazu größtmögliche Bewegungsfreiheit eingeräumt werden, soll nicht Einseitiges und Einseitiges geübt werden. In diesem Falle könnte wohl A 1 genügen; aber nicht dort, wo unsere Kollegen allein stehen und auf sich selbst angewiesen sind. Würdigenwert ist, daß alle die Kollegen ihre Meinung zu der Sache sagen, die auf diesem Gebiete bereits Erfahrungen gemacht haben. Die übrigen Punkte, Mitgliedschaft, Beiträge, Unterstützung usw. sind akzeptabel und wäre eine eventuelle Änderung seitens Verbandsrat wohl nicht zweckmäßig. Anderer Ansicht bin ich zu dem Vorschlage des Kollegen Maier, den organisierten jugendlichen Bauarbeiter neben dem „Grundstein“ auch die „Arbeiterjugend“ zu lesen. Das könnte der reaktionären Spitze so passen. Mit einem solchen Beschluß würde der Deutsche Bauarbeiterverband sehr bald zu einem politischen Verein gepuffert werden. Die Erfahrungen anderer Gewerkschaften sollten uns hierbei als Lehre dienen. In Deutschland erfreuen alle „proletarischen“ Jugendbetrübungen sich der größten Aufmerksamkeit seitens der Behörden. Die Degeneration der Jugend beruht eben auf dem Lebensstern der bürgerlichen Gesellschaft, daher die züchtigen Gegenbetrübungen. Die Zeitschrift „Arbeiterjugend“ müßte wir schon denen überlassen, die ein Bedürfnis dafür haben. Für gewerkschaftliche Jugendabteilungen kann sie meines Erachtens nicht in Frage kommen. Ferner sollten die Eltern das nachsehen, was die Organisation als solche nicht darf. Ich glaube, daß sich in Zukunft noch mehr Gewerkschaften mit dieser Frage beschäftigen werden und wäre es vielleicht möglich, seitens der Gewerkschaften eine Jugendbeilage zu den Gewerkschaftsblättern herauszugeben.

Phil. Sommerlad, Bochum.

**Berichte.**

**Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.**

Zur Ergänzung des Berichts aus Darmstadt in Nr. 46 sei mitgeteilt, daß außer den da genannten Kollegen noch die Kollegen Schüller und Winter (Arheilgen) als Kandidaten zum Verbandsstages aufgestellt sind.

**Zur Arbeitslohnunterstützung.**

Eine Sektionsversammlung der Statutarer Nürnberg erklärte sich mit der Einführung der Arbeitslohnunterstützung grundsätzlich einverstanden. — Die Generalversammlung des Zweigvereins Straßburg i. Els. hat sich am 20. November mit allen gegen drei Stimmen gegen die Einführung der Arbeitslohnunterstützung ausgesprochen. — Der Zweigverein Mittweida beschäftigte sich in drei Staff besuchten Versammlungen mit der Vorlage des Vorstandes auf Einführung der Arbeitslohnunterstützung. In der letzten Versammlung nahm man gegen wenige Stimmen eine Resolution an, in der es heißt, daß die gegenwärtige Zeit zur Einführung dieser Unterstützung zu ungnüßig sei, und daß man damit bis zu dem Verbandsstages nach der Tarifbewegung warten solle. — In Dortmund beschäftigte sich eine Versammlung der Maurer und Hilfsarbeiter mit der Arbeitslohnunterstützung. Kollege Ahrens-Göln hielt den einleitenden Vortrag und trat warm für die Vorlage des Vorstandes ein. In der Aussprache wurden aber nur ablehnende Meinungen laut. Bei der Abstimmung erklärten sich von 400 Anwesenden nur 5 für die Vorlage. — Im Zweigverein Deutsch-Hallewitz lehnte die von 128 Kollegen besuchte Versammlung am 24. November die Arbeitslohnunterstützung „gänzlich“ ab.

**Arbeitsverhältnisse bei der Firma Topf & Söhne in Erfurt.**

Der Vorstand des Gaues Erfurt schreibt uns: Die Firma J. A. Topf & Söhne, die in Erfurt ihren Sitz hat, hat in der Herstellung von Feuerungsanlagen und dergleichen ihr besonderes Arbeitsgebiet. Insbesondere führt sie aus: Anlagen von Malsdärmen und Braupflanzen, Einmauerung von Dampfkesseln. Sie übernimmt auch die Ausfertigung ganzer Kesselfräser und den Bau des dazu nötigen Schornsteins. Die Firma hat in ihrem Betrieb eine vielstufige Leiter, auf welcher der neugestellte Maurer hinaufsteigen kann. Auf der ersten Stufe steht der Maurer, der neu in das Geschäft eintritt und als Maurer auf Montagearbeit mitgenommen wird. Bei zufriedenstellender Leistung kann er eine Stufe höher steigen, er kann „Hilfsmonteure“ werden (zweite Stufe). Hat er sich als Hilfsmonteure bewährt, indem er zur Jurisdiction des Bauführers oder Monteurs recht viele „freiwillige“ Ueberstunden und ebenso „freiwillige“ Sonntagsarbeit geleistet hat, ohne dafür einen Zuschlag zu verlangen, so kann es möglich sein, daß er Monteure wird (dritte Stufe; Uniform: blauer Anzug). Nun kommt auf der Leiter eine recht hohe Stufe, die sicher nur mit großer Geschäftlichkeit und Kraftanstrengung erklimmen werden kann. Auf dieser Stufe stehen die Bauführer, die gut Obacht geben, daß nicht zuviel Monteure diese Stufe erklimmen, damit sie nicht selbst ins Gedränge kommen. Die Firma schickt fast ununterbrochen im Jahre bis 50 Bauführer und Monteure in die Welt, um die Arbeiten zu erledigen. Diese Bauführer und Monteure benötigen zu ihrer Arbeit Hilfskräfte, die sie zum kleinen Teil von Erfurt und Umgegend mitnehmen, die andern stellen sie in den betreffenden Orten ein oder lassen sie sich von einem Maurermeister am Arbeitsorte zuweisen. 500 bis 800 Maurer und Hilfsarbeiter beschäftigt die Firma, wenn alle Bauführer und Monteure auswärts sind. Die Arbeit dauert gewöhnlich vom März bis Weihnacht. Ueber die sonstigen Arbeitsverhältnisse werden wir später mehr berichten; für heute möchten wir nur die Aufmerksamkeit unserer Zweigvereinsvorstände, in deren Gebiet die Firma arbeitet, auf diesen Betrieb lenken, der bis heute noch jede Verbindung mit uns abgelehnt hat.

**Fliesenleger.**

Hamburg. Die seit Jahren in Hamburg herrschende angespannte Arbeitsweise, die den Affordarix ausschalten drohte, ließ bekanntlich den Beschluß reifen, die Arbeitsleistung auf ein Maß festzusetzen, das den Affordarix entspricht. Die drohende Auszahlung des Affordarix ergab sich aus der stetigen Zunahme der Geschäfte, die in Lohn arbeiten ließen. Diesem ist jetzt ein Ziel gesetzt. Seit dem 1. August, an welchem Tage der Beschluß in Kraft getreten ist, hat die große Vorliebe der Plattenhändler für die Lohnarbeit bedeutend abgenommen. Mehrere Geschäfte führten die Affordarix wieder ein. Die durch den Beschluß erstrebte Einschränkung der Arbeitsleistung ist sofort die Unternehmer auf den Plan. Die Schlichtungskommission, bestehend aus Vertretern unserer Sektion und des Plattenhändlervereins, hatte sich mit der Angelegenheit zu befassen, konnte aber keine Einigung erzielen, weil die Unternehmerorganisation von ihrem Verlangen nicht abging, den Beschluß aufzugeben. Die weitere Bearbeitung des Streitfalls lag dem Vorstande des Hamburger Zweigvereins mit dem Vorstande des Baugewerverbandes ob. Hier wurde entschieden, daß ein Tarifbruch in dem Vorgehen der Sektion der Fliesenleger nicht zu erblicken sei. Damit schien der Streitfall erledigt zu sein, zumal der Vertreter der Plattenhändler dem Entscheid nicht widersprach. Nun, nach sieben Wochen, sind unsere Plattenhändler mit einem Male zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie mit diesem Spruch nicht einverstanden sein können. Die dritte Instanz mit dem unparteiischen Obmann soll ihrer Meinung Geltung verschaffen. Daß der Plattenhändlerverein nach solch langer Zeit noch einen Rettungsausschuss auswirft, damit ein unparteiischer Obmann ihnen zu ihrem vermeintlichen Recht verhelfe, ist für uns ein Beweis, daß der Beschluß von unserer Kollegschaft innewegelt wird; das ist es, was die Plattenhändler nicht zur Ruhe kommen läßt. Ergüßlich ist bei diesem unserer Meinung nach ungnüßig aufgehauten Streitfall, daß der Plattenhändlerverein gelassen lassen, unsern Vertreter gegenüber erklären, mit dem Vorgehen der Sektion einverstanden zu sein; denn dadurch könnten unlaute Konkretenfirmen, die im Zagehohn arbeiten lassen, Zügel angelegt werden. Im Interesse unserer Kollegen aber liegt es, daß der Beschluß auch in Zukunft streng eingehalten wird. Neben dem Vorgehen des Plattenhändlervereins gegen die Sektion haben wir es auch mit einer sogenannten Adresskommission der Unternehmer zu tun. Besonders die Firma Dörfer & Reher sucht mit derartigen Mitteln der Wirksamkeit unseres Beschlusses vorzukommen. Die Firma hat augenblicklich mehrere größere Staatsarbeiten auszuführen, wobei sie ungefähr 35 Fliesenleger beschäftigt. Durch fortwährendes Drangsalieren, ungedrehtigte Entlassung unserer Delegierten und anderer Kollegen wegen Innehaltung der Arbeitsleistung usw. suchte die Firma einen Teil in die Einzigeit unserer Kollegschaft zu treiben. Als unsere Kommission die Firma ersuchte, die schlußlose Behandlung zu unterlassen, die Gemahregelten wieder einzustellen, erfolgte kurz darauf die Entlassung der Kollegen, die mit der Firma wegen Abstellung der Differenzen Rücksprache gekommen hatten. Daß die dort weiter beschäftigten Kollegen mit dieser Maßnahme nicht einverstanden waren, ist wohl selbstverständlich. Weiter ist bei der Firma ein ehemaliger Plattenhändler, der unorganisierte K. Mundorfer, beschäftigt, mit dem unsere Kollegen ein weiteres Zusammenarbeiten ablehnten, einmal weil er aus seiner früheren Unternehmerschaft noch eine Anzahl Wochen- und Affordarixschuldet, zum andern, weil er sich herausnimmt, unsern Kollegen Feierabend zu geben, und dann, weil er unsern

Beschluß vom 1. August nicht Rechnung tragen will. Unsere dort beschäftigt gewesenen Kollegen haben aus allen diesen Gründen am 19. November die Arbeit bei der Firma Dörfer & Meher eingestellt und dem obgenannten somit ein reiches Arbeitsfeld überlassen. Durch einiges und geschlossenes Vorgehen erhoffen unsere Kollegen eine Besserung der Zustände. Bei Arbeitsangeboten durch Anzeigen in den Zeitungen oder anderer Art ist größte Vorsicht am Platze. Die Arbeiten dieser Firma sind vorläufig zu meiden. Im übrigen, Kollegen, beachtet den Beschluß, Beschränkung der Arbeitsleistung auf ein vernünftiges, den Tarifpreisen entsprechendes Maß!

**Wiesbaden.** Im Jahre 1909 kam mit den hiesigen Unternehmern der Fliesenlegerbranche ein Tarifvertrag zum Abschluß, der bis heute von keiner Seite gekündigt worden ist und demnach noch zu Recht besteht. Trotzdem versuchten es einige Unternehmer, den Vertrag zu umgehen und die Fliesenleger um den wohlverdienten Lohn zu bringen. Dies Vorgehen der Unternehmer ist leicht erklärlich; denn die Fliesenleger zeigten in den letzten drei Jahren sehr wenig Interesse für ihre Organisation, sie führten Arbeiten unter dem Tarif aus, schlossen Sonderverträge mit den Firmen ab, so daß ein Tarifvertrag fast nur noch dem Namen nach bestand. Nun ist es gelungen, die Fliesenleger wieder zusammenzubringen und damit eine strengere Durchführung des Vertrages zu erreichen. In einer Versammlung der Fliesenleger vom 29. Oktober stellte sich heraus, daß einzelne Firmen wieder versuchten, den Vertrag zu umgehen, unter anderem die Firmen Brühl & Weinberg und Wihl, Hartmann. Sie erklärten uns, am hiesigen „Alderbad“ beschäftigten Kollegen, für vorkommende Nebenarbeiten wie Zäher in die Blatten hauen, Streifen usw. keine Vergütung zahlen zu wollen, obwohl der Vertrag die Bezahlung solcher Arbeiten ausdrücklich vorsieht. Die Versammlung beschloß, sämtliche Unternehmer durch ein Rundschreiben auf die Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen hinweisen zu lassen; gleichzeitig erging an den Vorsitzenden der Schlichtungskommission, Herrn C. Reichwein, ein Gesuchen um Einberufung der Kommission, welche dann am 5. November in dem Bureau des Herrn Reichwein zusammentrat. Es konnte jedoch keine Einigung erzielt werden, weil die Meinungen über die Arbeiten sehr weit auseinandergingen. Die Kommission beschloß, eine Besichtigung der Arbeiten an Ort und Stelle vorzunehmen. Dort wurde nun festgestellt, daß die genannten Firmen gegen den Vertrag verstoßen haben und daß sie die Arbeiten, für die sie eine Bezahlung verweigerten, bezahlen müssen. Damit war diese Angelegenheit zur Zufriedenheit unserer Kollegen erledigt. Eine Versammlung am 12. November, in der diese Sache noch einmal zur Besprechung stand, erteilte dem Beschluß der Kommission ihre Zustimmung.

In dieser Versammlung erstattete der Kollege J. Kläß aus Frankfurt, Bericht von der Landeskonferenz in Erfurt. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Besonders wurde die Einführung der Erwerbslosenunterstützung lebhaft diskutiert. Sämtliche Redner, mit Ausnahme einzelner, waren für die Einführung dieses Unterstützungsbezweiges. Die Organisationsverhältnisse unserer Sektion sind bedeutend gebessert; fast alle Fliesenleger sind organisiert, mit Ausnahme von Chr. Schmidt sowie Anton und Joseph Dempler. Die Sektion zählt 40 Mitglieder, außerdem arbeiten noch drei christlich organisierte Fliesenleger in Wiesbaden. Als der angestellte Kollege unseres Zweigvereins vor einiger Zeit auf der Baustelle am Alderbad eine Nichterkontrolle vornahm, kam er auch zu dem christlich organisierten Johann Meurer aus Camberg, der, nebenbei bemerkt, unsern Kollegen unbekannt war und für eines unserer Mitglieder gehalten wurde. Der höflichen Aufforderung, ebenfalls sein Mitgliedsbuch zur Kontrolle mitzubringen, erbeugte sich Meurer nicht. Wir versuchten, wenn es schließlich auch Meurers Sache ist, zu entscheiden, wo er organisiert sein will, so ist sein Verhalten unsern Kollegen gegenüber doch sehr rüchlos; denn durch die verweigerte Einsichtnahme in das Mitgliedsbuch wird die Kontrolle über die nichtorganisierten Fliesenleger erschwert. Wer sein Mitgliedsbuch in Ordnung hat, kann es jedem, der dazu berechtigt ist, auch vorzeigen. Meurer versteht außerdem, seine Kollegen und Mitarbeiter bei den Bauleitungen und dem Unternehmer und auch bei unsern eigenen Kollegen, die ihm noch Gehör schenken, in elendester Weise anzuschwärzen, daß er weidlich auf unsern Verband schimpft, ist bei der Dreyfus, die die christliche Organisation ihren Getreuen angeheben läßt nicht verwunderlich. Die christliche Organisation kann auf solche Mitglieder stolz sein! Arbeiten unsere Kollegen der Fliesenlegerbranche in Wiesbaden in der bisherigen Weise weiter für den Ausbau der Organisation, dann wird ihre Tätigkeit bald nicht mehr durch Unorganisierte oder Organisationsstörer anderer Art beeinträchtigt werden.

**Gipser und Stukkateure.**

**Dauzig.** Eine Sektionsversammlung besprach am 10. November nach Entgegennahme des Berichtes von der Landeskonferenz Tarifangelegenheiten. Der neue Tarif ist seit dem 8. Juni 1912 in Gültigkeit. Wer erst jetzt in den beteiligten Kollegen aufgefunden, daß bei der Tarifrenewierung einige der allgemeinen Bestimmungen des alten Tarifs abgeändert oder fortgelassen sind. Unsere Mitglieder der Lohnkommission hatten setzweiligt verlangt, daß diese Bestimmungen nicht geändert werden sollten. Da unsere Kollegen durch die Änderung gegenüber den früher bestandenen Verhältnissen ungünstiger gestellt sind, so soll hierüber in der nächsten Sektionsversammlung eine Aussprache mit dem Zweigvereinsvorstand herbeigeführt werden. Beschlossen wurde noch, auf Werkstellen und Bauten häufigere Mäherkontrollen vorzunehmen.

In Samm i. N. hatten die Streikenden in den letzten Wochen hart unter Bezug von außerhalb zu leiden, da die Unternehmer versuchten, der Streik wäre vorüber. Wir bitten unsere Kollegen im Lande, diesen Meldungen nicht zu glauben und uns durch größeren Eifer in der Fernhaltung des Zuguges zu unterstützen.

**Münsterberg.** Am 10. November nahm eine stark besuchte Sektionsversammlung den Bericht von der Landeskonferenz entgegen. Der Uebertritt unserer hiesigen

Kollegen in den Deutschen Bauarbeiterverband ist gut vonstattengegangen. Bei Lohnbewegungen verlangt die Versammlung, daß den Stukkateuren ihre bisherige Bewegungsfreiheit bei Tarifabschlüssen erhalten bleibe. Mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung erklären sich unsere Kollegen einverstanden, wenn auch nicht alle Bestimmungen der Vorlage befriedigen. So zum Beispiel, daß die beiden Wintermonate Januar und Februar von der Unterhaltungsleistung ausgenommen müssen. Mit der Wahl der Delegierten zum Verbandstage war die Konferenz nicht ganz einverstanden, weil dadurch die 10 000 Mitglieder unserer Sektion um die Ausübung ihres Wahlrechts kamen. Wegen vorgeleiteter Zeit mußte von einer ausführlichen Berichterstattung über die Verhandlungen des Gantages Abstand genommen werden. Große Befriedigung herrscht unter unsern Kollegen darüber, daß unser Kollege Beyer auf dem Gantage endgültig als angestellter Kollege in die Gantaltung aufgenommen ist. Auf die neuesten Gehaltsdaten einzelner Unternehmer ist noch hinzuweisen. Nicht genug, daß unsere Kollegen durch die Arbeitslosigkeit zu leiden haben; es nehmen diese Unternehmer auch noch Lohnabzüge vor, was tariflich verboten ist. Unsere Kollegen dürfen unter keinen Umständen Arbeiten zu geringeren Löhnen annehmen als der Tarif vorschreibt. Lohnabzüge sind durchaus unstatthaft. Unsere Organisationsleitung und mit ihr die Mitglieder, werden mit aller Kraft für die Einhaltung der Tarifbestimmungen eintreten.

**Holierer und Steinholzleger.**

Die Lohnbewegung im Holziergewerbe, die vor einem Jahre (November 1911) durch den Sympathiestreik bei der Firma Rheinhold & Co. und die darauf proklamierte Aussperung der Holzierer durch den Zentralverband der Holzierfirmen eingeleitet wurde, ist immer noch nicht überall abgeschlossen. Mit der großen Mehrzahl der Firmen, darunter den größten, sind zwar im Laufe des letzten halben Jahres, also nach dem Scheitern der zentralen Verhandlungen, überall in Deutschland die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grund des von den Holzierern ausgehenden zentralen Tarifstreiks für mehrere Jahre tariflich durch Verträge geregelt worden. Dagegen war in München, in den meisten Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, im Erzgebirge, in der Niederlausitz und im oberbayerischen Industriegebiet bisher eine Regelung unmöglich, obgleich hier die Lohn- und Arbeitsbedingungen am schlechtesten sind und eine Verbesserung recht dringend nötig wäre. In Rheinland- und Westfalen hatten sich die Organisationsverbände der Holzierer seit dem Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband ganz bedeutend gebessert. Im letzten Jahre hat sich die Zahl der organisierten Holzierer dort mehr als verdoppelt. Daher beschloßen die Holzierer in diesem Gebiet im September auf einer Bezirkskonferenz, sofort in eine gemeinsame Lohnbewegung einzutreten. Die Forderungen wurden dann auch unberührt den Unternehmern zugestellt. Diese waren auch zu Verhandlungen bereit und es hatte zunächst den Anschein, als ob auch hier alles glatt vonstatten gehen würde. Wenn es nun anders kam, so liegt das nicht an den Holzierern. Die ersten Verhandlungen fanden am 24. Oktober in Bochum statt. Die Parteien einigen sich an diesem Tage über die Bestimmungen zum Hauptvertrage. Es handelte sich nur noch um die Festsetzung der Affordpreise, die dann als Anfang des Hauptvertrages beigefügt werden sollten. Deswegenachtet sollten jedoch die übrigen Bestimmungen, wie sie vereinbart waren, bereits am 27. Oktober in Kraft treten. Die weiteren Verhandlungen fanden am 31. Oktober statt. Obgleich es sich nun laut der getroffenen Vereinbarungen nur um Festsetzung der Affordpreise handelte, versuchten die anwesenden Arbeitgeber, einzelne Bestimmungen, die in der vorigen Verhandlung vereinbart und bereits in Kraft getreten waren, zungunsten der Arbeiter zu verschlechtern. Die Vertreter der Holzierer wiesen dies Anfinnen ganz entschieden zurück und die Unternehmer fügten sich dann auch. Ueber die Affordpreise konnte an diesem Tage eine Einigung nicht erzielt werden. Da aber die Differenzen nicht so groß waren, daß eine Einigung ausgeschlossen gewesen wäre, so wurden die Verhandlungen an den folgenden Tagen mit den Firmen in den einzelnen Orten weitergeführt und am 4. November hatten sich dann die Parteien in Dortmund und Duisburg soweit geeinigt, daß die Verträge am nächsten Tage nur noch unterzeichnet zu werden brauchten. Als dann aber am nächsten Tage den Unternehmern die Bedingungen zur Unterschrift vorgelegt wurden, verlangten sie wiederum, daß verschiedene Bestimmungen im Vertrage verschlechtert werden sollten. Unter anderem sollte auch die Bestimmung, die die Lohngarantie bei Affordarbeit festsetzt, gestrichen werden. Am gleichen Tage fand in Duisburg eine gemeinsame Versammlung der Holzierer statt, in der über das Ergebnis der Verhandlungen berichtet wurde. Die Versammlung beschloß nach kurzer Debatte folgende Resolution: „Die heutige gemeinsame Versammlung der Holzierer des Deutschen Bauarbeiterverbandes und des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter von Duisburg und Oberhausen lehnt die Verschlechterungsanträge der Holzierfirmen ab und beschließt, am 19. November d. N. in den Streik zu treten.“ Diesem Beschluß entsprechend ist am 19. November bei den Firmen Deutsche Westfälische Holz- u. Holzwaren-Fabrikation, Dreyfus & Co. in Duisburg-Mabrodt und Kempen sen. in Oberhausen die Arbeit eingestellt worden. Die Dortmund- und Bochumer Holzierer werden, wenn dieses nicht bereits geschehen ist, und wenn die Unternehmer weiter auf ihrem Standpunkt beharren, sicher dem Beispiel ihrer Kollegen in Duisburg und Oberhausen folgen; denn die Zumutungen der Arbeitgeber können und dürfen sie niemals anerkennen! Ohne Lohngarantie keine Affordarbeit! Diese Bestimmung ist bisher überall von den Unternehmern anerkannt worden, und wir haben durchaus keine Ursache, mit den dortigen Firmen eine Ausnahme zu machen. Es scheint aber, als ob die Unternehmer im Industriegebiet jetzt ihre letzte Hoffnung auf die im christlichen Bauarbeiterverband organisierten Holzierer gesetzt hätten; denn schon bei den Verhandlungen machte man immer und immer wieder den Versuch, die

christlichen Vertreter in einen Gegensatz zu unsern Kollegen zu bringen; man stellte es so hin, als ob jene bereit seien, den Wünschen der Unternehmer zu entsprechen. Dieses Bemühen ist nicht neu. Die Unternehmer haben es schon zu oft angebannt und die Arbeiter wissen, welche Zwecke sie dabei verfolgen. Unsere christlichen Kollegen werden sich bestens dafür bedanken, die Rolle zu spielen, die ihnen seitens der Holzierfirmen zugebilligt wird. Sollten die Unternehmer nicht nachgeben, dann werden, davon sind wir überzeugt, die in Bochum und Dortmund dem christlichen Verbande angehörigen Holzierer, genau wie ihre Kollegen in Duisburg, Schulter an Schulter mit ihren freigewerkschaftlichen Kollegen kämpfen und nicht früher nachgeben, bis die Unternehmer ihr gegebenes Wort eingelöst und die Bedingungen anerkannt haben, die sie gemeinsam mit ihren Organisationsvertretern vereinbart und auch bereits anerkannt hatten. Unter den bestreikten Firmen befinden sich auch die Stammgeschäfte von Dreyfus & Schulte in Duisburg und Kempen sen. in Oberhausen. Die erstere besitzt Zweiggeschäfte in Berlin, Magdeburg und Hannover, Kempen sen., soweit uns bekannt ist, in Berlin und Frankfurt a. M. Die in den Filialen beschäftigten Kollegen werden daher aufgefordert, unter keinen Umständen Streikarbeit zu verrichten und, soweit sie sich auswärts befinden, unberührt ihre Absichten an ihre Zweigvereins- respektive Sektionsverbände einzufenden, damit sie jederzeit zurückberufen werden können. Einer diesbezüglichen Aufforderung ihrer Vorstände haben sie unbedingt sofort Folge zu leisten, widrigenfalls haben sie später die Folgen zu tragen. In die übrigen Bezirke, Maurer, Fliesenleger, Bauhilfsarbeiter, Stukkateure usw. richten wir das Ersuchen, überall dort, wo sie mit Holzierern zusammen treffen, sie auf diesen Anruf aufmerksam zu machen. Zugang von Holzierern nach Rheinland und Westfalen muß unbedingt ferngehalten werden.

**Vom Bau.**

**Anfälle, Arbeiterstich, Submissionen usw.**

**Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Banenstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauteilen schnellstens einen richtigen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.**

**Berlin.** Auf dem Neubau des Theaters „Groß-Berlin“ am Zoologischen Garten ereignete sich am 18. November ein schauerlicher Unglücksfall. Dem Malierer Fritz Fied, der bei der Firma Danmürrich & Co. beschäftigt war und auf genanntem Bau die Ausführung der Malerarbeiten leitete, wurde durch einen herabfallenden Mauerstein das rechte Schulterblatt durchgeschlagen. Die Verletzung erwies sich als so schwer, daß der Verunglückte nach dem Krankenhaus im Urban gebracht werden mußte. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn für genügende Umdeckung und Sicherheit der unten beschäftigten Arbeiter gesorgt worden wäre.

**Cöthen.** Am dem Neubau der Aktienbrauerei brach am 21. November eine Mützung von etwa 5 m Höhe zusammen. Die fünf darauf beschäftigt gewesenen Personen, vier Bauarbeiter und ein Knecht, stürzten mit herab und erlitten recht schwere Verletzungen. Auf Anordnung eines sofort herbeigerufenen Arztes wurden sie in das Krankenhaus gebracht. Wären die unteren Gerüstlagen nicht entfernt worden, so hätte der Unfall nicht so schwere Folgen gehabt.

**Dauzig.** Am Bau einer neuen Kesselhausanlage auf der Kaiserlichen Werft, die von dem Unternehmer König ausgeführt wird, stürzte der Kollege Szalechka am 21. November zwei Finger der rechten Hand ein. Mehrere Kollegen waren damit beschäftigt, Maschinenteile heraufzuführen. Infolge der ungenügenden Befestigung schlug eine Klappe herunter und quetschte dem Kollegen die Finger. Die Schuld an dem Unfall soll auf Unvorsichtigkeit des Monteurs zurückzuführen sein.

**Dresden.** Auf dem Neubau des Baumeisters Schwente in der Trompeterstraße fiel am 18. November der ledige Arbeiter Reich, Jakob dadurch vom Gerüst, daß die Bretter zu weit über die Auslage hinausragten und auch nicht angestrichelt waren. Jakob kam mit leichten Verletzungen davon, weil das Gerüst nur circa 1 m hoch war. — Bei demselben Baumeister, Bolter, Andre, Müldner und Marienhofstraßen-Gasse, stürzte am 22. November eine 25 cm starke Mauer ein. Ein Wogen soll die Mauer abgedrängt haben. Der Bolter lief eine Unterjochung nicht zu. Zu Schaden ist niemand gekommen; da der Unfall nach Feierabend eintrat.

Zu der Unfallmeldung in Nr. 46 über den Unfall in Striesen erhalten wir folgende Zuschrift: In Nr. 46 Ihrer Zeitschrift haben Sie geschrieben, daß der Bauhilfsarbeiter August Seidel auf dem Fabrikneubau der United Cigarette Machine Co., Limited, in Striesen durch unordentliche Gerüste zu Fall gekommen sei und sich eine Verletzung der Wirbelsäule zugezogen habe, und daß dieser Unglücksfall bereits der sechste an diesem Bau sei. Ich bin der Ansicht zu diesem Bau und habe zugleich auch die Hofausführung und erlaube Sie in dieser Eigenschaft, Ihre unrichtige Notiz richtigzustellen. Bei mir ist es Geschäftsprinzip, die äußerste Vorsicht und peinlichste Gewissenhaftigkeit bei meinen Bauausführungen und insbesondere bei Erstellung von Gerüsten walten zu lassen. Besonders habe ich, daß Gerüste unordentlich gebaut werden, und sind hierdurch in meine überaus umfangreichen und langjährigen Betriebe noch nicht Unglücksfälle entstanden. Der Vorkfall spielte sich wie folgt ab:

Seidel kam kurz nach dem Frühstück zu meinem, den Bau führenden Baumeister, Herrn Roth, der mit dem Maurer- und Zimmerpolier zusammenstand und erklärte, er sei eben oben auf dem Bau ausgerückt und mit der vollen Kalktülle gestürzt und habe sich beschädigt, er sei auf eine Falle getreten. Daraufhin wurde sofort für die weitere Hilfe des E. gesorgt und Umfrage angestellt, wer den Unglücksfall des S. mit angefaßt habe und an welcher

Stelle dieser erfolgt sei. Niemand am Bau hatte diesen Vorgang wahrgenommen. Das Gerüst wurde von dem Baumeister, Herrn Rod, und den beiden Holzeren eingehend abgesehen und konnten irgendwelche unordentliche Stellen nicht gefunden werden.

Anwärtigen arbeitete S. schon seit einiger Zeit wieder am Bau. Auf Ihre Notiz hin habe ich S. nochmals befragen lassen und gab dieser zu, von den Transportwegen abgesehen zu sein. Er habe Kalk getragen und ein Maurer habe ihn angerufen, den Kalk zu ihm zu bringen. Er habe ihm zugerufen: 'Komme gleich hier herum, ich lege ein paar Bretter her.' S. ist daraufhin von den Transportwegen abgesehen und über die von dem Maurer lose hängende Bretter gegangen und hierauf ist er abgeglitten. Der Maurer hat die Bretter dann gleich wieder weggenommen.

Sie wollen hieraus ersehen, daß keinerlei Verschulden meinerseits vorliegt. Meines Wissens nach sind in dem Betriebe der am Bau beschäftigten Eisenbetonfirma wohl einige Male Unglücksfälle eingetreten, in welchem Umfang, weiß ich nicht, da ich für diesen Betrieb nicht verantwortlich bin. Vermutlich ist nun dieser eben geschilderte Unfall, der nachweislich der erste auf dem Bau in meinem Betriebe ist, mit den in dem Betriebe der Eisenbetonfirma entstandenen Unglücksfällen verknüpft worden. Da ich mir aber nicht von Ihnen nachfragen lassen möchte, daß durch mein Verschulden beziehungsweise durch unordentliche Gerüste ein Unglücksfall entstanden ist, erzeuge ich um genaue Berücksichtigung und Feststellung in Ihrem Blatte.

Dachstuhlgeschäft Curt Reimer.

Es ist Herrn Reimer nicht zu verdenken, wenn er sich bemüht, durch Aufführung des Unfalles nachzuweisen, daß er keine Schuld daran hat. Aber er schiebt weit über's Ziel hinaus, wenn er unsere Meldung als unrichtig bezeichnet. Dafür bringt er gar keine Beweise bei. Der Hilfsarbeiter ist ausgeglitten, und er ist infolge der Beschaffenheit des Gerüsts ausgeglitten. Das beschäftigt die Zukunft. Herr R. will nur nachweisen, daß er keine Schuld daran trägt. Wir hatten das ja auch nicht behauptet, wir hätten noch nicht einmal Herrn R. genannt. Gegen die Behauptung, daß dies der letzte Unfall auf jener Baustelle sei, kann Herr R. nichts sagen, er bestreitet nur, daß bei den ihm unterstellten Arbeiten etwas passiert sei. Wir freuen uns darüber und wünschen Herrn R. und den bei ihm schaffenden Arbeitern, daß sein Betrieb auch künftig von Unfällen verschont bleiben möge.

**Gelsenkirchen.** Am 21. November verunglückte der Maurer Geim. Bedemeier auf dem Neubau der Kokssofenanlage der Zeche 'Zentrum' in Wattenfeld. Die Arbeiten werden ausgeführt von der Firma Kiefer aus Duisburg. Auf genannter Baustelle ist ein Gerüst für den Materialtransport über Schienenwege hinweg aufgestellt und mit Bohlen überdeckt. Bei jedesmaliger Durchfahrt eines Zuges mit Material unter bezeichnetem Gerüst mußten die Bohlen in die Höhe gehoben werden, weil sonst die zum Transport der Lohs benutzte Lokomotive nicht passieren konnte; das Gerüst war also zu niedrig angelegt. Als an dem Unfalltage wieder ein Zug mit Material die bezeichnete Stelle passierte, stieß ein Arbeiter Bedemeier von Bohlen der Luft, beim Gehen der Bohlen mit anzufassen, hierbei muß er wohl ausgeglitten sein, so daß er kopfüber circa 3 m abstürzte. Er schlug mit dem Kopf und einer Schulter auf die unten befindlichen Schienen auf und trug einen Knochenbruch an der Halswirbelsäule und andere nicht unerhebliche Verletzungen davon. Mittels Wagens mußte er dem Krankenhaus zugeführt werden.

**Göteborg.** Ein schwerer Baumfall ereignete sich am 14. November auf dem Neubau des Friedländerischen Wärsenhauses. Eine am 13. November nachmittags begonnene und abends spät durch Lebensunterhalt fertiggestellte Betondecke stürzte ab und riß die Arbeiter Badoch, Müller und Sommel mit in die Tiefe. Müller erlitt einen Beinbruch und mußte mittels Krankenwagens in seine Wohnung geschafft werden. Die beiden andern erlitten Kopf- und Beinverletzungen. Die Arbeit wird von der Betonfirma Allgemeine Beton- und Eisengießerei in Berlin ausgeführt. Der Einfluß ist auf mangelhaftes Absteifen der Einfassung sowie auf die unrichtige Treibrieb des Bauführers Müller, des Vertreters der genannten Firma, zurückzuführen. Auf einer Betondecke von mindestens 7 m war nur ein Unterzug angebracht; die Steifen unter diesem standen 1 m bis 1,25 m auseinander. Die ganze Decke war etwa 30 cm groß. Das bei dem Einfluß zerbrochene Material ließ deutlich erkennen, daß das zum Absteifen des Betonbaues verwendete Holz nicht einwandfrei war. Ferner fuhr man über die am Abend vorher erst fertiggestellte Decke schon am frühen Morgen des nächsten Tages mit schweren Betontransportwagen hinweg, ohne eine Fahrbrücke oder sonstige genügenden Unterlagen zur Sicherung für den Transport des schweren Materials sowie zur Schonung der Decke anzubringen. Der Einfluß beruht somit auf eine große Fahrlässigkeit der zur Beaufsichtigung der Arbeiten berufenen Personen. Da die Schuld von sich auf andere abzuwälzen, behauptet die Firma in einer Richtigkeitsung in den Götterischen Tagesblättern, die über den Unfall berichteten, nicht die mangelhafte und ungenügende Absteifung der Einfassung kenne die Schuld an dem Einfluß, sondern von böswilliger Schuld seien in der Firma des Einflußtages die Reile der Steifen gelodert worden; durch die Erschütterung des über die Decke fahrenden Transportparkens hätten die Steifen nachgegeben, so daß der Einfluß erfolgen mußte. Diese Behauptung ist eine schwere Beschuldigung der am Bau beschäftigten Arbeiter; denn andere Personen haben zum Bau keinen Zutritt. Keinem Arbeiter wird es einfallen, durch ein solches Verbrechen sich selbst und seine Kollegen in Lebensgefahr zu bringen. Die Arbeiter werden aus dieser nichtswürdigen Beschuldigung ihre Nutzenwendung ziehen.

**Hamburg.** Am 16. November fiel auf dem Bau Hofhof dem Dachdecker Meyer ein Dachpappe ins Gesicht. R. mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Auf dem Bau am Weidenstieg brach am 18. November ein Ausleger am Schußdach. Dabei stürzte der Zimmerer Rief vom Schußdach ab. — Am 19. November stürzte am

Ellerholkanal der Zimmerer S. Keuber von der Kaimauer ab. Er wurde ins Krankenhaus transportiert, wo er kurze Zeit darauf seinen Verletzungen erlag.

**Kreuznach.** Am Archäurenbau ereignete sich am 16. November ein Unfall, der schlimme Folgen hätte haben können. Ein Arbeiter war mit Ausschichten der Fundamente beschäftigt. Dabei rutschte das Erdreich infolge schlechten Ausbaues zusammen und vergrub den Arbeiter bis an die Schultern. Auf dieser Baustelle ist die Gesundheit der Arbeiter überhaupt sehr gefährdet. Die Firma Bastian & Kaiser aus Köln an der Nahe hat die Abrisse und Ausschichtungsarbeiten auszuführen. Die Fundamente werden mittels Dynamit gesprengt. Durch ein kurzes Signal erschollen die Arbeiter das Zeichen, ihre Arbeitsstelle zu verlassen. Dabei tracht aber auch schon der Schuß. Daß bei dieser Arbeitsweise noch niemand verletzt wurde, ist zu betonen. Nur so sehr noch, als die Firma Schäfer & Patzsch, die die Maurerarbeiten ausführen läßt, den für sie beschäftigten Maurern verbieten hat, ihre Plätze zu verlassen. Bei der Firma Bastian & Kaiser fehlt die Baubede. Bei der Firma arbeiten ungefähr 70 bis 80 Mann, denen jeder Schutz vor Regen und Unwetter fehlt. In den Baueinrichtungen liegen sie im Freien herum. Mit der Einhaltung der Bauarbeiter-Schutzvorschriften ist es an dieser Baustelle somit sehr schlecht bestellt. Es fehlt an einer durchgreifenden baupolizeilichen Kontrolle und ganz besonders an der organisatorischen Geschlossenheit der betreffenden Kollegen. Wir müssen die unsern Verband noch nicht angehörenden Kollegen als Mitglieder gewinnen, denn werden wir auch dem Schutz der Bauarbeiter bester Nachdruck geben können.

**Leipzig.** Am 19. November fiel auf dem Gelände der Bauausstellung ein Zimmerer von einem Dachparterre circa 4 1/2 m hoch herab. Er trug eine Gehirnerschütterung davon und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. — Am gleichen Tage fiel an einem Schuppenbau in der Kaiserin-Augusta-Strasse ein Arbeiter in die circa 2 m tiefe Ausschichtung. Er trug eine Hüftenverletzung davon und wurde nach dem Krankenhaus gebracht. — Am 22. November stürzte an dem Probantengebäude in der Heerstraße ein für Klempnerarbeiten errichtetes Gerüst zusammen. Dabei fielen zwei Klempner herunter. Der eine kam mit dem Schreden davon, während der andere einen Beinbruch erlitt.

**München.** Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am 20. November am Neubau der Firma A. Goldmann in der Jägerstraße. Dort stürzte der Kollege Theodor Höfler aus Notdach bei Heilbronn ungefähr 5 m ab, er schlug mit dem Kopf so unglücklich auf einen scharfkantigen Balken, daß er wenige Stunden darauf starb. Verhuldet ist dieser bedauerliche Unfall durch das nicht ordnungsgemäß hergestellte Gerüst. An der Fassade entlang führte eine Laufbrücke auf ein Gerüst am Giebel, das nicht ganz auf Stützbohlen lag. Über diesem Gerüst lag ungefähr 60 cm höher ein zweites Gerüst, zu dem als Tritt ein auf zwei Wandlückenunterstützen gelegtes Brett führte. Das Brett war etwas zu lang oder die Unterlaken zu nahe beieinander, daß der Kollege auf das nicht unterste Ende des Brettes trat und dadurch zu Fall kam. Die Brunnwehre war für das obere Gerüst angebracht und demnach für die Staffel zu hoch, so daß Höfler unter der Brunnwehre hinaus fiel. Wäre die Brunnwehre auf einer dem Umfang entsprechenden Höhe angebracht, sowie die Staffel selbst in Ordnung gewesen, wäre dieser Unfall nicht vorgekommen. So mußte erst ein Menschenleben geopfert werden, damit dieser Zustand geändert wurde. Die am Bau beschäftigten Personen selbst hatten den Abtritt nicht wahrgenommen. Dagegen hatte ein Kollege von einem Nachbarbau das Vorkommen beobachtet, der dann auch als Zeuge benannt wurde. Am Abend erhielt dieser Kollege keine Entlohnung. Weil darin eine platte Mahrregelung lag, nahmen seine Mitkollegen am nächsten Morgen die Arbeit nicht eher auf, bis er wieder eingestellt war und die Baueinigung aufgestellt hatte, den bei der Schlichtung dieser Sache entstehenden Lohnausfall zu zahlen.

**München.** Am 22. November verunglückte auf dem Neubau Siegel & Schöde der für die Firma M. Dressel an dem Maschinenbau beschäftigte Betonarbeiter Michael Klein. Er kam dem Seil des Aufzuges zu nahe und zog sich eine Quetschung an der Hand zu. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß nachts ohne Beleuchtung gearbeitet wurde. Bei der Firma werden fortwährend Heberzungen bis abends 8 Uhr gearbeitet. Zu betonen ist, daß nicht schon mehr Unfälle vorgekommen sind. Die Schuld trifft weniger die Firma als den Arbeiter.

**Internationale Bauausstellung Leipzig 1913.** Die Vorbereitungen zu der internationalen Bauausstellung sind nun soweit vorgeschritten, daß man sich allmählich ein Bild davon machen kann, was die Ausstellung bieten wird. Wir werden versuchen, in zwanglosen folgenden Aufsätzen und Notizen einen Einblick in den Reichtum und die Vielfältigkeit der Ausstellung zu geben.

**Die ältesten Wohnstätten des Amerischen.** Die ältesten und damit wohl auch primitivsten Wohnstätten des Menschen zu erforschen, ist seit langem schon das Ziel der Altertumsforschungen. Hierbei kommt ihnen die Völkervölker zu Hilfe mit ihren Kenntnissen der eisenzeitlichen Wohnanlagen der am Tieffen in der Kultur stehenden Völker. So wissen wir jetzt, daß ein einfacher Windhuh aus Wälder oder Zweigwerk, wohl auch aus Baumrinde hergestellt, die Urform jeglichen Wohnbaues darstellt, und daß erst durch seine Fortentwicklung in viel späteren Zeiten nach verschiedenen Richtungen vollständiger Wohnbauten hergestellt wurden. Dem Schutz vor Unbilden stehenden Elementen, der noch keine festen Wohnbauten kannte, kam die Natur zu Hilfe, und wenn Schiller schreibt: 'Scheu in des Gebirges Klüften, barg der Troglodite sich', hat er damit eine der primitivsten Wohnweisen treffend gekennzeichnet.

Die großen, aus dem Schlamm uralter Meere gebildeten Kalkgebirge bieten, die ja allgemein bekannt ist, in ihren Klüften und zu Höhlen erweiteren Spalten Unterschlupf in gefährlichen Zeiten und eine trockene Behausung bei Wind und Wetter. Derartige Höhlen in naturgetreuer Nachbildung zu zeigen, wird eine der Aufgaben der wissen-

schaftlichen Abteilung der Bauausstellung sein. Das 'Kehlerloch', eine große Höhlenhöhle bei Thajagen im Kantons Schaffhausen, ist als erstes Beispiel gewählt worden. Schon der Name Kehlerloch deutet darauf hin, daß die umherstreifenden Jägerstämme gern in dieser Höhle ihr Lager aufschlugen. Und wie es heute noch geschieht, so ist es vor Jahrtausenden der Fall gewesen, wie Nachgrabungen beweisen, die in dem Höhlenwesen angefertigt worden sind. Kulturüberreste aus der älteren Steinzeit, also einem der frühesten Abschnitte der menschlichen Kulturentwicklung, lagern sie unter Erdigkeit, die der Mensch der jüngeren Steinzeit aus seinen Speiseüberresten und Abfallstücken anhäufte. Es folgen Kulturschichten aus der Bronzezeit, der frühen Eisenzzeit, bis wir mit der römischen Zeit schon in geschichtliche Perioden gelangen. Wir können also eine fortwährende Befestigung von den ältesten bis zu den jüngsten Zeiten feststellen, die immer wieder dadurch bedingt war, daß eine prächtige, offene Halle zum Niederlassen einlud.

Aber derartig vorzüglich geeignete Höhlen sind doch verhältnismäßig selten. Wir wissen, daß die Befestigung schon in der älteren Steinzeit gerade in diesen Kalkgebirgen weit ausgebreitet war; die Höhlen allein reichten daher nicht zu, Ebdach zu gewähren. Auch hier kam die Natur wieder dem Menschen zu Hilfe. In den Talwänden waren von den vollkommen wogerecht lagernden Schichten die weideren sehr leicht und rasch verwittert, die härteren dagegen erhielten sich sehr lange und bilden noch heute jene überhängenden Felskuppeln, welche die Frangonen mit dem Ausdruck 'abris sous roche' bezeichnen. Eines der schönsten Beispiele dieser Art wird die Bauausstellung im Modell des Schweizerbildens bei Schaffhausen zeigen. Die Verhältnisse liegen hier ähnlich wie beim Kehlerloch. Unter dem Schutz vor Regenwässern blickenden Felsbänke hatten sich früh schon Menschen der Steinzeit angesiedelt. Ihre Speiseüberreste und Abfälle vermischt sich mit den herumverbrockelnden Felsgerüststrümmern und bildeten wieder der Boden für die Leute der jüngeren Steinzeit. So ging es fort durch die Bronzezeit, die frühe Eisenzzeit; glatte Kuppeln, Klaffen, Risse und Papierabfälle weisen darauf hin, daß hier noch in unsern Tagen müde Wanderer ihre Rast hielten.

Dr. J.

**Das Trockenheizen von Bauten.** Bei der herrschenden Gewohnheit die Neubauten in einem beschleunigten, man könnte fast sagen rauchenden Tempo fertigzustellen, um die Baugeschäfte möglichst heranzuziehen und die Wohnungen recht schnell bezugsfähig einzurichten, bietet die Austrocknung der Bauten mancherlei Schwierigkeiten. Diese liegen darin, daß man den natürlichen Trockenprozeß, der je nach der Witterung und nach dem Feuchtigkeitsgehalt der Luft kürzere oder längere Zeit dauert, auf künstliche Weise beschleunigen muß, ohne daß ein dauernder Schaden an den Bauteilen selbst oder an der Gesundheit und dem Mobiliar der Einwohner entsteht. Um die geeigneten Mittel zur künstlichen Austrocknung zu finden, wird man sich zunächst für zu machen haben, in welcher Weise der natürliche Trockenprozeß vor sich geht. Wie wohl vielen bekannt ist, wird zur Herstellung des Baubrottes sogenannter Estrichfall verwendet; der durch Brennen des totholzfähigen Kalksteins gewonnen wird. Beim Brennpneze entweicht das in den Kalksteinen gebundene Wasser sowie die Kohlenäure. Dadurch entsteht der 'gebrannte Kalk', der auch Kestfall genannt wird. Setzt man diesem Kalk wieder Wasser zu, so wird er in Weizfall verwandelt. Dieser Weizfall wird mit Sand vermischt, wodurch der zum Mauern oder Putzen fertige Mörtel entsteht. Der Erstarrungsprozeß des Mörtels vollzieht sich in der Weise, daß der Kalk die in der Luft enthaltene Kohlenäure aufsaugt und das in dem Mörtel enthaltene Wasser abgibt. Hierbei handelt es sich nun nicht nur um das Verbunden des dem Kalk zugesetzten Wassers, sondern auch um die Abgabe des chemisch gebundenen Wassers. Und gerade dieser Vorgang behindert den Trockenprozeß so ungemein, da er nicht eher beendet ist, bevor nicht auch der Mörtel vollständig erhärtet ist. Ein solcher Erstarrungsprozeß kann oft jahrelang dauern. Während dieser Zeit wird nun das Mauerwerk stets feucht bleiben. Wenn nun ein Bau anscheinend ganz trocken 'unter Dach' gebracht worden ist, so kann man die Beobachtung machen, daß, sobald die Räume bezogen worden sind, das sogenannte Ausschweichen der Wände beginnt. Diese Erscheinung erklärt sich daraus, daß die durch die Ausdünstungen der Bewohner gebildete Kohlenäure dem Mörtel zufließt. Durch diesen Vorgang entstehen, wenn nicht sofort wirksame Maßregeln dagegen getroffen werden, feuchte und ungesunde Wohnungen, die wahre Brutstätten von Bakterien sind und die Schwammbildung begünstigen. Man hat versucht, dem Ausschweichen vorzubeugen, indem man den in dem Mörtel enthaltenen Kestfall in schwefelsauren Kalk (Gips) überführte. Zu diesem Zweck wurde eine Eisen- oder Kupferbitrillösung auf die Ruyflächen gestrichen. Die in der Lösung enthaltene Schwefelsäure verband sich mit dem Kestfall zu Gips, und Wasser wurde abgegeben. Dabei entwickelte sich eine beträchtliche Wärme, wodurch das Wasser schnell verdunstete. Die Krosteln konnten daher auch nur bei geöffneten Fenstern vorgekommen werden. Dieses Verfahren war äußerst billig und hatte dabei noch den Vorteil, daß der Putz eine gleichmäßige angenehme grüne Farbe erhielt. Inzwischen ist ein solches Verfahren nur ein Notbehelf, da die Wirkung von bestimmten Voraussetzungen abhängig ist. Die einfachste und bei weitem geschickteste Methode ist die Verbrennung von Koks in sogenannten Kestföhrnen mit offenem Feuer. Bei einmaliger Gelegenheit gehalt hat, sich in solchen Räumen aufzuhalten, in denen diese offenen Feuer glühen, und wer beobachtet hat, welche Verbrennungen die den Räumen entstehenden schwebeligen Gase und die intensive Eigenentzündung an den Fußböden angebracht haben, der wird bringen von der Verwendung dieser offenen Kestföhrnen abraten. Der Trockenprozeß ist nicht nur ein gewalttätig herbeigeführter, sondern er verhinert auch, daß die Sandböden des Mörtels mit dem Kalk eine unige Kestföhrnenbildung eingehen. Der Mörtel wird mürbe und zerfällt häufig zu Pulver. Der natürliche Erstarrungsprozeß wird unterbrochen, und sobald die Räume

Bewohnt sind, stellen sich die Schäden ein. Weitere Verluste mit Verbrennung von Marmorbrücheln oder Magnesia haben zu keinem befriedigenden Resultat geführt. Bessere Erfolge hat man bei der Verwendung von Trockenheizapparaten erzielt, die den zu trocknenden Männen dauernd erhitze, trockene, warme Luft zuführen. Die Apparate sind so gebaut, daß sie die warme Luft nach oben hin abgeben und die bei der Verbrennung des Heizmaterials entstehenden Gase in Verbindung mit der feuchten Zimmerluft unmittelbar nach außen oder in einen Schornstein abführen. Dieser Vorgang entspricht vollkommen der natürlichen Trocknung. Ein Hauptvorzug dieser Methode liegt darin, daß die Arbeiter, Stud- und Putzarbeiten usw. durch den Betrieb dieser Defen in keiner Weise beeinträchtigt werden, da er für Menschen unschädlich ist. Wenn auch die Beschaffung solcher Trockenapparate teurer ist als die gewöhnlicher Heizkörper, so ist der Heizbetrieb doch billiger und wirksamer. Die höheren Heizungsstellen werden durch die geringen Unterhaltungsstellen wieder reichlich ausgeglichen. Die beste Methode, einen Bau trocken zu heizen, ist und bleibt der Betrieb einer Zentralheizung, falls eine solche vorzuziehen ist. Sobald die Putzarbeiten fertiggestellt sind, wird der Heizbetrieb aufgehoben und es geht nicht eher, bevor nicht alle Mieter ihre Räume bezogen haben. Geht es gar in den Winter hinein, so darf der Heizbetrieb auf keinen Fall eine Unterbrechung erleiden.

**Armiertes Beton als Straßensplaster.** Eine gänzlich neue Anwendung des Drahtnetzes hat man in der amerikanischen Stadt Plymouth, Wisconsin, gemacht. Um das Straßensplaster aus Beton weislandsfähiger gegen Hitze und Kälte sowie auch zäher zu machen, hat man es auf folgende Weise hergestellt: Auf eine Betonunterlage bettete man eine Schicht Drahtgeflecht und füllte dann mit Beton bis oben hin auf. Um ein Gleiten von Automobilitreifen zu verhindern, wurde die Oberfläche geraut, solange der Beton noch weich war, bestreute man ihn mit Granitkörnchen, die in die Oberfläche eingewalzt wurden und feinerfleck Unebenheiten verursachten, jedoch einen wirksamen Schutz bei feuchter Witterung bilden und nebenbei auch noch das Leben des Splatters verlängern. Um der Ausdehnung die Hitze gerecht zu werden und Sprünge zu verhindern, wird der Beton durch Zwischenlagen von ein- zu achtzölligen Holzbohlen in monolithische Blöcke von 12 m im Quadrat geteilt. Die Bretter sind in gleicher Ebene mit der Oberfläche des Betons gelegt, so daß sie sich gleichmäßig mit der Oberfläche abnutzen. Das Splaster wurde im Sommer 1910 gebaut und soll sich bis jetzt bemerkenswert gut gehalten haben. Cth.

**Reinigung von Steingebäuden durch den Sandstrahl.** Bei dem neuen Postgebäude in New Orleans, dessen Ausführung die Blue Ridge-Marmorgesellschaft zu Newell im Staate Georgia übernommen hatte, wurde mit großem Erfolge eine neue Methode der aufräuberischen Reinigung des Baues vor Uebergabe an die Endnutzgeberin, die Regierung, angewandt. Man benutzte hierfür die Reinigung durch das Sandstrahlgefäße. Nun ist zwar die Anwendung des Sandstrahles zur Reinigung und Renovierung alter Gebäude nichts Neues mehr, doch für neue Arbeit konnte man bisher nichts anderes als Säuren und Reinigen durch Säuren. Der Baumeister Gamble, welcher im Auftrage der Gesellschaft das genannte Werk ausführte, hat einige Neuerungen für den Sandstrahlapparat zur Einführung gebracht. Die dessen gewöhnlicher Form ist der Sand in einem ungelagerten Reservoir enthalten, aus dem er durch die komprimierte Luft ausgetrieben wird. Gamble erzielt den gleichen Effekt auf weit einfachere Weise. Durch Saugen aus dem Luftkanal wird der Sand in die Sandröhre eingesaugt, und zwar von einem kleinen Sandhaufen aus, in den das Einmündungsende dieser Röhre hineingeht. Der Sandhaufen wird gespeist aus der unteren Oeffnung eines offenen Reservoirs, das etwa einen Kubfuß Sand füllt und auf dem Geziell leicht nach Wunsch von einer Stelle zur anderen verlegt werden kann. Der Sand kann nachgefüllt werden, ohne den Reinigungsprozess zu unterbrechen, was an sich schon einen ausgeprochenen Vorzug vor dem älteren Verfahren bedeutet. Eine zweite Vorrichtung reguliert automatisch die Tätigkeit des Luftkompressors, um zu verhindern, daß der Luftdruck über ein bestimmtes Maximum hinausgehen kann. Cth.

## Soziales.

**m. Unfallhäufigkeit und entzündete Unfälle im Berliner Baugewerbe von 1885 bis 1911.** Das Berliner Baugewerbe hat schon von jeher eine starke Unfallbelastung aufzuweisen. Die Gründe hierfür liegen nicht nur darin, daß gewissenlose Unternehmer nicht in ausreichendem Maße für den erforderlichen Schutz gegen die Betriebsgefahren sorgen, sondern die große Unfallhäufigkeit ist auch auf die durch fortwährende Antreiberei verursachte heftige Arbeitsweise, die in Zeiten niedrigerer Konjunktur direkt zur Schinderei in des Wortes wahrster Bedeutung ansetzt, zurückzuführen. Wenn auch zuzugeden ist, daß der Bau von hohen Gebäuden eine größere Unfallgefahr mit sich bringt, so steht doch fest, daß diese größeren Gefahren bei einigem guten Willen der Unternehmer durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen wesentlich vermindert werden können. Allein hieran mangelt es! Die Mehrzahl der Berliner Bauunternehmer sieht auf dem Standpunkt der größtmöglichen Ausnutzung der Arbeiter; die Frage des ausreichenden Schutzes für Leben und Gesundheit der am Bau beschäftigten Arbeiter ist für sie daher nur von untergeordneter Bedeutung. Die strikte Durchführung der Vorschriften über die Vermeidung von Unfällen kostet dem Unternehmer nicht nur Geld, sondern sie bedeutet auch eine Einschränkung der wilden Bauweise. Das weiß niemand besser als gerade solche Unternehmer, von denen man in Berlin sagt, daß sie wohl sieben Häuser besitzen aber trotzdem keine Schlafstelle haben. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß bei den sogenannten soliden Firmen alles in bester Ordnung ist. Im Gegenteil, auch bei vielen von diesen Firmen bleibt in Bezug auf den

Bauarbeiterschutz noch so manches zu wünschen übrig. Erfreulicherweise haben sich seit dem Jahre 1904, wo beim Abbruch der Flora in Charlottenburg durch Herabstürzen einer Saaldecke elf Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden, in Groß-Berlin keine Massenunfälle mehr ereignet. Hierbei sei noch erwähnt, daß am 22. August 1887 bei der Aufmauerung des Hauptgiebels des Siedenhauses in der Prenzlauer Allee acht Maurer mit dem abstürzenden Giebel in die Tiefe stürzten und sämtlich den Tod erlitten. Nachstehende Aufzählung gibt darüber Auskunft, wieviel Unfälle bei der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Sektion I. in Berlin von 1885 bis 1911 gemeldet wurden.

Jahr	Beschäftigte Arbeiter	Gesamte Unfälle	Entschädigte Unfälle	Todesfälle	Auf 1000 versicherte Arbeiter			
					Gesamte Unfälle	Entschädigte Unfälle	Todesfälle	
1885/86	43000	1162	216	36	27,02	5,02	0,84	18,50
1887	50909	1353	325	54	26,58	6,38	1,06	24,02
1888	54763	1458	324	40	26,62	5,92	0,73	22,22
1889	60338	1981	340	43	32,00	5,63	0,71	17,60
1890	63953	2078	422	52	32,50	6,60	0,81	20,30
1891	66348	2824	659	58	39,55	8,58	0,87	21,70
1892	64580	2591	669	68	40,13	10,21	1,05	25,40
1893	61189	2780	685	62	45,43	11,19	1,01	24,60
1894	54681	2810	581	48	51,48	10,64	0,88	20,70
1895	52614	3188	664	43	60,50	12,62	0,82	20,90
1896	55622	3502	765	48	62,96	13,75	0,86	21,80
1897	55877	3728	679	55	66,72	12,15	0,98	18,20
1898	59765	3938	685	55	65,89	11,18	0,92	16,80
1899	63088	4149	623	53	65,77	9,88	0,84	15,02
1900	72029	4518	618	50	62,72	8,62	0,70	13,59
1901	65425	4117	581	40	63,00	8,88	0,61	14,11
1902	73986	4785	539	55	64,72	10,00	0,74	15,44
1903	87638	5784	601	59	66,00	9,14	0,67	13,85
1904	100198	6768	830	64	67,55	8,28	0,64	12,26
1905	108598	7084	690	68	65,04	6,35	0,63	9,77
1906	118655	7355	607	66	63,06	6,00	0,57	9,61
1907	99956	6152	581	65	61,55	5,81	0,65	9,44
1908	89676	5586	502	49	62,29	5,60	0,55	8,99
1909	92188	6148	481	52	65,90	5,20	0,56	7,82
1910	98748	6559	474	49	66,42	4,80	0,50	7,23
1911	98108	6456	461	57	65,81	4,70	0,58	7,14

Diese trocknen Zahlen zeigen so recht deutlich, wie sehr im großstädtischen Baugewerbe Leben und Gesundheit der Bauarbeiter bedroht sind. Nicht weniger als 108.580 Berliner Bauarbeiter haben von 1885 bis 1911 mehr oder minder Schaden an ihrer Gesundheit erlitten und 1389 sind während des gleichen Zeitraums tödlich verunglückt; die Gesamtzahl der entzündeten Unfälle beträgt 14.978. Wahrlich: Menschenopfer unerhört! Wieviel frohendes Gesundheit würde erhalten geblieben sein und wieviel hunderte von blühenden Menschenleben wäre nicht ein frühzeitiges Ende bereitet worden, wenn es keine Unternehmer gäbe, die im Interesse des Profits den Arbeiterschutz vernachlässigen? Allein darüber sollen die organisierten Berliner Bauarbeiter selbst Betrachtungen anstellen. Es handelt sich hierbei um ihre eigene Sache: um ihr Leben und ihre Gesundheit, um die höchsten und einzigen Güter, die sie als Arbeiter besitzen. Von dieser Erkenntnis ausgehend, ist der Kampf für einen größeren Schutz für Leben und Gesundheit eine hohe ethische Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters. Zur Förderung des Bauarbeiterschutzes wird man sich auch damit beschäftigen müssen — und zwar nicht nur in Berlin — ob es nicht ratsam sei, bei den Berufsgenossenschaften den Antrag auf Anstellung von Baukontrolloren aus den Reihen der organisierten Arbeiter zu stellen, zumal da die Anstellung von Arbeitern zur Ueberwachung der Betriebe nach § 875 der Reichsversicherungsordnung zulässig ist. Es wird sich ja dann zeigen, was Geistes Kinder die Berufsgenossenschaften sind! — Nun zum Krebszahn in der Unfallversicherung. Wenn auf der einen Seite die Unfallhäufigkeit im Berliner Baugewerbe seit 1897 fast die gleiche geblieben ist, so ist auf der anderen Seite von dieser Zeit an ein starker Rückgang der entzündeten Unfälle zu verzeichnen. Auf 1000 versicherte Arbeiter entfielen 1897 12,16 entzündete Unfälle, gegen 4,70 im Jahre 1911. Es ist dies eine Erscheinung, die sich bei allen Berufsgenossenschaften bemerkbar macht. Die Gründe hierfür dürften zum größten Teil auf die veränderte Rechtsprechung in Unfallsachen zurückzuführen sein. — Mit dem vorstehenden geben wir den Berliner Kollegen authentisches Material über die Unfallhäufigkeit in Groß-Berlin an die Hand. Mögen sie es in ihrem Interesse überall da verwenden, wo sich ihnen hierfür Zeit und Gelegenheit bietet. Der großen Sache des Bauarbeiterschutzes kann dies nur förderlich sein.

## Soziale Rechtsprechung.

**Verweigerter Bezahlung für die Zeit früheren Arbeiterschlusses.** Der Maurermeister Pust in Altrahlstedt verweigerte die Zahlung für die Zeit, während der an den Verordneten vor Ofnern und Pfingsten sowie in der Sommerarbeitszeit infolge des früheren Arbeiterschlusses nicht gearbeitet wurde. An den Sommerenden vor Ofnern und Pfingsten trat der Arbeiterschluss zwei Stunden und an den übrigen Sommerenden der Sommerarbeitszeit eine halbe Stunde früher ein als an anderen Arbeitstagen. Eine Anzahl der bei Pust beschäftigten Arbeiter machten ihren Anspruch auf Bezahlung für die genannte Zeit auf gerichtlichem Wege geltend. Das Amtsgericht in Ahrensburg beurteilte den beklagten Unternehmer am 8. November 1911 zur Zahlung und Nachzahlung der Freistunden. Siegenen legte er Verurteilung bei dem Landgericht in Altona ein. Der Vertreter der Arbeiter, Rechtsanwalt Dr. Herz zu Altona, beantragte

die Verurteilung abzuweisen. Am 17. Oktober 1912 hat die 5. Hofkammer des Landgerichts in Altona nach mündlichem Verhandlung unter Mitwirkung des Landgerichtsdirektors Dr. Hartmann, des Landgerichtsrats Schiff und des Landrichters Schmidt für Recht erkannt: Die Verurteilung des Beklagten gegen das Urteil des Ngl. Amtsgerichts zu Ahrensburg vom 8. November 1911 wird kostenpflichtig zurückgewiesen.

**Entscheidungsgründe:** Die frist- und formgerecht eingelegte Verurteilung ist unbegründet. Verfehlt ist zunächst die Bemängelung der Zulässigkeit der Klage gegen den Beklagten auf Grund § 162 Absatz 2 der Gewerbeordnung. Es genügt in dieser Beziehung auf die Ausführungen der Entscheidung des Reichsgerichts vom 20. Januar 1910, Band 73, S. 100, hinzuweisen, wonach die Anwendbarkeit dieser Bestimmung sich nur auf Verordnungen bezieht, die über den Lohnkampf und seine Führung verfügen, gerade die Bedingung des Lohnkampfes und die Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Gegenstand haben. Es fragt sich deshalb nur, ob die Vereinbarung, die am 19. Juni zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und 19 Arbeitnehmern getroffen worden ist, um deswillen für das Verhältnis der Parteien ohne Wirkung ist, weil der Beklagte nach seiner Beschäftigung am den 1. März 1911 herum mit den von ihm beschäftigten Arbeitern die Vereinbarung getroffen habe, daß die Gesellen eine Lohnerhöhung von 3 für die Stunde erhalten, dafür aber die halben Stunden am Sonnabend nicht mitbezahlt werden sollten. Es stellt an jedem erkennbaren Grund, warum diese Vereinbarung die Geltung der späteren vom 19. Juni 1911 igeordnete sollte beeinträchtigen können. Unfreiwillig waren die damals in Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer absehenden Personen auch Vertreter des Beklagten und der Kläger, die es vor ihnen vertretenen Organisationen angehörend, und den bot nicht behauptet, daß ihre Vertretungsbeziehung zur Festsetzung der Lohnbedingungen bezüglich der zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern freitig gewordenen Punkte, mozu die Beziehung der Freistunden seit dem 15. März 1911 gehörte, irgendwie eingeschränkt war. Sie handelte deshalb im Rahmen ihrer Vollmacht, wenn sie die Nachzahlung des Lohnes für die Freistunden vom 15. März 1911 ab beschlossen und waren nicht die Zeit, sich auf die Regelung dieser Lohnfrage bloß, für die Zukunft zu beschränken. Die von ihnen im Rahmen ihrer Vollmacht getroffene Abmachung band aber die von ihnen vertretenen Personen und damit auch die Parteien, so daß der Anspruch der Kläger vom Vorderrecht mit Recht für den Grund nach gerechtfertigt erklärt ist.

**ff. Eine wichtige und grundsätzliche Entscheidung aus den Gebieten der Krankenversicherung und der Witwenversicherung.** Die Ortskrankenkasse der Stadt Gera bestimmt in ihrem Statut, daß Klassenbeiträge infolge Lohnänderungen nur von Monat zu Monat, und zwar am ersten des Monats, erfolgen. Der Maurer S. in Gera bezog seit dem 17. März 1911 einen höheren Lohn als vorher, so daß er mit dem 1. April 1911 in die erste Mitgliederklasse beriet wurde. Am 31. März 1911 erkrankte er infolge eines Betriebsunfalles. Er beanspruchte nun das Krankengeld der ersten Klasse, das er auch zunächst erhielt. Nach einigen Wochen zahlte die Kasse aber nur noch das Krankengeld der zweiten Klasse, auf das er nach der erwähnten statutarischen Bestimmung nur Anspruch haben sollte, und zog das angeblich zu viel gezahlte Krankengeld von dem fälligen Krankengelde ab. Dagegen erhob S. Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, dem Stadtrat von Gera. Er erklärte die statutarische Bestimmung der Krankentasse für ungesetzlich. Diese Bestimmung könne nur den Zweck haben, die Beitragszahlung zu regeln, sie sei nur eine Ordnungsvorschrift; das höhere Krankengeld müsse aber von dem Tage an gezahlt werden, an dem die Lohnklasse erfolgt ist. S. bezief sich auf die Kommentare von Schön und Hoffmann.

Die Kasse stellte sich auf den Standpunkt, daß die angegriffene Bestimmung des Statuts dem Geleche nicht widerspreche; sie führte Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung an, die eine derartige Vorschrift im Statut statulieben, und sie meinte, daß, weil der Erkrankte vor der Verletzung in die erste Klasse erwerbsunfähig wurde, er nur auf das Krankengeld der zweiten Klasse Anspruch habe. Die Aufsichtsbehörde gab der Kasse recht und wies die Beschwerde zurück. Die Entscheidung wurde dem 26. Mai 1911 zugestellt. Er erhob dagegen am 21. Juni 1911 beim Amtsgericht in Gera zu Protokoll des Gerichtsschreibers Klage, die der Ortskrankenkasse am 1. Juli 1911 zugestellt wurde.

Das Amtsgericht wies den Kläger mit seiner Klage durch Urteil vom 31. August 1911 ab, weil die Klage nicht rechtzeitig erhoben worden sei. Sachlich vertrat das Amtsgericht in den Urteilsgründen folgende Ansicht: ... erachtet der Anspruch (des Klägers) sachlich berechtigt. Der § 10 Absatz 4 des Statuts der Ortskrankenkasse Gera enthält die Bestimmung, daß bei Änderungen des täglichen Arbeitsverdienstes die Verletzung in die entsprechende Klasse stattfinden muß, jedoch nur von Monat zu Monat. Im Gegenfah zu dem im Anfluh an Sahns Kommentar vom Kläger vertretenen Standpunkt ist hierzu zunächst folgendes zu bemerken:

Dieser Bestimmung zur die Auslegung zu geben, daß es sich dabei lediglich um die **Verurteilung** der Klassenzugehörigkeit handelt, während sich die materielle Verletzung unabhängig davon schon durch den Eintritt in die andere Lohnklasse vollzieht (so Schön, Arb.-Verf., Bd. II, S. 200), erscheint verfehlt. Die Bedeutung dieser Bestimmung ist vielmehr zweifelslos die, den Zeitpunkt festzusetzen, in dem Beiträge und Unterhaltungen derart infolge der Verletzung in eine andere Klasse ändern. Denn der Zweck der Bestimmung ist offenbar der, bei den vielfachen Schwankungen in den Lohnfahen der einzelnen Mitglieder im Interesse der einfacheren Buchführung eine einigermaßen stetige Norm zu schaffen. Es ist nun nicht erfindlich, inwiefern eine solche Statutenbestimmung dem Zweck der Kasse oder den gesetzlichen Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes zuwiderlaufen und demnach nach § 21, 1 c



Dieser bis 1910. dauernden Tarifperiode ist der dritte Abschnitt geteilt; in ihr ist besonders der heisse und ähne Kampf um den Arbeitsnachweis bemerkenswert, der, ungeachtet des bestehenden Vertrages, das Münchner Baugewerbe in einen Kriegszustand versetzte. Der vierte Abschnitt spiegelt noch deutlicher die tiefgreifende Wandlung im Wesen der Kämpfe und Tarifverträge des Baugewerbes wider, denn der Vertrag von 1910 war das Ergebnis des großen Kampfes, an dem das Münchner Baugewerbe hervorragend beteiligt war. Die Tarifverträge dieser letzten Periode werden eingehend geschildert; sie beziehen sich vornehmlich auf die schwarzen Listen und die Affordarbeit. Mit einem Ausblick auf die Erneuerung der Tarifverträge im Jahre 1913 schließt das Buch.

Es ist sicher ein glücklicher Gedanke, das Werden und Wachsen der Tarifverträge an einem Schulbeispiel und unter Einbezug auf alle technischen Einzelheiten zu schildern. Auch die Wahl Münchens ist in dieser Hinsicht ein guter Griff, denn hier drängt sich die charakteristische Entwicklung auf einen zeitlich engen Raum zusammen. Der Gedanke ist in dem Buche sauber ausgeführt worden; seine klare Systematik und gewissenhafte Gründlichkeit sind kaum zu übertreffen, und seine strenge Sachlichkeit genügt den peinlichsten Forderungen. Wir nehmen darum keinen Anstand, das Buch warm zu empfehlen.

Im Verlag von J. G. B. Dieb Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen als Nr. 25 der kleinen Bibliothek: **Von Ziffert nach Zaunroger. Von Franz Ring.** Mit kritischer Sichtung der überreichen Literatur, namentlich auch des archivalischen Materials, das in den letzten Jahrzehnten von bürgerlichen Forschern ans Tageslicht gefördert worden ist, schildert der Verfasser mit all den bekannten Vorzügen seiner Darstellungsweise die preussisch-deutsche Geschichte von 1807 bis 1812, und in einem hier anschließenden Bande die Periode von 1813 bis 1819.

Sein Zweck war nicht nur, gegenüber der Jubiläumsliteratur, die gegenwärtig mit mehr oder minder gefärbten Darstellungen den Büchermarkt überschwemmt, ein getreues Bild der Ereignisse zu geben, sondern ebenso das historische Wesen des preussischen Staates den deutschen Arbeitern verständlich zu machen, deren Befreiungskampf in diesem Staate den gefährlichsten und gefährlichsten Gegner findet. Dazu eignet sich die Periode 1807 bis 1819 mehr als jeder andere Abschnitt der preussischen Geschichte. Das Buch eröffnet jedem, der noch an den Folgen des landläufigen Geschichtsunterrichts in der Schule leidet, viele bemerkenswerte Gesichtspunkte, macht ihn mit Tatsachen bekannt, die ihm völlig neu sind. Man merkt es auf jeder Seite des Buches, daß Neuring seinen Stoff beherrscht — und ihn glänzend zu behandeln gewußt hat.

### Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet werden nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Mißporto beigelegt ist.)

- Oderode.** Wir können nur über die Unfälle im „Grundstein“ berichten, die sich bei der Bauarbeit ereignen.
- F. W. in Hagen.** Northem ist Zweigverein. Die Neuseamterprüfung zählt natürlich der Kassierer aus.
- G. N. 100.** Grefeld, Wilh. Zanfen, Friedhofstr. 42.
- F. W. Zu 1:** Wende Dich mit einer Anfrage an den Verlag von W. Ernst & Sohn in Berlin, Wilhelmstr. 90. Zu 2: Wir haben Deine Anfrage an den Vorstand der Kasse weitergegeben.
- G. oder K.** Die amtliche Schreibart ist Köln.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Breslau.

Der Zweigverein Breslau sucht zum 1. Januar 1913 einen **dritten Angestellten (Hilfskraft).** Der Anzustellende muß mindestens fünf Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert sein sowie dem Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ angehören! Bewerber haben neben den Angaben ihrer bisherigen Tätigkeit einen Aufsatz über die Aufgaben eines Angestellten mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis 13. Dezember 1912 an die Adresse: **Georg Reimann, Breslau 2, Brunnenstraße 2,** zu senden. — Berücksichtigt werden nur Bewerber aus dem Zweigverein Preßlau. [M. 6,10] Die Anstellungskommission.

### Ulm a. d. D.

Der Zweigverein Ulm a. d. D. und Umg. sucht einen **Geschäftsführer** auf einen noch zu vereinbarenden Zeitpunkt. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre unserer Organisation angehören und imstande sein, Kasse und Korrespondenz tadellos zu führen und sich außerdem agitorisch und organisatorisch zu betätigen. Nur tüchtige Kräfte wollen sich melden. Die Bewerbungen, denen ein kurzer Lebenslauf sowie ein kurzer, selbstverfaßter und selbstgeschriebener Aufsatz über die Aufgaben eines Zweigvereinsbeamten beizulegen ist, sind bis zum 15. Dezember d. J. einzureichen an **Josef Wirth, Ulm a. d. D., Dampfergasse 28, 2. St.** [M. 6,10] Die Prüfungskommission.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile 108f. 16 A.)

**Munberg.** Am 21. November starb unser Mitglied **Paul Schiller** aus Neudorf im Alter von 39 Jahren an Nierenleiden.  
**Bamberg.** (Zahlstelle Oberhaib.) Am 20. November starb unser Kollege **Johann Geus** im Alter von 31 Jahren an Ohrenentzündung.  
**Berlin.** Am 20. November starb unser Mitglied **August Heinz** im Alter von 45 Jahren an Herzschlag. — Am 20. November starb der Kollege **August Hölzer** im Alter von 63 Jahren an Leberleiden. — Am 21. November starb der Kollege **Karl Bück** im Alter von 31 Jahren. — Am 22. November starb der Kollege **Emil Göbel** im Alter von 47 Jahren an Lungenentzündung. — Am 22. November starb der Kollege **Franz Frommer** im Alter von 33 Jahren an Nervenleiden. — Am 24. November starb der Kollege **Karl Lippitz** im Alter von 80 Jahren an Altersschwäche. — Am 24. November starb unser Mitglied **Louis Tetzel** im Alter von 60 Jahren an Magenkrebs.  
**Cassel.** (Zahlstelle Oberkaufungen.) Am 20. November starb der Vorsitzende unserer Zahlstelle, Kollege **Jonas Düner**, im 34. Lebensjahre an Blutergrüßung.  
**Chemnitz.** Am 19. November starb der Kollege **Andreas Werwitz** im Alter von 87 Jahren an Lungenentzündung. — Am 20. November starb der Kollege **Johann Foucek** im Alter von 47 Jahren. — Am 20. November starb der Kollege **Anton Ludanek** im Alter von 36 Jahren an Lungen- und Kehlkopfentzündung.  
**Dauzig.** Am 20. November starb unser langjähriges Mitglied **Bernhard Semmelroth** im Alter von 34 Jahren an Lungenentzündung.  
**Schwabau.** Am 16. November wurde unser langjähriges Mitglied **Paul Find** tot an seiner Arbeitsstätte aufgefunden. Der Tod dürfte auf Gasvergiftung zurückzuführen sein.  
**Elberfeld.** Am 19. November starb unser Kollege **Paul Kamprath** im Alter von 50 Jahren an Lungenentzündung.  
**Eisenach.** (Zahlstelle Lauchröden.) Am 12. November starb der Kollege **Karl Rennert** im Alter von 45 Jahren an Nervenleiden.  
**Falkenberg.** Am 17. November starb unser Kollege **Wilhelm Müller** in Räßorf im Alter von 19 Jahren an Mittelohrentzündung.  
**Fraunfurt a. M.** (Zahlstelle Oberdorfelben.) Am 20. November starb unser Mitglied **Konrad Stahl** im Alter von 42 Jahren an Magenkrebs.  
**Gelsenkirchen.** Am 15. November starb unser langjähriges, treues Mitglied **Konrad Schmelz** aus Waißhain nach langer Krankheit an einer bösartigen Geschwulst am Oberarm, hervorgerufen durch überanstrengendes Heben schwerer Eisenteile.  
**Guben.** (Zahlstelle Schenkendorf.) Am 5. November starb unser Kollege **Karl Eichler** im Alter von 30 Jahren an Lungenentzündung.  
**Kempten.** Am 18. November starb unser treuer Kollege **Josef Brummer** im Alter von 54 Jahren an Leberleiden.

**Sirchberg i. Schl.** Am 4. November starb unser wertvoller Kollege **Karl Schwarzer** aus Grunau im Alter von 66 Jahren an Magenkrankheit. — Am 18. November starb unser treuer Kollege **G. H. Schmidt** aus Merzbach b. Warmbrunn nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 26 Jahren an einem Kehlkopfgeschwür.  
**Siel.** Am 16. November starb unser langjähriger Kollege **Heinrich Selmer** im Alter von 57 Jahren an Herzleiden.  
**Solberg.** Am 28. November starb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied **Otto Schmidt** im Alter von 56 Jahren.  
**Landberg a. d. Warthe.** Am 18. November starb unser Kollege **Walter Meier** im Alter von 52 Jahren an Wasserfucht.  
**Siegen.** Am 19. November starb unser langjähriges Mitglied **Reinhold Langer** im Alter von 32 Jahren an Herzschlag.  
**Milheim-Oberhausen.** Am 16. November starb unser treues Mitglied **Emil Hoppe** im Alter von 24 Jahren an Lungenentzündung.  
**München.** (Schwabing-West.) Am 14. November starb unser Kollege **Markus Fischer** im Alter von 31 Jahren an Lungenleiden. — (Oberföhring.) Am 15. November starb unser Kollege **Conrad Weber** im Alter von 52 Jahren an Wasserfucht. — (Obergiesing.) Am 17. November starb unser Kollege **Johann Höl** im Alter von 48 Jahren an Lungenentzündung.  
**Milan.** Am 17. November starb unser treuer Kollege **Fritz Fischer** im Alter von 57 Jahren an Magenkrankheit.  
**Mensfeld.** Am 17. November starb unser Kollege **Friedrich Kujath** im Alter von 50 Jahren an Herzwasserfucht.  
**Münsterberg-Nyrh.** Am 16. November starb unser Kollege **Josef Scheuerer** im Alter von 39 Jahren plötzlich an einem Schlaganfall.  
**Nürnberg.** Am 20. November starb unser Kollege **Theodor Kössler** aus Nordach b. Heideberg im Alter von 33 Jahren infolge eines Absturzes.  
**Nemtsch.** Am 19. November starb unser Kollege **Stephan Lehmann** im Alter von 28 Jahren an Gehirnhautentzündung.  
**Schwern i. M.** Am 20. November starb der Kollege **Job. Jonasson** an Magenkrebs.  
**Siegen.** Am 19. November starb unser Kollege **Hermann Pitzer** aus Vottenhorn im Alter von 20 Jahren.  
**Strasbourg i. C.** (Zahlstelle Drusenheim.) Am 11. November starb unser Kollege **Michael Jäger** in einem Anfälle von Schwermut freiwillig aus dem Leben.  
**Thorn.** Am 18. November starb unser Mitglied **Paul Jabs** an Schwindel.  
**Zwickau.** Am 12. November starb unser Kollege **Hermann Viertel** im Alter von 62 Jahren an Schwindel. — Am 20. November starb unser Kollege **Franz Beran** aus Rimaub. Bubweis (Böhmen) im Alter von 54 Jahren anscheinend infolge eines Unfalles.

Ehre ihrem Andenken!

### Cöln.

Mittwoch, den 4. Dezember, finden im großen Saale des Volkshauses, Severinstr. 199,

### Zwei Lichtbildervorträge

statt. Vortragender ist Herr Berthold Gottschalk, Dortmund.

### Nachmittags 4 1/2 Uhr für Kinder Abends 8 1/2 Uhr für Erwachsene

Für den Kindervortrag sind Märchen und lustige Geschichten von Wilhelm Busch vorgesehen, für den Abendvortrag Länder und Völker, Sitten und Gebräuche. Letztere werden in circa 100 Lichtbildern dargestellt.

Die Eintrittskarten für den Nachmittagsvortrag sind bei den Hilfskassierern und auf dem Zweigvereinsbureau zu haben. Kleine Kinder müssen jedoch in Begleitung Erwachsener sein. Für den Abendvortrag, wozu auch die Frauen der Mitglieder freien Zutritt haben, ist das Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Das Programm für diesen Vortrag wird den Kollegen am Saaleingang verabsichtigt.

Die Mitglieder werden erlucht, die Vorträge zahlreich zu besuchen. [M. 7,50] Der Zweigvereinsvorstand.

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Versammlungen der Zweigvereine.

- Boizenburg.** Die Versammlung im Dezember fällt aus.
- Sonntag, den 24. November.**
- Hintersee.** Vorm. 10 Uhr im Gasthof „Zum deutschen Hause“ in Bichten b. v. g. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend.

### Sonntag, den 1. Dezember.

- Frankenhausen.** Nachm. 3 1/2 Uhr im Barbarossagarten.
- Ribnitz.** Nachm. 2 Uhr bei Potenberg. Wichtige Tagesordnung.

### Dienstag, den 3. Dezember.

- Guben.** Abends 6 Uhr im Volksgarten. Wichtige Tagesordnung. Wähler mitbringen.

### Mittwoch, den 4. Dezember.

- Berlin.** (Gruppe: Kabinettpanzer.) Abends 8 Uhr bei Jannasch, Inselstraße 10. L.-D.: Beschlußfassung über die Vorlage des Affordtariffs.
- Heide.** Abends 8 Uhr im Thausens Gasthof.

### Freitag, den 6. Dezember.

- Berlin.** (Gruppe: Rastpuffer und Träger.) Abends 8 Uhr bei Jannasch, Inselstr. 10. L.-D.: Beschlußfassung über die Vorlage des Affordtariffs.

### Sonntag, den 8. Dezember.

- Bamberg.** Vorm. 10 Uhr Fortsetzung der Generalversammlung in der „Höhen“. L.-D.: Wahl der Verwaltung. Stellungnahme zum Beschlusse.
- Dortmund.** (Stuttgarter.) Vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung.
- Hirschberg.** (Sektion der Zementierer.) Nachm. 3 Uhr im „Reichsgarten“ zu Eisenhütten.
- Salzwedel.** Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. L.-D.: Beschluß zweier Kollegen wegen Streikdrucks. Aufhebung des Beschlusses gegen Zehle. Kartellbericht.

### Sonntag, den 15. Dezember.

- Langenwelzendorf.** Nachm. 4 Uhr Jahreshauptversammlung bei Sporn.

### Adressenveränderungen.

- v bedeutet Vorhänger, K Kassierer, L Vereinstrotal, H Verberge, RZ Vereinstretung wird angegeben bei.
- Deusch-Nasselsch.** K Paul Kern, Koloniestr. 46. Kranfentstellung wird nur Sonntags morgens von 9 bis 1 Uhr ausgegahlt.
- Süderbrarup.** V Joh. Ldt., Schleswiger Straße 34.